DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

192 17. JAHRGANG September 2000 8,00 DM 4,00 Euro

AUS DEM INHALT:

»KONSENS IST NONSENS«

»Nach zähen Verhandlungen wurde am Donnerstag ein Konsens über den Atomausstieg erreicht«, so lauteten vor Pfingsten die Nachrichten. Nach Ansicht der Atomkraft-GegnerInnen handelt es sich beim »Konsens« nicht um einen Ausstieg aus der Atomkraft. Der weitere Betrieb der AKW's wird vielmehr in Beton gegossen. Für den 23. September wird nun zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen. Seite 2

DRESDEN

1993 war die Konzeption für einen Modellwertstoffhof fertig. 1995 gründete sich der Verein »abfallGUT«, der im Mai 1997 mit städtischer Unterstützung den ersten Dresdner Wertstoffhof eröffnete. Hauptanliegen des Vereins ist die Abfallvermeidung und zwar im Sinne von Verzicht auf überflüssige Anschaffungen, Verlängerung der Produktlebensdauer und Wiederverwendung von Produkten. Seite 3

PEANUTS COMPANY FREIBURG

Unter dem Motto »Die Million, die uns fehlt« wurde in Freiburg der Grether Ost Gießereihallenfonds aufgelegt. Der geschlossene Beteiligungsfonds läuft seit 1. Juli 2000 und soll innerhalb eines Jahres 1 Mio. DM sammeln und dem selbstorganisierten Mietshausprojekt Grether Ost für den weiteren Umbau zur Verfügung stellen. Seite 4

GEMEINSCHAFTEN

Der Trend, selbstorganisierte Lebensgemeinschaften zu gründen, hält an. Nach »KommFrei«, einer Großkommune in Südwestdeutschland, die sich in dieser Ausgabe vorstellen wollte (virtuell ist sie schon unter www.contraste.org/kommfrei zu bewundern), stellen sich in dieser Ausgabe zwei neue Projekte vor: »Stadt-Land-Fluss e.V.«, eine Gemeinschaft, die das Berliner Hauptstadtleben mit einem Landprojekt verknüpfen will und »LASS«, eine neue Gemeinschaft für Ältere. Seite 4

ÖKOZENTRUM VERDEN

Selbstverwaltete Gewerbehöfe sind in den letzten Jahrzehnten in vielen Großstädten entstanden. Sie sind und waren ein wichtiger Drehpunkt auch für nachwachsende neue Initiativen und Projekte. Einige von ihnen geraten immer wieder in die Schlagzeilen der Medien, so wie der Berliner »Mehringhof«. Das Ökozentrum in Verden an der Aller, ist ein Projekt, das vor wenigen Jahren aus der »Jugendumweltbewegung« entstanden ist. Im Zentrum sind derzeit 13 selbstverwaltete, ökologische Betriebe und Einrichtungen unter einem Dach vereint. Vorgestellt wird in dieser Ausgabe ein selbstverwalteter biologischer Baustoffhandelsbetrieb, der »Biber« auf Seite 5.

www.contraste.org

SCHWERPUNKT ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Tradition mit Fortschritt

– den Energiemarkt durch Kooperativen beleben !!!

Seit über achtzig Jahren halten eine Reihe kleiner Elektrizitätsgenossenschaften gegenüber den Monopolisierungsdrang des Energiemarktes stand und versorgen weiterhin vor allem ländliche Regionen mit Strom. Gleichzeitig gründen sich immer wieder neue Energiegemeinschaften, um Selbstversorgung mit Wärme und Elektrizität zu betreiben oder regenerativer Energieerzeugung zum Durchbruch zu verhelfen.

Die neueste Windkraftanlage der Energiegenossenschaft Windfang in Hamburg-Ochsenwerder (siehe Seite 8/9) Foto: Windfang e.G.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ist die Genossenschaft ein Auslaufmodell? Seit Jahren wird diese Frage in den verschiedensten Varianten immer wieder zurecht gestellt, weil die Gesamtzahl der Genossenschaften vor allem durch Fusionen, aber auch durch Liquidation kontinuierlich abnimmt. Der Energiesektor zeigt allerdings, welche besonderen Qualitäten in dieser Organisationsform stecken. Elektrizitätsgenossenschaften können besonders im ländlichen Raum auf eine fast hundertjährige Tradition zurückblicken. Auch neue Energiegemeinschaften greifen teilweise auf diese nutzen- und nicht kapitalorientierte Rechtsform zurück. Energiegenossenschaften können insofern hervorragend als Beispiel dienen, daß Tradition und Innovation in der gleichen Branche genossenschaftlich organisiert neben- und manchmal auch zueinander stehen.

Vorreiter bei den Neugründungen waren mehrfach Windenergiegenossenschaften. Der Spruch: »Wer Wind mäht, wird bei Neugründungen einen Sturm verbreiten« (oder so ähnlich) hat bisher aber keine Geltung erlangen können. Dennoch betont *Prof. Dr. Harbrecht* vom genossenschaftswissenschaftlichen Institut in Nürnberg noch Ende letzten Jahres: »Die Genossenschaft ist eine Unternehmensform mit Zukunft. Sie erfüllt alle Bedingungen, die heute bei Aktiengesellschaften *vermisst* werden. Sie stellt den Mensch in den Mittelpunkt, nicht den Unternehmenswert, den shareholder value.«

Bürokratisch überfrachtet

Gleichzeitig räumt Harbrecht den Genossenschaften im angelaufenen 21. Jahrhundert große Chancen nur ein, wenn es gelingt, »dass mindesten so viele neue Genossenschaften gegründet werden, wie verschwinden.« Gegenüber der regionalen Zeitung Altmühl-Bote betonte Harbrecht in einem Interview, dass dafür möglichst schnell die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen sind. Sein deutlicher Wink an die Genossenschaftsverbände und den Gesetzgeber: »Vor allem für Existenzgründer muss diese Rechtsform von unnötigem Ballast befreit werden, beispielsweise in Form einer »Kleinen Genossenschaft«, wie das bei Aktiengesellschaften ja auch gelungen ist.«

Trotz der bürokratische Überfrachtung der Genossenschaft sind immer wieder Neugründungen zu verzeichnen. Sie stehen aufgrund ihres besonderen Pioniercharakters bei dem Schwerpunkt Energiegenossenschaften im Vordergrund. Der Einstieg erfolgt allerdings über eine der größten und erfolgreichen traditionellen Elektrizitätsgenossenschaft, dem Geislinger Stromversorger *Albwerk*. Immerhin gehören 34.433 Haushalte zu deren Kunden. Vielfältige Dienstleistungen, Kooperationen und erste kleine Ansätze in Richtung regenerative Energieerzeugung bestimmen deren aktuelle Geschäftspolitik.

Beispielhafte Modelle

Die Versorgung einer Siedlung mit Fernwärme ist zentraler Förderauftrag der beiden anschließend dargestellten Unternehmen. Bis zur genossenschaftlichen Rechtsform war es für das *Heizwerk Siederlerstrasse* in Nürnberg ein langer konfliktreicher Weg, der durch den Konkurs des Vorgängerunternehmens dann aber plötzlich sehr schnell in die Wege geleitet werden musste. Dagegen wurde das Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk in Lieberhausen von seinen Initiatoren sehr systematisch vorbereitet und die Selbstversorgung von Beginn an mit ökologischen Zielen verknüpft. Dies gilt auch für die *Agrarenergie Roding eG*, in der sich aber nicht die Energienutzer, sondern Landwirte als Energieerzeuger zusammengeschlossen haben. Die Verwertung landwirtschaftlicher Reststoffe wie Gülle, Schlempe und Futtergetreidekörner ist neben der Energieerzeugung ein erfreulicher Zusatznutzen, der nicht zuletzt den besonderen Modellcharakter dieser Genossenschaft ausmacht.

Die Verbindung von Ökologie und Feminismus spielt für die Gründung der Hamburger Energiegemeinschaft *Windfang* eine zentrale Bedeutung. Sie ist bundesweit die einzige Genossenschaft im Bereich der regenerativen Energiegewinnung, die ausschließlich von für Frauen getragen wird. Ähnlich wie bei der anschließend geschilderten *Lübecker Windkraftgenossenschaft*, kurz LüWi, ist der Name allerdings irreführend. Das Spektrum beider Unternehmen beschränkt sich nicht auf die Errichtung von Windkraftanlagen. Beispielsweise werden von der LüWi mit ihren 255 MitgliederInnen ebenfalls eine Photovoltaikanlage sowie ein Blockheizkraftwerk betrieben. Abgerundet wird der Schwerpunkt mit einer kritischen Reflexion über die Grenzen, die mit dem Engagement in Form von Genossenschaften verbunden sind. Das ausführliche Programm einer Tagung über Energiegenossenschaften verweist auf die Chance zur Vertiefung des Themas. ●

Seite 7 bis 10

D 8008

CDU/FDP-Ratsmehrheit streicht dem Verein »SOS-Rassismus« die Gelder

Solingen: Kein Geld für Antirassisten

Während sich Politiker aller Parteien in Sonntagsreden über den verstärkten Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit üben, plant die CDU/FDP-Ratsmehrheit der Stadt Solingen die Streichung aller finanziellen Mittel für den Verein »SOS-Rassismus« ab dem kommenden Jahr.

Von Rainer Balcerowiak (jW) ● »Damit wäre die Arbeit des Vereins faktisch erledigt«, bestätigte Britta Müller, die Geschäftsführerin des Vereins. Ohne die bisher bewilligten 91.000 Mark sei die Koordination der vielen ehrenamtlichen Aktivitäten und das regelmäßige Beratungsangebot für Flüchtlinge in der Stadt nicht mehr weiterzuführen.

Gegründet wurde die Initiative kurz nach dem Brandanschlag auf das Wohnhaus der türkischen Großfamilie Genc Ende Mai 1993. Dabei kamen fünf Familienmitglieder ums Leben, elf weitere wurden teilweise schwer verletzt. Seither organisierte »SOS Rassismus» unter anderem Jugendcamps, Diskussionsrunden und Infostände, gab Schriften heraus und war zudem maßgeblich an der Organisation der Gedenkfeiern zu den Jahrestagen des Anschlags beteiligt. Die Initiative richtete ein Büro ein, das weiteren kleineren Anti-Rassismus-Gruppen vor Ort als Anlaufstelle dient. Die Gründung des Vereins und seine Arbeit fanden seinerzeit bundesweit und auch international große Beachtung als ein Beispiel für Bürgerengagement gegen rassistischen Terror.

Der seit den letzten Kommunalwahlen in Solingen regierenden Koalition aus CDU und FDP scheint das allerdings ziemlich egal zu sein. Man hat uns mitgteilt, der Verein »SOS Rassismus« sei überflüssig, da der Fremdenfeindlichkeit inzwischen aus der Mitte der Gesellschaft heraus begegnet werde, so Müller gegenüber jW. Offensichtlich ist der Ratsmehrheit auch die Flüchtlingsarbeit des Vereins ein Dorn im Auge.

Dabei gibt es nach wie vor eine organisierte rechtsextreme Szene mit mehreren Treffpunkten in Solingen, die auch in der letzten Zeit mit Attacken auf fremdländisch aussehende Bürger und unzähligen faschistischen Schmierereien in Erscheinung getreten ist.

Der Geschäftsführer der Solinger CDU-Fraktion, Jan Welzel, beteuerte gegenüber jW, daß die verfügte Mittelstreichung »rein fiskalische Gründe« habe, denn »irgendwie müssen die Kommunen die Penunse ja zusammenhalten«. Er räumte jedoch ein, daß die Debatte in seiner Fraktion »sehr verkürzt« geführt worden sei. Auch über einen möglichen Imageschaden für die Stadt Solingen sei man sich nicht im klaren gewesen. Er kündigte an, daß man sich vor den abschließenden Haushaltsberatungen im November dieses Jahres noch einmal mit allen Beteiligten zusammensetzen wolle. »Ich gehe davon aus, daß wir eine entsprechende Summe für diese Zwecke doch noch in den Haushalt einstellen werden«, so Welzel, der aber ausdrücklich offenließ, ob damit der Verein »SOS-Rassismus« weiter gefördert werden soll, da dessen jetzige Angebote – wie z.B. Hilfe für Asylbewerber beim Ausfüllen ihrer Anträge – »nicht dem ursprünglichen Vereinszweck entsprächen«.

»So oder so, wir müssen und wir werden weitermachen«, gibt sich Müller kämpferisch. Man wird im August erneut einen Antrag auf Haushaltsmittel stellen. Sie hofft auf überregionalen politischen Druck auf die Solinger Ratsmehrheit, denn: »Was muß das für ein Signal für die Rechten sein, wenn unser Verein gesellschaftlich nicht mehr geduldet wird?« ●

Aus: junge Welt, 16.08.2000

GORLEBEN: BUNDESWEITE DEMONSTRATION AM 23. SEPTEMBER 2000

Atom-Ausstieg? – Alles Lüge!

»Nach zähen Verhandlungen wurde am Donnerstag ein Konsens über den Atomausstieg erreicht«, so lauteten vor Pfingsten die Nachrichten. Zwei faustdicke Lügen stecken in diesem kurzen Satz: statt einen Ausstieg einzuleiten, hat die rotgrüne Bundesregierung der Atomwirtschaft einen umfassenden Bestandsschutz für ihre Anlagen garantiert. Und mit Konsens hat das ganze nicht die Bohne zu tun. Nachfolgend dokumentieren wir den Aufruf der Redaktion »anti atom aktuell«

»Konsens ist Nonsens« ...

... hat die Anti-AKW-Bewegung seit Beginn der Gespräche gesagt: entgegengesetzte Interessen lassen sich nicht vereinbaren; das Kalb und der Schlächter haben zwar im Beil einen Berührungspunkt, das bringt sie aber nicht zusammen. Wer davon überzeugt ist, dass eine Technologie Risiken birgt, die nicht zu verantworten sind, kann nicht einen Kuhhandel über Restlaufzeiten beginnen.

Vorgegaukelt wurde, die Regierung würde im Ringen mit der Atomwirtschaft das Interesse der Bevölkerung vertreten. Menschen, die sich gegen die Gefahren der Atomkraft wehren, waren in diesem »Spiel« nur als Zuschauerinnen vorgesehen. Als ginge es um ein Sportereignis, sollen wir nun akzeptieren, was im »gegenseitigen Kräftemessen« rausgekommen ist. Dabei tut die Regierung so, als sei sie Europameisterin im Stillegen, ohne auch nur das Viertelfinale erreicht zu haben.

Das Schlimme an dieser Lüge ist nicht, dass ein mieses Ergebnis schöngeredet wird. Obwohl nur die Interessen der Atomwirtschaft an ungestörtem Geldverdienen durchgesetzt wurden, verkaufen Grüne und Sozialdemokraten die Vereinbarung als »Konsens«, als gemeinschaftliche Übereinkunft. Unser Interesse an einem Ende der Atomkraft, an einer Gesellschaft, die den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt, kommt darin aber gar nicht vor.

Der Weiterbetrieb wird in Beton gegossen

Mit den ausgehandelten »Rest«-Strommengen muss kein Atomkraftwerk vorzeitig abgeschaltet werden. Die Atomstromer haben sich eine Gesamtlaufzeit von realistisch gerechnet über 35 Jahren erpokert. Damit wird ihnen ein Zeitraum zugestanden, der um einiges länger ist als die technische »Lebenserwartung« von AKWs. Ein definitives Ende der Anlagennutzung wird nicht festgeschrieben. Außerdem kann jede andere Regierung die Befristung der Laufzeiten zum Altpapier legen.

Obendrein sichert die Regierung zu, den ungestörten Betrieb der Anlagen zu gewährleisten. Verzichtet wird auf die intensive Weiterentwicklung neuer Sicherheitsmaßnahmen. Jeder Spielraum für die Atomaufsicht, wenigstens das höchste Maß an Betriebssicherheit zu erreichen, das möglich wäre, ist damit weg.

Dass Atommüll nicht zu »entsorgen« ist, wird auch in Zukunft den Betrieb der AKWs nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil: was sich keine CDU-Regierung getraut hat, das hat die »Reform-Koalition« in zwei Jahren erledigt. Mit ihrem Müll waren die Betreiber in der Bredouille. Rot-Grün hat ihnen in dieser Hinsicht alle Sorgen genommen.

Der Berg an Atommüll wird sich in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln, ohne dass in irgendeiner Form geklärt ist, wohin damit. Verschleiert wird dieses wachsende Problem durch den Neubau von Atomanlagen. An jedem AKW entstehen »Zwischenlager« genannte Endlos-Lagerstätten. Hochbrisanter Stoff kommt in Wellblech, und zwar dezentral: das ist das neue an »Entsorgung« auf rotgrüne Art.

Bei der Plutoniumwirtschaft hingegen bleibt alles beim alten. Noch weitere fünf Jahre werden Brennelemente in die WAAs verschoben. Und auch danach wird aus dem gelieferten Atommüll Plutonium abgetrennt. Die vielen Tausend Tonnen Spaltmaterial, die bis dahin in La Hague und Sellafield lagern, werden dann noch etliche Jahre lang für volle Auslastung der WAA und die Verseuchung der Meere sorgen.

Um Atomtransporte aus den Plutoniumfabriken in England und Frankreich möglichst ungestört nach Gorleben durchzubringen, wird die Bevölkerung bei der »nationalen Verantwortung« gepackt. Quatsch! Uns geht es darum, globale Verantwortung wahrzunehmen und weltweit das Anwachsen der Atommüll-Gebirge aus Uranabbau und -verarbeitung zu stoppen.

Erst gar nicht erwähnt werden in der Vereinbarung mögliche Kapazitätsausweiterungen bei der Urananreicherung Gronau und der mit waffenfähigem Uran bestückte Reaktor in Garching; Betriebsgenehmigungen für die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben und das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter stehen ins Haus.

Obwohl längst klar ist, dass der Salzstock in Gorleben als Endlager nicht geeignet ist, wird ausdrücklich eine Eignungs-»Höffigkeit« festgestellt und der Weiterbau nur unterbrochen. Das vereinbarte Moratorium ist so kurz, dass über Alternativen gar nicht aussichtsreich nachgedacht werden kann. Die Zeit soll aber lang genug sein, die Salzrechte von Salinas, der Kirchengemeinden und des Grafen von Bernstorff aus dem Weg zu räumen.

Unser Fazit: es handelt sich beim »Konsens« nicht um einen Ausstieg aus der Atomkraft. Der weitere Betrieb der AKWs wird vielmehr in Beton gegossen.

Mit uns nicht! Demo am 23. September

Viele Menschen fühlen sich schlicht verarscht von der Atompolitik der Bundesregierung. Und selbst diejenigen, die sagen, mehr war in den Verhandlungen nicht drin, wissen genau, dass die jetzt beschlossene langjährige Aufrechterhaltung der Atomkraft-Risiken nicht verantwortbar ist.

Vielleicht sind wir viel zu lange leise gewesen. Längst ist es Zeit, uns wieder hörbar zu machen: es gibt uns noch. Auch wenn es gerade nicht danach aussieht: der Widerstand lässt sich nicht unterkriegen. Unsere Sache müssen wir in die eigenen Hände nehmen! Einmal mehr hat uns das der »Konsens« vor Augen geführt.

Wir rufen auf zu einem Aktionstag »Ausstieg? – alles Lüge!« am 23. September in Gorleben. Demonstrieren wir gemeinsam gegen die weitere Bedrohung durch die Atomkraft: für eine sofortige Stillegung aller Atomanlagen! Wir wollen ein deutliches Zeichen setzen, dass »das Spiel« noch lange nicht aus ist. Und das soll nur ein Anfang sein!

So, wie die Atommafia ihre Interessen zementiert hat, werden auch wir deutlich machen, dass unser Widerstand fest und dauerhaft ist. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht.●

Internationales Camp gegen Atomklo in Lothringen

Foto: AKTION 3.WELT Saar

Mit einem Widerstandscamp auf dem Baugelände des geplanten Atommüllagers im lothringischen Bure haben französische AtomkraftgegnerInnen diesen Sommer zwei Monate lang gegen das Projekt protestiert. Unterstützung kam nicht nur aus dem grenznahen Saarland und Baden-Württemberg, auch aus der Bretagne, aus Italien und aus dem Wendland gesellten sich Menschen unter die zwischen zwanzig und zweihundert schwankende TeilnehmerInnenzahl.

In Bure, 150 km von der deutschen Grenze entfernt, gehen die Bauarbeiten für ein erstes europäisches Atommüllendlager nun mit Hochdruck weiter. Nachdem die Bauarbeiten an den beiden anderen möglichen Standorten bei Avignon (oberirdisches Lager) und bei Poitier (unterirdisches Lager in Granit) abgebrochen wurden, nicht zuletzt wegen des massiven Widerstandes dort, gehen die AtomkraftgegnerInnen davon aus, dass die Regierung das Endlager bei Bure durchsetzen will, unabhängig vom Ergebnis der Probebohrungen. Ähnlich wie bei dem Standort des AKW's in Cattenom an der deutsch/französisch/luxemburgischen Grenze, rechnet die rot/grüne Regierung in der ländlichen, dünn besiedelten und strukturschwachen Region um Bure nur mit wenig Widerstand. 60 Millionen Franc zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, freundlich zur Verfügung gestellt von ANDRA, der staatlichen Betreiberin des Endlagers, tun ihr übriges.●

Ingrid Röder, AKTION 3.WELT Saar (Red. Saarland)
Weitere Informationen: AKTION 3.WELT Saar,
Weiskirchener Str.24, D-66679 Losheim,
Tel: (0 68 72) 99 30 56, Fax 99 30 57
e-mail: a3wsaar@t-online.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2000

Das Sommerloch...

hat uns nun doch erreicht und erstmals in diesem Jahr rutscht unsere monatliche Statistik wieder ins Minus. Drei Monate verbleiben noch, um das zu erwartende Defizit von 3.629 DM zu verhindern. Wir hoffen dabei auf unsere LeserInnen, die uns zum Jahresende mit ihrer Spende unterstützen (Spendenbescheinigung wird zugeschickt). Wünschen würden wir uns aber auch Anzeigen aus den Betrieben, die CONTRASTE abonniert haben (Schaut doch mal nach, ob da nicht noch etwas in Eurem Werbeetat drin ist). Stabilisierender für CONTRASTE sind natürlich Neuabos und Eintritte in den Förderverein (Coupon

Trotz Sommerloch gab es einen Neueintritt in den Förderverein der CONTRASTE:

● Klaus-Jürgen Schumacher, Hannover (120 DM)

Zusätzlich gab es eine Umstellung auf Fördermitgliedschaft:

● Dirk Assel, Auetal (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 160 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:

● Johann Pertl, (26 DM)
● Infoladen Köln, (25 DM)
● Uwe Kurzbein, Olgashof (80 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 160 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 451 DM.

Leider gab es im Sommer doch noch einige Kündigungen, die uns in unserer Monatstatistik zurückwerfen: 13 Abos wurden gekündigt, d.h., durch die Kündigungen ergeben sich Mindereinnahmen von 1.040 DM und bereinigt einen Mindererlös von 549 DM. Damit benötigen wir in diesem Jahr noch 8.629 DM.

Wenn wir den Altschuldenanteil in Höhe von 5.000 DM, den wir gerne mitentschuldet hätten, herausrechnen, bleibt ein Betrag von 3.629 DM, der bis zum Ende des Jahres auf jeden Fall erreicht werden muss, damit wir zumindest keine weiteren Schulden machen.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder Ausgabe noch um ca. 330 DM.

45 neue Abos...

...wären notwendig (bereinigt), um das sich abzeichnende Minus aufzufangen. Wir wissen aus Erfahrung, dass unsere kleine Zeitung kaum bekannt ist und die beste Werbung ist immer noch die direkte Ansprach über begeisterte und zufriedene LeserInnen der CONTRASTE. Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo gewinnen. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Wir verschicken auch gerne Werbeexemplare zum kostenlosen verteilen und Werbefalter. Bestellen könnt Ihr diese unter der Anschrift der Heidelberger Redaktion.

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im
CONTRASTE e.V.! dp

DRESDEN – abfallGUT

Wir zeigen den Entsorgern, was Abfallvermeidung ist

1990 schlossen sich zwei Dresdner Bürgerinitiativen zur Arbeitsgruppe Abfall in der GRÜNEN LIGA zusammen, dem Netzwerk ökologischer Bewegungen in den neuen Bundesländern. Wichtige Aufgaben dieser AG waren die Beratung von Bürgerinitiativen bei Anlagenplanungen (MVA, Deponien), von Landtags- und Stadtratsfraktionen (Abfallkonzepte, Gesetze, Satzungen), Kritik am DSD und Aktionen gegen Müllverbrennung und Verpackungsflut.

Die Fußgänger (Kultband der GRÜNEN LIGA) zur Eröffnung des Wertstoffhofes Foto: abfallGut e.V.

Uta Knischewski, Dresden ● »Abfallvermeidung ist eine Illusion!« bekamen wir von Politikerseite oft zu hören, »die Müllmengen lassen sich nicht weiter senken«. Das wollten wir ausprobieren. 1993 war die erste Konzeption für einen Modellwertstoffhof fertig. Dieser Hof sollte sich deutlich von den üblichen Dresdner Wertstoffhöfen unterscheiden, also mehr sein als eine Fläche, auf der Leute unter Anleitung ihren Müll in bereitstehende Container sortieren.

Nach anfänglicher Ablehnung wird das Projekt seit 1995 von der Stadt Dresden unterstützt, nicht zuletzt durch den Wahlerfolg des grünen Umweltbürgermeisterkandidaten. Im selben Jahr gründeten Mitglieder der AG Abfall den Verein *abfallGUT Dresden e.V.* als Trägerverein für den Modellwertstoffhof. Hauptanliegen des Vereins ist die Abfallvermeidung und zwar im Sinne von Verzicht auf überflüssige Anschaffungen, Verlängerung der Produktlebensdauer und Wiederverwendung von Produkten.

Im Mai 1997 konnte der Wertstoffhof eröffnet werden. Der Verein *abfallGUT* hat heute 18 Mitglieder. Die vierzehntägig stattfindenden Vereinssitzungen werden zur theoretischen Weiterentwicklung des abfallGUT-Konzeptes genutzt. Für die politische Arbeit ist weiterhin die *AG Abfall* zuständig. In den letzten Jahren hat sich das Arbeitsprofil der *AG Abfall* deutlich gewandelt: Weg von technischen Problemen der Entsorgungswirtschaft hin zu den Ursachen: Arbeitsgesellschaft und Umweltzerstörung, Fortschritt und Beschleunigung, WTO und EXPO... So entstanden beispielsweise vier Radiosendungen und die Ausstellung »Arbeit auf Teufel komm raus« (siehe unten).

Der neue Umgang mit alten Sachen

Der Wertstoffhof besteht aus einem 300 qm großen Gebäude und einer 500 qm großen Freifläche. Schon beim Betreten des Hofes wird deutlich, dass »abfallGUT« keineswegs nur Entsorgungsstandort ist. Der Hof ist liebevoll gestaltet mit Skulpturen, viel Grün und einer Sitzecke unter Bäumen. Im Haus werden alle noch irgendwie brauchbaren Teile angeboten, von Groß- und Kleinmöbeln, Teppichen, Tapeten, über Hausrat, Spielzeug, Bücher, Schallplatten bis zu Elektrogeräten, Werkzeug und Kleinkram aller Art. Nicht mehr brauchbare Teile werden nach Möglichkeit zerlegt und als Baumaterial und Ersatzteile angeboten. All diese Gegenstände können kostenlos wieder mitgenommen werden.

Für die tägliche Arbeit gibt es zwei Teilzeitstellen und vier ABM-Stellen. Lohnkosten, Miete und ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit werden aus den Dresdner Abfallgebühren finanziert. Durchschnittlich hat *abfallGUT* ein Besucheraufkommen von weit über 500 Menschen pro Woche. Die Mehrzahl der Besucher kommen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln.●

Ein Tag im abfallGUT

Rudi Ruffke muss umziehen. Er hat eine viel kleinere altersgerechte Wohnung bekommen. Jetzt hat er eine Menge Werkzeug übrig, welches er nicht mitnehmen kann. Rudi hat glücklicherweise einen Artikel über den abfallGUT-Wertstoffhof gelesen und bringt alles hin. Mit einer Handkreissäge kann gleich der Jugendwerkstatt der Diakonie geholfen werden. Das Stadtteilhaus sucht schon lange Schaufeln und Hacken. So ist wieder zwei Vereinen geholfen, die unter chronischem Geldmangel leiden.

Rudi bedauert, dass er nicht schon früher von der Einrichtung gehört hat. Sonst hätte er noch einige brauchbare Möbel hergebracht, die er inzwischen leider zum Sperrmüll gegeben hat. Aber er verspricht, noch sämtliches Geschirr und Hausrat auszusortieren und herzubringen. Dann entdeckt er noch, dass es bei abfallGUT Briefkastenaufkleber gegen Werbung gibt. Er nimmt gleich zwei mit – »Für die Nachbarin«. Herr Ruffke ist auch gleich so freundlich, zwei Asylbewerbern einen Schrank nach Hause zu fahren, den diese auf dem Wertstoffhof bekommen haben.

Bar zu einer Ausstellungseröffnung Foto: abfallGut e.V.

Am nächsten Tag erscheint auch noch die Nachbarin von Herrn Ruffke – eine Rentnerin – und bringt ihr ganzes Strickzeug – Nadeln, Wolle – und Nähzeug. – »Die Augen sind nicht mehr so gut«. Sie möchte noch das Adressbuch »An- und Verkauf, Reinigung, Reparatur in Dresden-Neustadt und Pieschen« mitnehmen. »Warum irgendwas neues kaufen, wenn es so viel aus zweiter Hand billiger gibt!« Nach einer Stunde nimmt schon jemand das ganze Nähzeug wieder mit und lässt sogar 10 Mark Spende für den Verein da.

Danja kommt fast jeden Tag. Heute möchte sie einige der bösen Postkarten mit »Elvira im Kaufrausch« haben, um ihre Verwandtschaft zu ärgern. Das sind fleissige Menschen, die viel Geld verdienen und immerzu irgendwelchen überflüssigen Kram anschaffen. Sie freut sich auch über die neue Fotoausstellung, die seit einigen Tagen im abfallGUT zu sehen ist: »Das ist richtig gut bei Euch, nette Leute, schöne Ausstellung und allerlei Zeugs, was man noch gebrauchen kann.« So geht das.

Bilanz nach drei Jahren

Nach drei Jahren Hofbetrieb können wir sagen, dass unser Projekt insgesamt erfolgreich war. Der Hof ist gleichzeitig Stadtteiltreff, Kunstprojekt und Gebrauchtwarenbörse. Zusätzlich haben wir in dieser Zeit einige Abfallvermeidungsideen getestet. In den Kneipen »unserer« zwei Stadtteile gibt es nun eine Korksammlung. Im Sommer 98 wurden die Dresdner Kneipenbesucher mit fünf schönen, bösen abfallGUT-Postkarten überrascht. Mehr als fünfzig Vereine und Projekte gehören zu unserer Kundschaft, vom Filmfest über das Stadtteilhaus bis zum besetzten Haus. Seit 1998 bietet abfallGUT für gemeinnützige Vereine kostengünstig Geschirr zum Verleih an, seit einiger Zeit auch Haushaltsgeräte, Bänke und Tische. Geplant sind ein Werkzeugverleih und eine Selbsthilfewerkstatt. Im abfallGUT gibt es eine Stadtkarte für An- und Verkauf, Reparatur, Verleih und ein vom Verein herausgegebenes Adressbuch zum Thema sowie eine große Suche/Biete-Tafel. In unserer kleinen Galerie bieten wir KünstlerInnen die Möglichkeit, ihre Werke vorzustellen. Bisher haben wir hier Malerei, Plastiken, Grafitti, Musikinstrumente, Fotografie, aber auch Ausstellungen mit ökologischen bzw. sozialen Themen gezeigt. Unser Ziel, im Stadtgebiet ein Netz von mindestens zehn Wertstoffhöfen mit abfallGUT-Anspruch zu etablieren ist jedoch in weite Ferne gerückt. Und bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen in Dresden entsteht die bange Frage, wie lange eine »wirtschaftsfeindliche« Einrichtung wie abfallGUT noch existiert.

Finanzielle Unabhängigkeit?

Das wäre sicher schön, ist aber unrealistisch. Zum einen geht es uns bei diesem Projekt vordergründig darum, zu zeigen, was alles noch verwendbar ist. Es geht also um die Sachen, die der in Dresden recht gut entwickelte Second-Hand-Handel nicht haben will. Müssten wir kostendekkend arbeiten, wären wir eine starke Konkurrenz zu diesen Händlern, denn als gemeinnütziger Verein können wir beispielsweise die Lohnkosten durch ABM-Stellen gering halten. Wir würden also zerstören, was wir gut finden. Trotzdem müssten wir aber sicherlich einen Teil der Fläche aufgeben, denn so viel Geld kommt durch Altmöbel-Verkauf nicht zusammen. Wir könnten nur noch »wertvolle« Sachen lagern und alles andere fliegt in den Müll.

Auf dem Wertstoffhof werden oft brauchbare Sachen abgeholt. Der Hof ist gleichzeitig Stadtteiltreff, Kunstprojekt und Gebrauchtwarenbörse Foto: abfallGut e.V.

Ein mögliches Szenario, wie ein selbstorganisierter Wertstoffhof funktionieren könnte: Dem Verein gehört das Grundstück und er betreibt den Hof in ehrenamtlicher Arbeit. Die laufenden Kosten werden durch Spenden gedeckt, ein großer Teil der Kundschaft arbeitet stundenweise mit. Im Konsumzeitalter eine fast absurde Vorstellung, oder?

Soweit wir feststellen konnten, ist abfallGUT bisher in der BRD einzigartig. Das soll aber nicht so bleiben. Wir beraten gern gemeinnützige Vereine, die in ihrer Stadt etwas ähnliches probieren wollen. Ach so, und Unterstützung ist uns natürlich jederzeit willkommen.

Unser Spendenkonto: 348052322 Stadtsparkasse Dresden, BLZ 85055142.●

Uta Knischewski

Eine Ausstellung über Sinn und Unsinn von Erwerbsarbeit

»Arbeit auf Teufel komm raus«

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir wollen nicht alle Menschen auf die faule Haut legen. Erwerbsarbeit bleibt notwendig. Aber mit Erwerbsarbeit für alle und überall ist es endgültig vorbei. Die damit verbundenen Probleme, Verwirrungen und Lösungsversuche sind Thema der Ausstellung.

Aus der Ausstellung:

»Seit Beginn der Industrialisierung werden immer mehr Arbeitsplätze durch Maschinen und Computer ersetzt. Gleichzeitig werden immer mehr neue Produkte erfunden, immer neue Märkte erschlossen. Die Menschheit wird zunehmend mit Wegwerfprodukten überschüttet. Mit intensiven Werbekampagnen gelingt es, auch für die überflüssigsten Apparate Abnehmer zu finden...« »Viele Erwerbstätige sind nicht fähig, die Wirkung ihrer Arbeit auf die Umwelt abzuschätzen, andere verdrängen die Problematik. Noch schwerer ist es, daraus ggf. Konsequenzen zu ziehen...«

Ausschnitt aus Ausstellungsbild »Schmied«

Acht Themen werden auf acht Tafeln abgehandelt: »Die sollen erst mal arbeiten lernen – Mythos Arbeit« · »Der große Brüller: Arbeit, Arbeit, Arbeit – Arbeit verschwindet« · »Wehe, du willst nicht – Arbeit setzt sich durch« · »Arbeit auf Teufel komm raus – Die Bauwirtschaft: zugepflastert« · »Konsumterror und Müll – Kaufe, arbeite, kaufe...« · »Ab in die Freizeit, kleines Arbeitstierchen – Die Freizeitindustrie« · »Umwelt schützen im Schlaf – Müßiggang statt Hetze« · »Arbeitslos und Spaß dabei – Abschaffung des Arbeitszwangs«

Zur Ausstellung gibt es ein Begleitheft, welches wir gegen DM 5 gern zusenden. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden. Sie umfasst 8 Tafeln (mit Füßen 80 cm x 190 cm) und eine Hinweistafel. Sie wiegt etwa 20 kg und passt in jeden Kombi.●

Kontakt:
abfallGUT Dresden e.V., Holger Metzner,
Heidestr. 34, D-01127 Dresden
Tel: (03 51) 858 410-4 Fax: -5
mail: abfallgut@yahoo.de

peanuts company Freiburg

»Die Million, die uns fehlt«

Mietshäuser Syndikat legt Fonds zur Finanzierung selbstorganisierter Projekte auf

Unter dem Motto »Die Million, die uns fehlt« wurde in Freiburg der Grether Ost Gießereihallenfonds aufgelegt. Der geschlossene Beteiligungsfonds läuft seit 1. Juli 2000 und soll innerhalb eines Jahres 1 Mio. DM sammeln und dem selbstorganisierten Mietshausprojekt Grether Ost für den weiteren Umbau zur Verfügung stellen.

Isabella Bischoff, Freiburg ● Grether Ost besteht als Initiative seit 1991 und ist seit 1995 eines der sieben Mietshausprojekte im Raum Freiburg, die im Syndikat zusammengeschlossen sind. Auf dem Areal einer ehemaligen Eisengießerei, inmitten des sich rapide wandelnden Bahnhofviertels, entstehen insgesamt 1.500 qm Wohn- und 1.100 qm Gewerberaum. Wie alle Projekte im Syndikat läuft die innere Organisation autonom: Entscheidungen über Miethöhe, Neuvermietung, Umbau, Gestaltung gemeinschaftlicher Räume, Finanzierung ... sind Sache der MieterInnen. Eigentümerin ist die Grether Ost GmbH, die aus dem Hausverein der MieterInnen und dem Syndikat besteht. Das Syndikat hat die alleinige Aufgabe, durch ihr Vetorecht Verkauf und Privatisierung zu verhindern.

Die Kosten für Kauf, Sanierung, Um- und Neubau sind auf 8,5 Mio. DM kalkuliert. Neben Darlehen für den sozialen Wohnungsbau finanziert sich Grether Ost über Gelder, die dem Projekt von Einzelpersonen oder Gruppen direkt und zinsgünstig, also ohne die Zwischenschaltung von Banken, geliehen werden. Im Moment stellen ca. 150 DarlehensgeberInnen insgesamt 3,5 Mio. DM in Form von Direktkrediten zur Verfügung. Der Direktkredit ist eine sehr flexible Anlagemöglichkeit; die Gelder haben unterschiedlichste Laufzeiten (mindestens 3 Monate), je nach Wunsch der KreditgeberInnen. Für Grether Ost hat das zur Folge, dass regelmäßig umgeschuldet werden muss, also gekündigte Direktkredite durch neue ersetzt werden müssen. So kam die Idee einer zusätzlichen Finanzierungsform auf, die längere Laufzeiten und damit eine größere Planungssicherheit garantiert.

Der neu gegründete Fonds wendet sich an Menschen, die 2.000 DM für 7 Jahre festlegen wollen. Durch Kauf von Anteilen können sie dem Fonds beitreten. Das Gesellschaftsvermögen geht als verzinster Kredit direkt an Grether Ost und wird dort zu einer festen Größe im Finanzierungsplan. Die Fondsgesellschafter erhalten nach 7 Jahren einen Ertrag von 300 DM pro Mindestanteil, eine Summe, die zugegebenermaßen mit der Rendite aus anderen – auch sogenannten ethischen – Geldanlagen nicht mithalten kann.

Eine höhere Rendite würde allerdings direkt an die Substanz der Syndikatsidee gehen: Gebäude und Grundstücke sollen nicht nur auf Dauer dem Immobilienmarkt entzogen und in gemeinschaftlichem Besitz der MieterInnen erhalten werden. Die entstehenden Räume sollen gerade auch für Menschen und nicht kommerzielle Betriebe mit wenig Geld bezahlbar sein, d.h die Mieten sollen auf dem unteren Niveau des sozialen Wohnungbaus liegen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Kosten für Zinsen und Tilgung von Krediten extrem niedrig sein.

Auch wenn Hausprojekte in den ersten Jahren durch Kauf und Umbau finanziell stark belastet sind, entstehen nach einigen Jahren durch sinkende Kapitalkosten selbst bei niedrigen Mieten Überschüsse. Nur den eigenen Schornstein im Blick wäre eine Mietsenkung die nächstliegende Idee. Der Blick über den Gartenzaun zeigt aber einen enormen Bedarf an weiteren Projekten, in denen ein selbstorganisiertes Leben möglich wird. Deshalb wird der Spielraum, der bei gleichbleibender oder sogar steigender Miete entsteht, nicht privatisiert, sondern solidarisiert und anderen Initiativen zur Verfügung gestellt. Die langfristige Idee ist ein Modell, das von vielen Projekten getragen wird und so ganze Häuser finanzieren kann.

Solange dies noch Zukunftsmusik ist, setzt das Mietshäuser Syndikat auf das solidarische Engagement von außen, auf Leute, die auch in Zeiten des Aktienfiebers nicht nur absahnen wollen, sondern nach Geldanlagen suchen, die ihren eigenen politischen Vorstellungen entsprechen. Dabei sind nicht nur Großfinanziérs gefragt, vielmehr bringt eine »peanuts company« die Grundidee der Solidarökonomie am besten zum Ausdruck: ein Modell, das auf der Basis kleiner Beträge, niedrigem Ertrag und möglichst langfristiger Anlage eine große Summe zur Verfügung stellt. Die Rechnung ist einfach: 500 x 2.000= die Million, die uns fehlt!●

Weitere Infos können angefordert werden bei:
Grether Ost
Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg
Tel. (07 61) 2 48 87, Fax 2 24 07
e-mail: gretherost@syndikat.org
www.gretherost.syndikat.org

SELBSTDARSTELLUNG: STADT-LAND-FLUSS E.V.

Der Traum von einem Stadt- und Landprojekt

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die einen gemeinschaftlichen Lebensstil in Berlin und im Umland verwirklichen wollen, der geprägt ist von gemeinsamen Leben und Arbeiten und der Verbindung aller Altersgruppen. Wichtig ist für uns die Verwirklichung des Subsistenzgedankens und die Verbindung von Stadt und Land. Wir wollen offen sein für die unterschiedlichsten Ideen und Projekte und die Balance finden zwischen Harmoniestreben und dem Aushalten von kleineren und größeren Widersprüchen, die sich zwischen Menschen ergeben.

Wenn es uns gelingt, in unserer Gemeinschaft möglichst solidarisch, herrschaftsfrei und fröhlich miteinander zu leben, sind wir in der heutigen Zeit des Neoliberalismus schon ein politisches Projekt. Darüber hinaus wollen wir aber auch weiter in unseren verschiedenen politischen Zusammenhängen aktiv sein, z.B. bei den Potsdamer HausbesetzerInnen, bei Greenpeace, bei dem Barnimer Bündnis gegen genmanipulierte Freilandversuche, bei dem Berliner Atomplenum.

Wir wenden uns gegen die weltweite Heiligsprechung des Privateigentums, unsere Antwort ist aber nicht die Gründung einer Kommune. Wir werden versuchen, trotz unterschiedlicher Gruppen und Lebensformen produktiv miteinander umzugehen: die Produktionsmittel werden Gruppeneigentum sein. Beim Eigentum an Grund und Boden und den Gebäuden versuchen wir ein neues Experiment. Es wird uns auch nicht als Gruppe gehören, sondern einer gemeinnützigen und langfristigen und sich hoffentlich bald erweiternden Struktur, die wir mit aufbauen, aber der gegenüber wir Nutzergruppe sein werden. Dieses wird ermöglichen, dass das Gelände auch langfristig erhalten bleibt, wenn wir z.B. als Nutzergruppe nicht mehr weitermachen werden. Reprivatisierung wird so ausgeschlossen sein.

Uns gibt es seit etwa fünf Jahren. Nach vielen Diskussionen und viel Engagement, Weggang von Alten und Neuen dazugekommenen, haben sich jetzt zwei Kerngruppen herausgeschält, die es wissen wollen. Bis zum Frühjahr 2001 wollen wir genug Leute sein und ein geeignetes Gelände gefunden haben, um das Projekt starten zu können.

Gemäß unserem Selbstverständnis sind das die Teilbereiche Stadtprojekt und Landprojekt.

Im Stadtprojekt sind wir zur Zeit eine Kerngruppe von sieben aktiv am Projekt arbeitenden Leuten. Bis zum Herbst wollen wir eine Gruppe von mindestens zwanzig engagierten Leuten sein, um die Suche nach einem geeigneten Objekt zu beginnen. Im Laufe der Zeit wollen wir auf 60 bis 80 Leute anwachsen. Wir erkennen im rein städtischen Leben neben deutlichen Vorzügen auch bedrückende Einschränkungen und wünschen uns den Austausch mit einem Landprojekt, wie z.B. gegenseitige Mithilfe bei Arbeiten z.B. im landwirtschaftlichen Bereich, Mitversorgung mit biologischen Lebensmitteln durch das Landprojekt, und dem zur Verfügung stellen von Wohnräumen bei gegenseitigen Aufenthalten.

Unser Haus soll in ruhiger, zentraler Lage in Berlin liegen, z.B. Fabrikhöfe in Kreuzberg, Mitte oder Prenzlauer Berg. Es soll die verschiedensten Formen des Zusammenlebens geben, von ganz jung bis ganz alt, von Einzeln-Wohnen bis Großwohngemeinschaft, von Kinderetagen bis Kommunen, von reinen Männer- und Frauen-WG's bis gemischten WG's. Ein Galeriecafé, gemeinsam zu nutzende Büroräume, Räume für Bildungsarbeit und eine Bibliothek, wollen wir in unserem Haus einrichten. Daneben soll auch Raum sein für Ateliers oder andere Gewerberäume, die von einzelnen oder Gruppen genutzt werden.

Das Landprojekt soll eine dörfliche Gemeinschaft von 80 bis 100 Leuten werden. Zur Zeit sind wir eine Kerngruppe von zehn Menschen, gestartet werden soll im Frühjahr 2001 mit mindestens 30 Leuten. Dazu suchen wir ein Gelände von ca. 100 bis 150 Hektar Größe und möglichst schon einigen Gebäuden darauf, die kurzfristig bewohnbar gemacht werden können. Um guten Kontakt mit Berlin und der Stadtgruppe halten zu können, soll das Landprojekt in maximal zwei Wegstunden (Öffentlicher Nahverkehr) vom Berliner Zentrum erreichbar sein.

Am Anfang des Landprojektes werden wir gemeinsam für alle Bereiche verantwortlich sein, später werden sich verschiedene relativ autonome Basisgruppen herausbilden. Zu den zentralen Säulen unseres Landprojektes gehören eine an Selbstversorgung orientierte Landwirtschaft und ein Tagungs- und Gästehaus.

In der Landwirtschaftsgruppe wollen wir soweit wie möglich eine Selbstversorgung mit biologisch angebautem Gemüse, Kräutern, Getreide und Kartoffeln erreichen, aber auch eine eigene Milch- und Fleischversorgung ist angestrebt, sowie die Weiterverarbeitung unserer Produkte in einer Bäckerei und einer Käserei. Über den Eigenbedarf hinaus Produziertes wird im Hofladen und per Abokisten verkauft. Unsere Landwirtschaft soll so durchgeführt werden, dass eine kleinstrukturierte Landschaft erhalten bleibt, bzw. wieder entsteht, mit Streuobstwiesen, mit extensiv gehaltenen Schafen, Ziegen und Wollrindern. Schaugärten mit alten Nutzpflanzsorten soll es auch geben.

Das Tagungs- und Gästehaus soll zunächst für uns und die Menschen aus dem Stadtprojekt und unsere Gäste attraktiv sein, gemeinsam werden wir diesen Ort nutzen können, um über unsere Arbeit kritisch nachzudenken. Wir suchen keine Dorfidylle, sondern werden weiter in unseren politischen Zusammenhängen aktiv sein. Daneben wird es auch für eine breitere Öffentlichkeit Angebote geben: politisch-kritische Seminare, Aktionstrainings, Vorträge, Diskussionen für Erwachsene, Erholungs- und Freizeitprogramme für Kinder und Erwachsene mit Musik, Theater und Filmveranstaltungen.

Weitere schon bestehende Teilprojekte sind eine Altengruppe: Menschen in der zweiten Lebenshälfte, die mit auf dem Land wohnen wollen, gemeinsam oder einzeln und sich nach Lust und Kräften an anderen Projekten beteiligen werden. Die Datschengruppe sind Urlaubs- und Wochenendbewohner von Zirkus-, Bau-, Wohnwägen oder kleinen Hütten. Die Datschengruppe will sich in der Kinder- und Jugendarbeit, und in der Kulturarbeit engagieren.

Weiter in Planung sind: Eine Baugruppe, handwerkliche und künstlerische Werkstätten und eine eigene Energieversorgung: Biogas, Solar, Wind...

Wir suchen noch zahlreiche Menschen zur Verstärkung schon bestehender oder geplanter Gruppen/Teilprojekte, aber auch Menschen mit eigenen Ideen. Speziell suchen wir Leute mit einer Fachausbildung in den genannten Bereichen.●

Kontakt: Stadt-Land-Fluß e.V., c7o Wolfgang v. Papp, Maybachufer 12a, D-12047 Berlin
E-Mail: wolfgangvpapp@gaia.de

SELBSTDARSTELLUNG: LASS

Die neue Art von Gemeinschaft für Ältere

Die zunehmende Zahl von Trennungen, Scheidungen und gebrochenen beruflichen Biographien bringt es mit sich, dass immer mehr Menschen zu Singles werden. Dieses Single – Leben hat ja auch zweifellos seine Vorteile. Aber letztlich ist der Mensch ein soziales Wesen, denn schon am Anfang seiner Schöpfung steht das Wort: »es ist nicht gut wenn der Mensch alleine bleibt«.

Neu eingegangene Zweierbeziehungen tragen oft nicht weit. Das hat verschiedene seelische Gründe, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Eine Tatsache ist: mit zunehmendem Alter werden die Ecken kantiger und die Zweierbeziehungen schwieriger. Gleichzeitig aber nehmen die körperlichen Kräfte ab und der Bedarf an gegenseitiger Hilfe nimmt zu. Dafür stellt dann unser soziales Netz professionelle Hilfen wie Pflegedienste und Altersheim zur Verfügung. Aber wie lange noch? Und wer will das dritte Drittel seines Lebens auf diese Art verbringen? Eine Alternative heißt deshalb: »Gemeinschaft«.

Nun lässt sich eine solche Gruppe für ein Zusammenleben natürlich nicht aus dem Hut zaubern. Vielmehr bedarf es dazu Menschen, die sich auf diese gesellschaftliche Variante einlassen wollen, die noch neugierig genug sind, um etwas Neues zu probieren und die für neue Erfahrungen noch offen sind. Viele Singles suchen nach ihrer Familienphase, also in der Regel ab 45 Jahren aufwärts, einen Neuanfang und schöpfen neue Kräfte aus ihrer eben gewonnenen Freiheit. Sie wollen gestalten statt verwaltet werden, aber es fehlen ihnen oft die MitstreiterInnen. Die Initiative »LASS« will diesem Mangel nun begegnen.

LASS bedeutet: leben und altern lernen – Solidarität und Sensibilität üben und wurde vom 55jährigen *Franz Schneider* ins Leben gerufen. Der gelernte Krankenversicherungsfachmann hat eine 20jährige Ehe mit drei Kindern und eine gescheiterte Existenzgründung hinter sich. Er kennt aus langjähriger beruflicher und persönlicher Erfahrung die psychosozialen Probleme wie Stress, Streit, Sucht und Sinnfindung. Er hat außerdem eine 3 1/2-jährige Fortbildung zur Psychologie. Und er hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema »Gemeinschaftsgründung« auseinandergesetzt und dabei auch mehrere große Wohngemeinschaften und deren Regeln des Zusammenlebens persönlich für jeweils eine Woche besucht und kennengelernt. Alle diese Erfahrungen hat er nun in sein Konzept »Wohngemeinschaften für Menschen ab 45« einfließen lassen und sucht jetzt Menschen, die dieses Abenteuer mit ihm wagen wollen. Dafür geeignete Wohnobjekte sind Häuser, die genügend Platz und Raum bieten für eine Gemeinschaft von vorerst 4 bis 8 Menschen, wo auch der persönliche Bereich jedes Einzelnen ausreichend zum Zuge kommt.●

InteressentInnen fordern von ihm Informationen an unter Tel. (0 37 22) 81 85 23 oder Fax: 81 85 24 oder E-Mail: sicher-ps@t-online.de

VERDEN: EIN SELBSTVERWALTETER BIBER IM ÖKOZENTRUM

Von der Schwierigkeit, kollektiv zu wachsen

1995 eröffnete im kleinen Allerstädtchen Verden der BIBER als selbstverwalteter biologischer Baustoffhandel. Das Ursprungsteam von 4 Leuten ist heute auf 10 gewachsen – und schuf damit eine neue Situation: ein so großes Team braucht andere Spielregeln, um als Kollektiv gemeinsam und ökonomisch wirtschaften zu können. Die Suche nach einem vergleichbaren Baustoffbetrieb mit Selbstverwaltungsanspruch blieb erfolglos. Nun geht der Biber eigene Wege.

Von Ulrich Steinmeyer und Jutta Sundermann ● In der *Landkommune Finkenburg* hatten sich die BewohnerInnen schon lange geärgert, für ihre Renovierungsaktionen bis nach Bremen fahren zu müssen, um baubiologische Materialien zu bekommen. So taten sich drei Kommunardinnen, ein Diplom-Ökonom in spe, eine Diplom Biologin und ein Bio-Student zusammen, um in Verden diese Nische zu besetzen. Um zu klären, ob die Kleinstadt mit ihren 30.000 Einwohnern überhaupt ein geeigneter Standort für ein solches Geschäft ist, tourte das kleine Team durch die Republik und besuchte 10 Bio-Baustoffläden jenseits der Großstädte. Der Ökonomiestudent schrieb seine Diplomarbeit zum Thema Betriebs-Gründung.

Auf 100 qm Ladenfläche plus kleinem Lagerraum startete das *Biberteam*, ergänzt um einen befreundeten Zimmerer, mit Biobaustoffhandel und Verarbeitung, vor allem Vollholz-Parkett und ökologische Dämmstoffe.

Selbstverwaltet, ökologisch & sozial

Grundsatz des Viererteams war die Selbstverwaltung, rechtlich abgesichert durch einen GmbH-Vertrag, in dem alle vier als Gesellschafter-GeschäftsführerInnen gleichberechtigt InhaberInnen und Ausführende waren. Darüber hinaus wurde ein fünfter, stiller Gesellschafter in die GmbH aufgenommen: das *Kollektiv »Gemüseabo«* aus dem Landkreis, das mit Vetorecht das Selbstverwaltungsprinzip im *Biber* absichern soll.

Die Selbstverwaltungsstruktur war recht einfach gestrickt. Bei wöchentlichen Treffen wurde alles gemeinsam diskutiert, was angesprochen wurde. Konkurrenz und Kompetenzgerangel konnten in der Anfangsphase nicht ausbleiben, bis sich Arbeitsschwerpunkte der einzelnen KollektivistInnen gebildet hatten, was die Konflikte entschärfte. Die Treffen dauerten ca. 2 bis 4 Stunden, viel Zeit davon nahm die Baustellenkoordination und die Arbeitsplanung in Anspruch. Die Treffen waren nur selten vorbereitet und meist nicht sehr effektiv. Dafür gab es viel Platz für die »Wie-geht's-Runde«.

Die Einführung einer Rotation der Aufgaben blieb eine Idee. Das Team hatte alle Hände voll zu tun, die Arbeitsanforderungen überhaupt reklamationsfrei über die Bühne zu bringen. Obwohl die GründerInnen nicht vom Fach waren, gab es kaum Reklamationen. Es bildete sich recht schnell eine Arbeitsteilung und Spezialisierung heraus, wobei es gelang, meistens zwei Personen für einen Arbeitsbereich zu qualifizieren. Allein Buchhaltung und Rechnungswesen blieben in den Händen des Ökonomen.

Der Ökostandard des *Bibers* war von Anfang an sehr hoch. Bei den Farben gehen solche vor, die aus reinen Naturmaterialien hergestellt und daher kompostierbar sind. (z.B. Auro). Viel sogenannte Naturfarben (Leinos, Livos, Biofa) bestehen zu großen Anteilen aus Erdölprodukten und werden daher niemals kompostierfähig sein. Mittlerweile gehen fast ausschließlich kompostierbare Farben über den Ladentisch. Ähnlich konsequent ist das Angebot in den anderen Produktbereichen.

Darüber hinaus achtet der Betrieb auf die Arbeitsbedingungen bei Herstellern und Lieferanten. Während im Baubiologiebereich viele teure Produkte auf dem Markt sind, achtet der *Biber* darauf, immer auch besonders günstige Angebote zu machen und Unterstützung für den Eigenbau anzubieten.

Umzug ins Ökozentrum

Schon parallel zur Gründung entwickelte sich eine Zusammenarbeit mit der *Verdener Umweltwerkstatt* und dem *Ökoinstitut IMENA* in Verden. Ein großes altes denkmalgeschütztes Gebäude in zentraler Lage in Verden sollte zum »Ökologischen Zentrum« mit Wohnungen, Büros, Gastronomie und dem *BIBER* darin werden. Ein erster Anlauf zum Kauf scheiterte an politischen Hürden, erst Anfang 1997 gelang es – mit einem anderen Gebäude im Visier – die erforderliche Stadtratsmehrheit gegen CDU und Stadtverwaltung zu gewinnen. Bis Herbst 97 dauerten die Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt. Ab dem Kauftag begann die größte Verdener Ökobaustelle. Im Juli 1998 zog der *Biber* als erster Betrieb in das neue *Ökozentrum*. Die Eröffnung klappte auf den letzten Drücker und war berauschend. Viele Leute aus dem Umfeld des Ökozentrums sorgten dafür, das alles noch rechtzeitig klappte. Der neue Laden hat über 200 qm Ladenfläche und noch mal soviel Raum für Büro, Werkstatt und Lager. Der Laden ist sehr schön und ansprechend eingerichtet.

Nach über zwei Jahren Bauzeit beleben das Ökologische Zentrum neben dem »Biber« zwölf andere ökologische Betriebe, politische Initiativen und die Wohngruppe. Im Ökozentrum gilt: Die finanzkräftigen Einrichtungen zahlen höhere Mieten und ermöglichen günstige Konditionen für politische Initiativen. Selbstverwaltung ist Voraussetzung: Chefbetriebe fliegen raus.

Der großangelegten Umzugswerbung folgten viele Aufträge und ungezählte Überstunden. Die Suche nach neuen Leuten begann. Viele der Aushilfen und einige Leute vom Umbau-Team im Ökozentrum fingen im Dezember 98 im Biber an. Fünf neue Stellen entstanden so und im Mai 99 kam noch eine sechste hinzu. Das Glück war auf der Seite des Betriebes, es gelang für die Erweiterung Lohn- und Investitionszuschüsse von der Landesregierung zu bekommen (Programm sozialer Betriebe).

Schnelles Wachstum

Die Strukturen passte das Team erst mal nur notdürftig an die neue Situation an. Verarbeitung (6 Personen) und Laden (4 Personen) wurden organisatorisch getrennt. Es gab jetzt 2 Plenen und selten mal zusätzlich eine Geschäftsführersitzung der alten KollektivistInnen sowie etwa vierteljährlich ein längeres Gesamtplenum. Einer der vier Gründer ging in die Verarbeitung und übernahm dort Anleitung und Arbeitskoordination, die anderen drei konzentrierten sich auf den Laden.

Das *Biber*-Sortiment erweiterte sich um Lehmputz mit Verarbeitung, den Verkauf und Einbau dänischer Fenster sowie das Angebot von Stokke-Kufenstühlen.

Aus 40 oder mehr Wochenstunden in der Gründungsphase bei 1.000 und später 2.000 DM brutto wurden mittlerweile für alle 10 KollegInnen 20 bis 32 Stunden die Woche, die Bezahlung ist an den Tischlertarif angelehnt. Hintergrund der Stundenreduzierung war zum einen, dass die meisten der GründerInnen mittlerweile Kinder haben, und zum anderen , dass das Geschäft saisonal sehr unterschiedlich läuft. So häufen sich im Sommer oder Herbst viele Überstunden an, die im Winter abgefeiert werden. Die Zufriedenheit mit der Arbeit im Biber ist trotz des schnellen Wachstums sehr hoch. Die Stimmung ist überwiegend gut und es hat bisher noch keinen Wechsel bei den Neuen gegeben.

Umstrukturierung wird notwendig

Auch im erweiterten Team bleiben Überstunden nicht aus. Der Umsatz hat sich von 1997 bis 99 mehr als verdoppelt. Durch den Umbau des Ökozentrums kam viel Arbeit auf *»die Biber«* zu. Es zeigte sich, dass bessere und effektivere Strukturen nötig sind, um in Zukunft die Löhne sichern zu können.

Unbeantwortet war auch noch die Frage, wie die neuen KollegInnen in den *Biber* einzubinden sind. Die Diskussion wurde für alle geöffnet, die im Kollektiv sind oder einsteigen wollen. Damit saßen 8 von 10 KollegInnen mit am Tisch und gründeten 2 Arbeitsgruppen, eine zu »Psycho und Soziales« und eine zu Arbeitsorganisation. Letztere der beiden Gruppen entwarf in moderierten und gut vorbereiten Sitzungen ein Leitbild und eine neue Satzung, die Mitte August gemeinsam ein Klausur-Wochenende lang diskutiert und verabschiedet werden soll. Die formale Satzung GmbH-Satzung soll dem Ergebnis angepasst werden und die KollektivanwärterInnen können auf dieser Grundlage beitreten.

Kaum Vorbilder

Die inhaltliche Entwicklung der neuen Strukturen begann mit der Suche nach Betrieben, die als Kollektiv eine ähnliche Größe und Komplexität haben und unter ähnlichen Rahmenbedingungen in der Baubranche arbeiten. *»Die Biber«* fanden jedoch keinen selbstverwalteten bauökologischen Handel oder Handwerksbetrieb in passender Größe.

Daraufhin stellten sie Kontakt zu den Solarfirmen *Solvis* und *Wagner und Co* her, unternahmen eine Reise und luden einen Vertreter nach Verden ein. Beide Firmen waren sehr offen für solche Gespräche und gaben manchen wertvollen Anstoß.

Der bisherige Vorschlag zur Entwicklung im *Biber* geht in folgende Richtung: Zum einen eine stärkere Strukturierung mit klarerer Aufgabenverteilung und Aufgabenbereichen. Mehr Wert soll gelegt werden auf Baustellen-Nachkalkulation und die Persoanlentwicklungsplanung. Per Wahl und Abwahlmöglichkeit soll eine Geschäftsführung eingesetzt werden, die den Gesamtüberblick über Handwerk und Laden behalten soll. Außerdem werden Mitbestimmungsrechte aller KollektivistInnen festgeschrieben sowie das Entrittsrecht in das Kollektiv für alle Festangestellten. Die ökologischen und sozialen Zielsetzungen werden präzisiert und festgeschrieben.

Mit der Umstrukturierung verknüpft das Team folgende Hoffnungen:

- mehr Zufriedenheit bei der Arbeit
- klarer Arbeitsbereich, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Einzelnen
- größere Effektivität, Erreichen eines guten Umsatzes und Sicherung von Beschäftigung und guten Löhnen
- eine Struktur zu haben , die ein Wachstum bis etwa zur doppelten Größe ermöglicht und effektiv bewältigen kann.
- schnellere Reaktionen auf veränderte Marktbedingungen.
- ökologische und soziale Ziele beibehalten zu können.
- eine Entwicklungsmöglichkeit für den Betrieb aber auch alle KollektivistIinnen zu schaffen.

Noch 2000 soll die neue Struktur beschlossen und mit der Umsetzung begonnen werden. Im kommenden Jahr soll die Struktur dann funktionsfähig sein und gute Resultate bringen.●

Ökozentrum

Im Ökozentrum sind derzeit 13 selbstverwaltete, ökologische Betriebe und Einrichtungen unter einem Dach vereint: Neben dem »Biber« gibt es ein Vollwertrestaurant, einen Ökoarchitekten, das Institut für Mensch und Natur, eine Projekt- und Betriebsberatung, einen Kindergarten, das »Forum« – Tagungshaus im Ökozentrum, ein Ballettstudio sowie die »Initiative Frauenprojektschmiede Alraune«, die »Verdener Umweltwerkstatt«, »X-tausendmal quer«, »Share« – Aktion für eine gerechte Ökonomie sowie eine Wohngruppe aus 13 Menschen. Im Ökozentrum ist ehrenamtliche Mitarbeit ebenso möglich wie immer wieder ein Einstieg in einen der Betriebe. Regelmäßig gibt es Tage der offenen Tür und Veranstaltungen. Besuche sind aber auch außer der Reihe gern gesehen. Das Ökozentrum wurde zu einem großen Teil finanziert durch die Unterstützung privater DarlehensgeberInnen. Weitere InteressentInnen an ethischer Geldanlage werden gesucht.

Kontakt: Ökozentrum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden, Tel. (0 42 31) 95 75 91

BREMEN:

Archiv der sozialen Bewegungen gegründet

Die Szene der Bewegungsarchive hat Zuwachs bekommen: In Bremen hat sich Anfang des Jahres das »Archiv der sozialen Bewegungen« gegründet. Das Archiv konstituierte sich als der Laden der Bremer BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen (BBA), der sein Konzept änderte und mit dem in den selben Räumen angesiedelten autonomen Infoladen Umschlagplatz fusionierte. Dabei entstand der Wunsch, auch in Bremen ein (Bewegungs-) Archiv – vergleichbar denen in anderen Städten – aufzubauen. Das Projekt ist ehrenamtlich gestaltet und dient allein politischen und gemeinnützigen Zielen.

Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Die Definition des Archivprofils ist noch nicht ganz abgeschlossen. Schwerpunktmäßig werden Dokumente aus den sozialen Bewegungen und Kämpfen der letzten 30 Jahre gesammelt. Dazu zählen Periodika, Bücher, Broschüren, Plakate und Devotionalien. Aus Platzgründen kann aber momentan leider nicht alles gesammelt werden. Dieser große Mangel wird dadurch kompensiert, dass es mit dem *Albambra-Archiv* in Oldenburg und dem *Hamburger Archiv der sozialen Bewegungen* zwei vergleichbare und weit besser ausgestattete Archive in der näheren Umgebung gibt (1). Desweiteren ist das *belladonna*, eines der größten feministischen Archive der BRD in Bremen ansässig. Last but not least ist die Bibliothek des *Institutes für Regional- und Sozialgeschichte* (irsg) an der Universität Bremen, die auch über einen ansehnlichen Bestand zu neuen sozialen Bewegungen verfügt, zugänglich.

Kern des Vorhabens ist die Sichtung, Sortierung und Zugänglichmachung der Archivalien des BBA-Ladens (gegründet Ende der 70er Jahre) und des Infoladen Umschlagplatz (eröffnet Januar 1990). Darüber hinaus sind einige Privatsammlungen zur Verfügung gestellt worden. Inhaltliche Schwerpunkte sind – gemäß der Tradition der beiden Läden – Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, Antifaschismus und die undogmatische radikale Linke. Darüber hinaus ist noch Material aus vielen Teilbereichen der neuen sozialen Bewegungen, z.B. zu Antirassismus, internationaler Solidarität, Häuserkampf oder zu Alternativbewegung vorhanden. Der Bestand an Zeitschriften ist aufgestellt und wächst beständig an: Er umfasst zur Zeit fast 300 Titel und über 60 Regalmeter. Fast 70 erscheinende Titel werden laufend bezogen. Die EDV-gestütze Erfassung ist in Vorbereitung. Der Buchbestand (geschätzt 1.000 Titel) ist grob vorsortiert und aufgestellt. Ca. 60 laufende Meter an thematischen Stehsammlern und Ordnern mit Broschüren, Flugblättern usw. sind zwar vorsortiert, harren aber noch der weiteren zeitaufwendigen Erschließung.

Bislang gibt es in Bremen keinen Ort, an dem so viel Material dieser Gebiete aufbereitet und sachkundig betreut zur Verfügung steht. Mit dem Archiv soll Geschichte begreiflich gemacht und die mittlerweile ja auch »Geschichte gewordenen« Ereignisse und Debatten der neuen sozialen Bewegungen für heute vermittelt werden. Dies könnte dazu führen, dass die NutzerInnen daraus Schlussfolgerungen für ihre heutigen politischen und sozialen Aktivitäten ziehen. Potentielle Zielgruppe sind also in erster Linie heute politisch-aktive Menschen.

Das Archiv arbeitet mit ähnlichen Archiven und Bibliotheken in der BRD zusammen, nutzt deren Erfahrungen und tauscht mit ihnen Dubletten aus. Weitere Dokumente sind gesucht, um Kontaktaufnahme wird gebeten.●

Kontakt: St.-Pauli-Str. 10/12, D-28203 Bremen
Fax (04 21) 7 56 82, Email: archivbremen@niatu.net.

(1) Einen Überblick gibt Bernd Hüttner: Archive der neuen sozialen Bewegungen, in Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 4/2000 (leicht überarbeitet auch in Nr. 4 der Internet-Zeitschrift Comunefarce, www.copyriot.com/unefarce)

KollegIn gesucht

Im Dezember verlässt ein Kollege aus Altersgründen den Biber. Im Parkett-Fußbodenbereich suchen »die Biber« daher jemanden für eine 28 Stundenwoche bei 2.500 DM brutto. BewerberInnen sollten möglichst eine Ausbildung im Holzhandwerk haben. Die Kollegin im Fußbodenbereich würde eine Frau für die Stelle bevorzugen. Bewerbungen an: Biber GmbH, Ökozentrum, Artilleriestr 6, D-27283 Verden. Telefonische Anfragen: (0 42 31) 95 71 11. (uli).

IWF und Weltbank in Prag

Internationaler Widerstand: Selbstorganisation und direkte Aktion statt »Eventhopping«

Die Expo-Aktionswoche gerade vorbei, Seattle immer verschwommener in Erinnerung, Castoren fahren nicht – gut dass es ein neues Event gibt, auf das wir uns stürzen können? Genau das nicht.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Das Treffen von IWF (internationaler Währungsfond) und Weltbank in Prag vom 26.-28. September soll mehr sein als ein einmaliges Ereignis, sondern ein weiterer Schritt zum Aufbau von Widerstand, Gegenmacht von unten gegen das globale Kapital, gegen Herrschaftsstrukturen und Profitorientierung in der gesamten Gesellschaft. Bislang hat die politische Bewegung in Deutschland weitgehend den Anschluss an die Debatte im internationalen Widerstand verpasst. Die Anti-Expo-Aktionswoche zeigte das deutlich – wenn sie auch durchaus in vielen Einzelfacetten zeigte, dass Bewegung von unten seine Chancen hat. Prag kann ein weiterer Schritt sein – ein Punkt gemeinsamen Widerstandes über Grenzen hinweg und ein Anlass, wieder aktions- und interventionsfähig zu werden.

In vielen Ländern haben politische Gruppen das Treffen von IWF und Weltbank zum gemeinsamen Kristallisationspunkt ausgewählt. Auch in Deutschland läuft die Mobilisierung an, aber auch die Diskussion um Strategien und Möglichkeiten, den Widerstand in Prag auch zum weiteren Aufbau von Widerstand lokal und regional zu nutzen. Davon zeugen die Texte auf dieser Seite. Der Europäische Aufruf zeigt die inhaltliche Kritik und die Hoffnungen, die sich an den Widerstand knüpfen. Der Text »Prag selbst organisieren« stammt von einem Vorbereitungstreffen deutscher Aktionsgruppen. Mit ihm soll deutlich gezeigt werden, dass es darauf ankommt, »von unten«, d.h. aus den konkreten Aktionsgruppen heraus Widerstand zu entwickeln – und zwar langfristig. Eine breite Mobilisierung nach Prag kann beides bringen: Eine Stärkung des internationalen Widerstandes gegen die neoliberale Verschärfung der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse weltweit und eine Stärkung lokaler Widerstandsfähigkeit. Schließlich muss es das Ziel bleiben, möglichst schnell handlungsfähig zu werden, um die grundsätzlichen Verhältnisse heutiger Gesellschaft in Frage stellen, eigene Visionen entwickeln, Widerstand leisten und Freiräume erkämpfen zu können.●

Europäischer Aufruf

Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag (verfasst vom europäischen Vorbereitungstreffen in Prag)

Im Bewusstsein über die Tatsache, dass eine neue Form des Widerstandes gegen das Kapital Gestalt annimmt, rufen wir europäische Menschen, Bewegungen und Organisationen auf, sich an der Kampagne gegen den IWF und Weltbankgipfel in Prag vom 21. bis 28. September zu beteiligen und den globalen Aktionstag am 26. September zu unterstützen.

Ungefähr 20.000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahresgipfel von IWF und Weltbank teilzunehmen. Dieses prestigereiche Ereignis wird das erste seiner Art in Zentral- und Osteuropa sein. Die Delegierten werden sich treffen, um ein Schema weiterer Liberalisierung der Weltwirtschaft vorzuschlagen, indem sie neue Kredit-Prioritäten und Strukturanpassungsbedingungen definieren. Der IWF behauptet, dass eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die einzige Lösung für die Probleme der Welt ist. Aber diese werden ganz im Gegenteil dadurch nur vertieft, sind sie doch in erster Linie durch das Kapital verursacht.

Daher ist dieser Gipfel eine Herausforderung für all jene, die sich um die Bestimmung der heutigen Welt sorgen. Der Einfluss von IWF und Weltbank hat seit über fünfzig Jahren die Leben von Menschen zerstört. Mehr und mehr Menschen werden sich dessen bewusst. Die Geschehnisse in Seattle während des Treffens der Welthandelsorganisation (WTO) letzten November, und in Washington im April zeigen, dass eine sich riesige Welle des Widerstandes gegen die sich ausbreitende Macht des globalen Kapitals aufbaut. Der IWF/Weltbankgipfel in Prag wird unsere nächste große Gelegenheit sein, um den Kampf für globale Gerechtigkeit und Gleichheit fortzusetzen.

Der IWF und die Weltbank werden lediglich von feindseligen wirtschaftlichen Interessen geleitet und unterstützen daher auch willentlich autoritäre und diktatorische Regimes.

Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme bestimmen IWF und Weltbank strenge Bedingungen zur Kreditvergabe an die Entwicklungsländer. Diese Maßnahmen stärken die Position des Kapitals, aber sie verschlechtern auch die Situation der Mehrheit der Weltbevölkerung. Die Abschaffung von Sozial- und Umweltauflagen sowie Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben resultieren in der Unzugänglichkeit von Gesundheitsversorgung und Bildung, scharfem Anstieg der Lebenshaltungskosten, Verlust von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit und Einschränkung von Gewerkschaftsrechten. Der Einfluss auf die Agrarwirtschaft ist besonders verheerend, da Produktion, die auf lokale Selbstversorgung ausgerichtet ist, eingestellt wird und die Länder gezwungen werden, Monokulturen für den Export anzubauen, was zu Lebensmittelknappheit und in einigen Ländern auch zu Hunger führt. Die Auswirkungen von IWF/Weltbank Aktivitäten sind ebenso verheerend – die gigantomanischen Projekte der Weltbank resultieren in der Zerstörung lokaler Ökosysteme und der erzwungenen Vertreibung von Millionen von Menschen.

Als Resultat dieser Politik sind Millionen zu Flüchtlingen geworden. Sie haben keinen Platz in ihrem Heimatland an dem sie bleiben könnten und werden von den Mächten, die ihre Vertreibung verursacht haben, kriminalisiert und mit Verachtung behandelt. Wir wenden uns gegen die rassistischen Einschränkungen der Immigration in Europa und fordern das Recht auf freie Bewegung für alle Menschen.

Die Realität ist, dass die Politik von IWF und Weltbank die Leben der Menschen zerstört.

Lasst uns als Beispiel die tschechische Republik nehmen – das Land in dem das Treffen stattfinden wird. 1990 akzeptierte die tschechische Regierung ein Strukturanpassungsprogramm (SAP) und erhielt einen 3,9 Milliarden Dollar Kredit. Von diesem Zeitpunkt an haben alle Regierungen mit größerer oder geringerer Intensität, eine Politik der Liberalisierungen, Deregulierungen, Privatisierungen, hohen Zinsen und Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben verfolgt – eine Politik, die im Interesse der Konzerne liegt und die den Entwicklungsländern von IWF und Weltbank aufgezwungen wird. Das Resultat ist die zunehmende Verarmung derjenigen, die sowieso schon das Wenigste haben.

In den vergangenen Jahren sind die Einkommen von ArbeiterInnen und Bäuerinnen und Bauern in der tschechischen Republik dramatisch gefallen. Der Wert der Sozialleistungen ist seit 1997 um 44% gefallen und um 60% gegenüber dem Bruttosozialprodukt von 1991. Die Leben von Frauen werden härter und härter, da sie unproportional stark von Ausbeutung, Sexismus und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Umwelt leidet darunter, ein Reservoir billiger Rohstoffe für die multinationalen Konzerne zu werden. Der Rassismus gegen die Minderheiten von Sinti und Roma hat zugenommen, da Rassismus üblicherweise die Aufmerksamkeit der Menschen von den eigentlichen Problemen und Feinden ablenkt.

Die kapitalistische Globalisierung ist nur eine Fortsetzung des Neo-Kolonialismus, die enorme Reichtümer aus den ärmsten Teilen der Welt stiehlt. Gleichzeitig werden ArbeiterInnen in den industrialisierten Staaten durch anti-soziale, neoliberale Politiken gezwungen, sich in einen Wettbewerb mit ArbeiterInnen in den sogenannten Entwicklungsländern zu begeben.

Mehr als 4 Milliarden Menschen leben von einem täglichen Einkommen von weniger als 2 US Dollar. Circa 17 Millionen Kinder sterben jedes Jahr an leicht heilbaren Krankheiten. Ein Drittel der EinwohnerInnen der südlichen Hemisphäre wird das vierzigste Lebensjahr nicht erreichen. Und 250 Millionen Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern sind gezwungen, als Sklavenarbeiter für transnationale Konzern zu arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen.

Gleichzeitig gibt es in der europäischen Union 50 Millionen Menschen, die in Armut leben und 5 Millionen Obdachlose. 30 Millionen Menschen in den USA leiden unter Unterernährung.

Wir werden dieses System nicht länger als Weg für den Fortschritt der Gesellschaft akzeptieren! Im Gegenteil, wir werden zu ZeugInnen eines täglichen Massenmordes an zehntausenden von Menschen und eines täglichen Verbrechens gegen die Menschenrechte, in Würde und Freude zu leben.

Diese Situation kann durch nichts anderes als eine globale internationalistische Bewegung geändert werden.

Wir glauben nicht, dass wir diese Entwicklung stoppen können, indem wir Lobby bei Institutionen wie IWF und Weltbank machen. Wir bauen vielmehr auf eine Bewegung, die vom Graswurzellevel ausgehen muss, die die Einheit der vielen und verschiedenen täglichen Kämpfe gegen die Konsequenzen eines globalen kapitalistischen Systems fördert – einschließlich solcher Gruppen wie GewerkschafterInnen, Arbeitslose, kleine oder landlose Bäuerinnen und Bauern, ökologischen Initiativen, MigrantInnen, radikaldemokratischen politischen Organisationen etc. Eine Alternative zum derzeitigen sozialen Modell zu finden, ist nach unserer Ansicht eine absolute Notwendigkeit. Die sogenannte Demokratie des »Verhandelns« und des »kritischen Dialoges mit der Zivilgesellschaft« die von IWF und Weltbank angeboten wird repräsentiert keine echte Demokratie.

Wir glauben nicht, dass die Globalisierung durch die protektionistische Politik von Nationalstaaten gestoppt werden kann. Wir glauben, dass die Alternative eine Gesellschaft ist, die nicht auf dem Profit von Wenigen sondern auf den Bedürfnissen und Wünschen aller, den Prinzipien der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe und nachhaltigen Lebens basiert, eine Gesellschaft, die alle Formen und Systeme von Diskriminierung, Herrschaft und Unterdrückung zurückweist.

Es ist das kapitalistische System, welches für die heutigen sozialen und ökologischen Desaster verantwortlich ist. Daher ist es notwendig, Proteste zu organisieren, um den IWF und die Weltbank zu stoppen. Denn eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muss so global wie das Kapital sein – und sehr viel kreativer.

Wir rufen so viele verschiedene Gruppen und Individuen wie möglich auf, diesen Aufruf zu unterstützen und sich für die weltweite Aktion in Prag im September zu organisieren. Es wird eine Aktionswoche vom 21. bis 28. September geben, mit einem globalen Aktionstag am 26. September 2000. Wir rufen Euch auf, Euch an den Protesten in Prag zu beteiligen und Aktionen in Euren eigenen Ländern zu organisieren.

Lasst uns die Zukunft verändern und eine neue Welt schaffen!●

Termine

Termine in Prag

21.-28.9. Aktionswoche mit vielen kleinen Aktionen sowie Trainings und Vorbereitung für den Aktionstag am 26.9.
21.-28.9. Festival »art and resistance«
22.-24.9. Gegengipfel
23.9. Demo von Gewerkschaften und linken Parteien
24.9. Demo zum Anschluss des Gegengipfels
26.-28.9. IWF- und Weltbanktagung (geplant)
26.9. Aktionstag in Prag gegen IWF und Weltbank
- vormittags: Vielfältige Aktionen in der Stadt
- mittags: Demo zum und in das Kongreßzentrum (Ziel: IWF-/Weltbanktagung beenden)

Termine in Deutschland zu IWF/Weltbank

10.-21.9. Karawane Hannover – Prag (u.a. über Göttingen, Erfurt und Chemnitz) mit Rädern, Bauwägen usw.
Eventuell: Gratiszug von Frankreich über Saarbrücken nach Prag
26.9. Global Action Day
Aktionen überall (weltweiter Aktionstag) – Möglichkeit für alle, die nicht nach Prag fahren, in eigenen Städten was zu machen.

Termine danach

13.-15.10. in Saasen (Projektwerkstatt)
Perspektiventreffen zu Widerstand und Bewegung von unten
10. bundesweites Anti-Expo-Expo-Treffen
und eventuell auch Nachbereitungstreffen zu Prag
7.12. Aktionen gegen den EU-Gipfel in Nizza
u.a. geplant: Gratiszug

Adressen, Infos, Internet

Mailingliste: prag2000-de@egroups.com
(Eintragen: leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken)

Webseite: http://go.to/prag-2000 (deutschsprachige Vernetzungsseite)
Bitte alle Infos zu Aktionen in und zu Prag, Abfahrtszeiten, regionale Koordinationen, dezentrale Aktionen am Global Action Day usw. an die auf der Seite angegebenen Adresse schicken, damit auf der Seite ein Überblick entstehen kann.

Infozeitung (Texte, Termine, Adressen) zu IWF und Weltbank in Prag gegen Spende zu bestellen beim fzs (siehe unten). Die Zeitung kann auch in höherer Auflage zum Weiterverteilen bestellt werden.

Anfang September erscheint eine zweite Ausgabe mit präziseren Infos zu Treffpunkten in Prag, zu Anfahrtswegen, Bussen, regionalen Koordinationen usw., Repression und Polizeigesetze in Tschechien, aber auch mit weiteren inhaltlichen Texten und mehr. Diese Zeitung kann beim fzs vorbestellt werden. Es wäre schön, wenn auch eine Mitfinanzierung oder Kostenübernahme (ca. 20-50 Pfg. pro Stück) möglich wäre – die ist nämlich zur Zeit noch nicht sicher.

Plakate: Es gibt Mobilisierungsplakate, die ebenfalls beim fzs bestellt werden können.

Veranstaltungen, ReferentInnen, Pressekontakte, Liste regionaler Koordinations-/Mobilisierungsgruppen usw.: Informationen und Anfragen ebenfalls über den fzs (siehe unten).

Bestelladresse für unsere Zeitung / Plakat, ReferentInnen- und Infoanfragen:
fzs (freier zusammenschluss von studentInnenschaften)
Reuterstr. 44, D-53113 Bonn
Tel: (02 28) 26 21 19, Fax: 242 03 88
E-Mail: fzs@studis.de
Hinweis: Diese Adresse ist kein Dienstleistungsbüro oder Hauptquartier für die Prag-Mobilisierung. Hier können Materialien und Informationen abgefragt werden. Die konkreten Aktivitäten gehen von Projektgruppen oder den Regionen aus. Die Adressen könnten aber beim fzs erfragen werden – ebenso Anfragen nach ReferentInnen oder Personen, die für Pressekontakte, Interviews usw. zur Verfügung stehen.

Aufruf aus deutschen Aktionsgruppen

Prag selbst organisieren!

»Fern der reformistischen und bürokratischen Praxis, bei der es um das Streben nach Macht geht, entsteht ein Kampf, dessen Stärke aus der Vielfalt kommt. Die Unzufriedenen richten ihr Augenmerk auf die Wege der Selbstorganisation, der Selbstverwaltung, der direkten Demokratie und der Autonomie als roter Faden, der sie zur Befreiung von den kapitalistischen Zwängen führt. Sie lassen hinter sich die alten klassischen, vertikalen und autoritären Strukturen, deren Zweck nur die Herrschaft von Menschen über andere Menschen und Naturzerstörung sind. Ziel ist der Aufbau einer Bewegung ohne Chefs, Avantgarde und Hegemonie, und die Idee einer Einheit in der Vielfalt und einer Stärke im Pluralismus.«
(aus einem brasilianischen Aufruf zum S26, globaler Aktionstag gegen Kapitalismus)

Die Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag werden aus den Zusammenhängen einer weltweiten Basisbewegung organisiert. Basisbewegung bedeutet eine Bewegung, in der es keine autoritären Strukturen von Chefs, Kadern und Hierarchien gibt. Wir denken, dass dieser Gedanke der Bewegung von unten, der horizontalen hierarchiefreien Vernetzung, für die deutsche Mobilisierung nach Prag der Anspruch sein sollte. Darum lehnen wir die Bildung eines bundesweiten »Bündnisses« ab, sondern setzen auf die horizontale Vernetzung von Menschen und Basisgruppen, die sich untereinander koordinieren. Wir sehen Prag als einen weiteren Schritt im Prozess des Aufbaues einer horizontal vernetzten Bewegung von unten in der BRD und international.

Basisbewegung heißt, als erstes sich selbst mit dem Thema inhaltlich auseinander zu setzen und die eigenen lokalen Zusammenhänge anzusprechen. Der Prozess fängt an der Graswurzel an und nicht in Prag. Dazu bieten sich Infoveranstaltungen, Teach-Ins und Formen von inhaltlicher Vermittlung, bei der Menschen sich selbst Wissen aneignen, an.

Bildet gemeinsame Infopools, macht Informationen anderen zugänglich und stellt eure Konzepte, Materialien, mögliche ReferentInnen etc. auf die deutschsprachige Vernetzungswebseite für Prag (Beiträge an: neolib@angelfire.com). Dort können sie dann von allen Menschen mit Internet-Zugang abgerufen werden (http://go.to/prag-2000).

Ideen für weitere nicht-virtuelle Medien sind:

- Videos
- Radiobeiträge
- Comics
- Infopakete für Teach Ins
- Zeitungen
- Plakate(wir produzieren gerade eine Zeitung und ein Plakat zur IWF/Weltbank-Kampagne, die beim fzs (siehe Kasten) bestellt oder im Internet abgerufen werden können).

Falls ihr Material erstellt / ausfindig macht, das interessant sein könnte, stellt es auf die Webseite!

Ein Instrument der bundesweiten Koordination der lokalen und regionalen Vernetzung von Basisgruppen kann die Mailingliste prag2000-de@egroups.com sein (zum Eintragen eine leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken). Menschen mit Internet-Zugang sollten die Informationen ausdrucken und in ihren lokalen und regionalen Zusammenhängen verbreiten.

Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!●

AK Internat des fzs, Treffen in Konstanz vom 30.6-2.7.00

ALBWERK, GEISLINGEN-STEIGE

Energiegenossenschaften

Von der Strommühle zur Dividendengemeinschaft

Der Geislinger Stromversorger Albwerk, eine erfolgreich agierende traditionelle Elektrizitätsgenossenschaft, konnte das Jahr 1999 mit einem Überschuss von mehr als fünf Millionen DM abschließen. Trotz der Wahlfreiheit der Privatkunden zählen 303 Haushalte mehr zu seinen-Kunden als 1998, nämlich 34.433 Haushalte. Die 162 stimmberechtigten Mitglieder, die zur letzten Generalversammlung gekommen waren, stimmten dem Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 96,5 Millionen Mark einhellig zu.

Christian Jung, Red. Genossenschaften ● Zwei Arbeiter verrücken noch einige größere Flusskiesel. Kaum bis zu den Waden reicht ihnen das Wasser der Fils. Niedrigwasser. Das Gefälle, das unterhalb des kleinen Wehrs beginnt und sich an dem Krafthaus vorbeischiebt, soll wieder möglichst natürlich aussehen. Denn morgen wird das Wasserkraftwerk »Münstermühle« eingeweiht.

Trotz Niedrigwasser: Gleichmäßig brummt die Kaplanturbine im Innern des Krafthauses. Eine Million kWh soll sie künftig jährlich für das Albwerk erzeugen. Viel und doch nicht viel. Zur Relation: 1999 setzte das Albwerk 441 Mio. kWh Strom ab. Fast alles eingekaufter Strom. Von der *EnBW*, der *RWE*, zu weniger als vier Prozent auch vom Kernkraftwerk Obrigheim, an dem sich das Albwerk in den 60er Jahren geringfügig beteiligt hatte. Von der Leistung fällt das neue Kraftwerk da kaum ins Gewicht.

Ökologisches Aushängeschild

Die »Münstermühle« bei Kuchen war denn auch in erster Linie als ökologisches Aushängeschild konzipiert worden, wie der Direktor des Albwerks, *Hubert Rinklin*, bestätigt. Inzwischen sei man aber auch aus ökonomischer Sicht glücklich über die Entscheidung. Das neue Einspeisungsgesetz für ökologisch erzeugte Energie mache das Projekt auch ökonomisch zu einem Erfolg. Vorbild für die »Münstermühle« war ein Wasserkraftwerk, das ein Privatmann nicht weit entfernt in Eigenregie errichtet hatte. Das speist seinen Überschussstrom seither in das Albwerk-Netz ein. Der Erbauer (Herr Fragner) wurde vom Albwerk für die Planung und Bauleitung der »Münstermühle« gewonnen.

Auch deshalb wirkt das Projekt »Münstermühle« wie eine Erinnerung an die Pionierzeit des Stroms und die Anfänge des Albwerks. In den 1890er Jahren kam es zu einer Gründungswelle von Elektrizitätskraftwerken in Württemberg. Bald gab es in jeder größeren Gemeinde ein Werk – teils in kommunalem, teils in privatem Besitz. Und entlang der Flussläufe drang die Elektrizität bereits auch in die kleineren Orte vor. Hier waren die Müller die eigentlichen Pioniere. In der Erzeugung von Strom sahen sie ein Zusatzgeschäft. Außerdem litt ihr Gewerbe unter der Konkurrenz der Mühlengroßindustrie, die damals aufkam.

Historischer Rückblick

Auch im Gebiet um Geislingen gab es damals einige Mühlen, die Strom produzierten. So zum Beispiel in Kuchen und in Altenstadt. Trotzdem sah es für die weitere Verbreitung der Elektrizität nicht gut aus: Vor allem auf der Geislinger Alb, wo es keinen Flusslauf gab und damit auch keine Mühlen. Und in Geislingen selbst, dem Hauptort der Region, in dem die Politik eine Entscheidung gegen den (elektrischen) Strom fällte. Der Gemeinderat stimmte 1899 für die Einführung der Gasbeleuchtung und den Bau einer Steinkohlengasfabrik. Selbst das Erreichte war in Gefahr: Hohe Investitionen für die Leitungen bei noch geringem Absatz – Strom war damals noch Luxus – brachten einige der Strommühlen in Bedrängnis, so die Mühle in Altenstadt. Um 1910 war die Region drauf und dran, den Anschluss an das Elektrizitätszeitalter zu verpassen. Was tun? Von der Elektrowirtschaft war nichts zu erwarten. Geldgeber der Branche waren die Banken und die erwarteten keine Rendite für das dünn besiedelte und topographisch anspruchsvolle Gebiet, in dem das Verlegen elektrischer Leitungen teuer war.

Wachsender Fremdbezug

Die Lösung lag in der Genossenschaftsidee. Dafür machte sich der Altenstädter Schultheiß Schneider stark, der Hauptinitiator des Albwerks. Bei der Landbevölkerung warb er für die Idee, eine genossenschaftliche Elektrizitätsversorgung aufzubauen und dafür Anteile zu kaufen. So wie das früher schon *Raiffeisen* für die Landwirtschaft getan hatte. Und er verhandelte mit den Landgemeinden, die ja die Konzessionen geben mussten. Im Frühjahr 1910 wurde das Albwerk als Elektrizitätsgenossenschaft gegründet. Als Genossen mit an Bord waren auch 16 Landgemeinden. Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung standen als Grundsätze obenan.

Zu Anfang geriet das Unternehmen in eine ernste Finanzierungskrise, da der Kauf der Mühlen, der Bau eines Dampfkraftwerks und die Errichtung der Leitungsnetze und Transformatorenstationen viel Geld kosteten. Die Krise wurde überwunden und bereits 1911 schloss das Albwerk erste Stromlieferungsverträge mit anderen Elektrizitätswerken. Damit begann ein Prozess, der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigt wurde: Die Eigengewinnung von Energie trat gegenüber dem Fremdbezug in den Hintergrund. Das machte das Werk über die Jahre faktisch von einer Produktions- zu einer Einkaufsgenossenschaft.

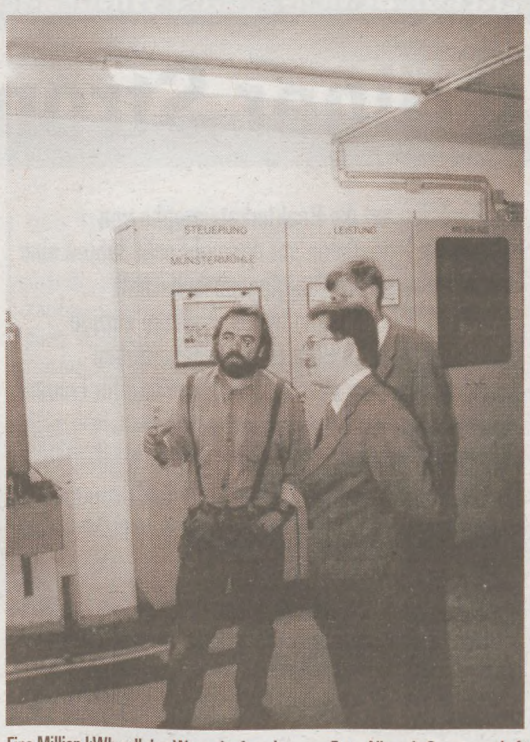
Damals verschwanden viele Betriebe durch Übernahmen und Fusionen. So in den Wirtschaftskrisen, aber auch in der NS-Zeit, als es zu einer starken Monopolisierung in der deutschen Elektrizitätswirtschaft kam. Wiederholt erwies sich jetzt die Unternehmensform der Genossenschaft mit der Rückkopplung an die Genossen als Mittel, die Unabhängigkeit zu behaupten.

Genossenschaftliche Holding

Zurück zur Gegenwart des Albwerks: Heute ist zu dem Stromgeschäft ein Elektrofachhandel getreten, der sich im Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes befindet, und der Bereich Technische Dienstleistungen. Letzterer umfasst unter anderem Elektoinstallationen, Brandschutzanlagen, Einbruchmeldeanlagen, Telefon- und Datentechnik. Die komplette Stromsparte wurde in diesem Jahr aus der Genossenschaft ausgegliedert und in eine gemeinsame Gesellschaft mit der *EnBW-Regional AG* eingebracht. Die *Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG* hält 74,9% der Anteile an der neuen Gesellschaft, in die die *EnBW-Regional AG* (Anteil 25,1%) ihre Netze und Kunden im Raum Laichingen einbringt.

Was bedeutet diese Entscheidung, die im Mai von einer außerordentlichen Generalversammlung der Genossen bestätigt wurde, für das Genossenschaftskonzept? Wie ist die Verbindung mit der *EnBW* einzuschätzen, die im letzten Jahr immerhin 71 % des Albwerk Strombedarfs lieferte und durch deren 110 kV Leitungen der Strom in das Versorgungsgebiet des Albwerks fließt? Und wie sieht die Zukunft des Unternehmens im liberalisierten Strommarkt aus?

Der Firmensitz der traditionellen Elektrizitätsgenossenschaft spiegelt die Größenordnung des Unternehmens wider — Foto: Albwerk-Genossenschaft



Eine Million kWh soll das Wasserkraftwerk »Münstermühle« zukünftig für die Albwerk-Genossenschaft produzieren — Foto: Albwerk-Genossenschaft

Hohe Kundenbindung

Der Direktor, der Genossenschaft, *Hubert Rinklin*, setzt weiter auf die Rechtsform Genossenschaft, auch in der Stromsparte. Für die nahe Zukunft plant das Albwerk eine Öffnung für neue Genossen. Bisher gab es 1.100 bis 1.200 Genossen. Da lange Zeit das Eigenkapital konstant blieb, wurden neue Mitglieder nur bei Rückgabe alter Anteile zugelassen. Die gebietsmäßige Erweiterung um den Raum Laichingen will das Werk nutzen, um in einem ersten Schritt 1.500 bis 2.000 neue Genossen aufzunehmen. Geplant ist die Vergabe von Anteilen zu je 1.000 Mark. Bei dieser ersten Zuteilung sollen alte Anwartschaften aus dem bisherigen Versorgungsgebiet und neue Mitglieder aus Laichingen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Laichingen eingeschlossen hat das Albwerk 50.000 Kunden. Die Öffnung der Genossenschaft ist Rinklin zufolge das beste Kundenbindungsprogramm. Die Teilhabe an der hohen Kundenbindung war Rinklin zufolge auch das Hauptinteresse der *EnBW* an dem Deal. Die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Energieunternehmen sei bei Genossenschaften nunmal größer. Genau das werde sich als ein Pluspunkt herausstellen, wenn – wie allgemein erwartet – der jetzige reine Preiskampf auf dem liberalisierten Strommarkt durch einen Dienstleistungswettbewerb abgelöst werde.

Auch bei der Einführung neuer Preissysteme zeige sich die gute Kundenbindung. Zwei Drittel der Kunden entschieden sich für diese – ein ausgesprochen guter Wert in der Branche. Gefahren durch die Zusammenarbeit mit der *EnBW* sieht Rinklin nicht. So habe das Albwerk das alleinige Recht, Führungspersonen in der neuen Gesellschaft zu bestimmen. Auch hinsichtlich des Strombezugs habe man sich in keiner Weise gebunden.

Sprung zum Stromhändler

Die größten finanziellen Auswirkungen kamen durch die Liberalisierung bisher bei den großen Sondervertragskunden wie *WMF* in Geislingen oder *Heidelberger Druckmaschinen* in Amstetten. Da werde inzwischen, so Rinklin, bis zur Schmerzgrenze verhandelt. »Aber unter den Einstandspreisen oder zu Dumpingpreisen verkaufen wir nicht,« fügt er hinzu. Inzwischen hat das Unternehmen den Sprung zum Stromhändler gemacht. Viermal so viel Strom wird bereits gehandelt, als im eigenen Netz abgesetzt. Dieser wird außerhalb des eigenen Versorgungsgebiets gekauft als auch wieder verkauft. Zu 16,3% hat man sich an der *KOM-Strom AG* beteiligt. Die Leipziger Stromhandelsgesellschaft ist der sechstgrößte deutsche Stromhändler. Der Zugang zur Strombörse, zu bestimmten Informationen, und Alternativen zum Bezug über *EnBW* und *RWE* waren die Motive. Aus den Anfängen einer Produktionsgenossenschaft mit Strommühlen hat sich somit längst eine Dividendengenossenschaft mit Verzinsungen von zuletzt 14% bis 18% entwickelt. Insofern umweht die Einweihung der »Münstermühle« fast ein Hauch von Nostalgie. Apropos wehen: Auf dem Albtrauf werden von norddeutschen Konsortien neue Windräder errichtet. Direktor Rinklin will nun durchrechnen lassen, ob sich eine Beteiligung lohnt.●

EIN KURZINTERVIEW

»Wir haben günstige Strukturen«

C. Jung: Warum ging das Albwerk in den Stromhandel?

H. Rinklin: Weil die Versorgung von Kunden in den bisherigen Netzgebieten bei 100% ist. Durch den Wettberwerb werden es weniger, weil jeder Kunden verliert. Die Auffangposition kann nur sein: Außen Kunden gewinnen, um Kundenverluste im bisherigen Gebiet auszugleichen oder zu überkompensieren.

C. Jung: Warum halten sie an der Genossenschaftsform fest?

H. Rinklin: Durch die persönliche Mitgliedschaft lässt sich Kundenbindung erreichen, – besser als bei anonymen Aktiengesellschaften. Und dann grenzt uns das von den kommunalen Gesellschaften ab. Da ist die Mitgliedschaft von oben vorgegeben, bei uns ist sie freiwillig. Nachteil bei den kommunalen Werken ist doch, dass sie immer sachfremde Leistungen mitfinanzieren müssen. Daher fehlen die Rücklagen. Deshalb müssen die Kommunen ihre Werke jetzt verkaufen oder sich mit Minderheitsanteilen zufrieden geben.

C. Jung: Wird das Albwerk in 10 Jahren noch sein hundertjähriges Bestehen feiern können?

H. Rinklin: Bevor es uns erwischt, wird es viele andere erwischen. Wir haben günstige Strukturen. Auch bei der Größe: Wir gehören nicht zu den ganz Großen, aber auch nicht zu den ganz Kleinen.●

Anzeige

NICHTS BEWEGT EUCH MEHR

la cortadora
Kaffee für Land und Freiheit

Kooperativen-Kaffee
aus El Salvador

Kostenloses Probepäckchen
anfordern bei:
MITKA
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel/Fax: 040/43 33 66
e-mail: mitka@t-online.de

la cortadora gibt es auch in vielen Weltläden!

HEIZWERK SIEDERLERSTRASSE, NÜRNBERG

Energiegenossenschaften

Als das Öl des Südens versiegte

oder wie ein »kleines gallisches Dorf« sein Schicksal selbst in die (genossenschaftlichen) Hände nahm

Ein Wohnbeispiel mit autarkem Versorgungssystem stellt die »Parkwohnanlage Zabo« in Nürnberg dar. Nach langer konfliktreicher Auseinandersetzung wird das dortige Heizwerk von den Bewohnern mittlerweile in eigener Regie geführt – konsequenterweise auf genossenschaftlicher Basis. Auch nach über einem Viertel Jahrhundert stößt diese Lösung auf allgemeine Akzeptanz bei den Bewohnern der Siedlung.

Katharina Frank, Red. Genossenschaften ● Dezember 1973: Die Rentnerin Erna Emmerich, (Name geändert) aufgrund einer Querschnittlähmung an ihre Wohnung gefesselt, hat ihre Füße in einen Fußsack gesteckt. Sie friert. Die Fenster sind mit Kissen abgedichtet, der Heizkörper nur lauwarm. In der »Nürnberger Zeitung« steht am 17.12.1973: »1.300 Nürnberger Familien sollen Weihnachten frieren«. Dies stellt vorerst den Höhepunkt einer seit mehreren Jahren währenden Auseinandersetzung zwischen den Bewohnern einer Siedlung im Bayerischen und ihrem Heizwerkbetreiber dar.

Unzulässige Kostenabwälzung

Wo einst der 1.FC Nürnberg Deutsche Meisterschaften errungen hat, entsteht in den Jahren 1966 bis 1970 die Parkwohnanlage »Zabo«. Die Siedlung im Nürnberger Stadtteil »Zerzabelshof« umfasst 20 Häuser mit insgesamt 620 Wohneinheiten. Mit Wärme versorgt werden sie durch ein Fernheizwerk, betrieben von der Münchner Firma »Veso«. Die Probleme beginnen mit der Ölkrise im Winter 1973. Bedingt durch die Ölverknappung erhöht die »Veso« im Dezember 1973 die monatliche Heizpauschale um 70%. Als die Bewohner diese drastische Preiserhöhung nicht akzeptieren, dreht die »Veso« – nach vorheriger Ankündigung – am 17. Dezember zwischen 9-15 Uhr und 22-5 Uhr den Ölhahn zu.

Die Bewohner von »Zabo« erwirken daraufhin eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Nürnberg-Fürth. In dieser wird der »Veso« geboten »die Wärmeversorgung in der Wohnanlage täglich von 5 bis 22 Uhr in Betrieb zu halten«. Ein Bewohner, Vater einer fünf Wochen alten Tochter, der dies als Druckmittel gegen Alte, Kranke und Kleinkinder versteht, erstattet darüber hinaus Anzeige gegen die »Veso« wegen Nötigung, Erpressung und Körperverletzung. Sogar die bayerische SPD Landtagsabgeordnete Lilo Seibel schaltet sich ein und stellt an den bayerischen Landtag die Anfrage, ob ein Missbrauch wirtschaftlicher Macht im Sinne des Kartellgesetzes vorliege.

Selbsthilfe nach Konkurs

Da die Heizwerkbetreiber nicht mehr über genügend finanzielle Mittel verfügen, kaufen die Bewohner in den folgenden Monaten auf eigene Kosten Heizöl. Doch damit ist nicht genug, der Ärger geht weiter. Im März 1974 erweist es sich als dringend erforderlich, die Heizungsleitungsrohre zu reparieren. Da die »Veso« die ersten Zahlungen nicht begleichen kann, bricht das beauftragte Unternehmen die Arbeit ab. Zurück bleibt für mehrere Monate ein 150 Meter langer klaffender Graben vor den Häusern, der sich nach Regenfällen als gefährliche Schlammpiste erweist. Fußwege sind unpassierbar, die entlang des Grabens befindlichen Parkplätze unbenutzbar. Zwei Monate später wird das Konkursverfahren über das Vermögen von »Veso« eröffnet.

Da Verhandlungen mit anderen Wärmeheizwerken nicht zum Erfolg führen, beschließen die Bewohner von »Zabo«, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und zwar schnell: Sie gründen die *»Heizwerk Siedlerstrasse eG«*. Der Aufsichtsrat der Genossenschaft wirbt bei den Bewohnern für den Kauf des Heizwerkes, da »ein auf genossenschaftlicher Basis geführtes Heizwerk, das an seine Mitglieder Wärme zum Selbstkostenpreis abgibt, auf Dauer die billigste Lösung der Heizkostenfrage und der Wärmeversorgung« sei. Außerdem wäre das Aussteigen Einzelner, die sich z.B. durch Nachtspeicheröfen vom Heizwerk unabhängig machen möchten, rechtlich unterbunden, indem sich jeder Käufer einer Wohnung vertraglich zur Abnahme von Wärme gegenüber dem Heizwerk verpflichtet. Diese Verpflichtung bleibt auch jedem neuen Betreiber des Heizwerkes gegenüber bestehen.

Kontinuierliche Verbesserung

Mit der eindringlichen Erinnerung »der nächste Winter kommt bestimmt und auch der Sommer hat manchmal recht kalte Tage!!!« schließen die Genossenschaftsgründer ihren Appell an die Bewohner ab. Ihre Überzeugungsarbeit hat Erfolg: Die Bewohner kaufen das Heizwerk für 27,– DM pro qm zu 1,1 Millionen Mark. Über die Jahre verteilt stecken sie weitere 2,5 Millionen Mark in das Heizwerk und das Rohrleitungsnetz. Außerdem stellen sie zunächst von schwerem auf leichtes Heizöl und später auf den umweltfreundlicheren Brennstoff Erdgas um. Insofern: Bei dieser nicht aus idealistischen Beweggründen, sondern reinem Eigennutz entstandenen Genossenschaft sind inzwischen auch ideelle, umweltfreundliche Tendenzen zu erkennen. Außerdem: Darüber hinaus findet sie auch nach über einem Viertel Jahrhundert allgemeine Akzeptanz bei den Bewohnern der Siedlung.●

Die Genossenschaft im Überblick

- Eintragung der Genossenschaft: 26.09.74
- Zahl der Genossenschaftsmitglieder: 1976: 450; 1999: 369
- Höhe der Pflichtanteile pro Mitglied: DM 27.– / qm
- Geschäftsguthaben: 1976: DM 1.066.000; 1999: DM 701.000
- Höhe des Eigenkapitals: 1976: DM 1.070.000; 1999: DM 881.000
- Menge der erzeugten Wärme: ca. 800.000 bis 850.000 m³
- Rücklagen und Rückvergütung: Rücklagen 1999: DM 180.000.

Aus Steuerersparnisgründen wurde gesetzl. Rücklagenminimum angesetzt.
Rückvergütung entspricht 6% der Einlagen

BIOMASSEPROJEKT LIEBERHAUSEN

Eine heiße Sache – Heizen mit Hackschnitzeln

»Träumerischer Ökokram«, meinten Skeptiker zunächst, sobald sie von dem Genossenschaftsprojekt in Lieberhausen hörten. Doch ihre Zweifel wurden rasch beseitigt. Ab kommenden November sollen zunächst 68 Häuser, eine Kirche, ein Kindergarten, eine Mehrzweckhalle und vier weitere Einrichtungen durch das Hackschnitzel-Heizkraftwerk versorgt werden.

Kirsten Wörnle, Red. Genossenschaften ● Wenn im nordrhein-westfälischen Lieberhausen in diesem Herbst die Heizungen und Warmwasserhähne aufgedreht werden, dann beziehen über zwei Drittel der 350 Einwohner Wärme aus einem nahegelegenen Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk. In nur drei Jahren wurde die Idee einer Wärmeselbstversorgung in die Tat umgesetzt. Das Biomasseprojekt Lieberhausen hat einen Grossteil seines Rohstoffes fast schon vor der Haustür. In den angrenzenden Wäldern fällt durch Waldpflege viel Holz an. Die Genossenschaft lässt die Wälder durchforsten und verkauft das Holz, das weiterverarbeitet werden kann. Der Rest wird in den Sommermonaten getrocknet und anschließend für das Heizkraftwerk gehäckselt.

Anfängliche Skepsis

Bernd Rosenbauer, Vorsitzender des Genossenschaftsvorstands, stieß mit seiner Idee anfangs auf viele Vorurteile. Die Vorteile des Primärenergieträgers Holz sind oftmals nicht bekannt. Im Gegensatz zu Öl, Gas und Kohle fällt bei der Holzverbrennung kein zusätzliches Kohlendioxid an. Das freigesetzte CO_2 wird vom nachwachsenden Wald wieder aufgenommen und trägt so nicht zum Treibhauseffekt bei. Auch die Schwefeldioxidemissionen sind gering.

Spätestens nach einer Informationsreise zu zwei Hackschnitzel-Heizkraftwerken war ein Großteil der Bürger von der Idee überzeugt. »Das ging wie im Schneeballverfahren«, berichtet Rosenbauer. »Innerhalb von 14 Tagen wuchs die Zahl der Anschlusswilligen auf 42 Häuser.« Inzwischen hat sich diese Zahl fast verdoppelt. Etwa 4.000 Ster Hackschnitzel werden pro Jahr benötigt, um die Genossenschaftsmitglieder mit Wärme zu versorgen. Das entspricht etwa einer LkW-Ladung pro Woche. In Lieberhausen ist geplant, das Holz zur Hälfte aus Wäldern der Region und zur Hälfte aus der Sägeindustrie zu beziehen.

Vollautomatischer Holzofen

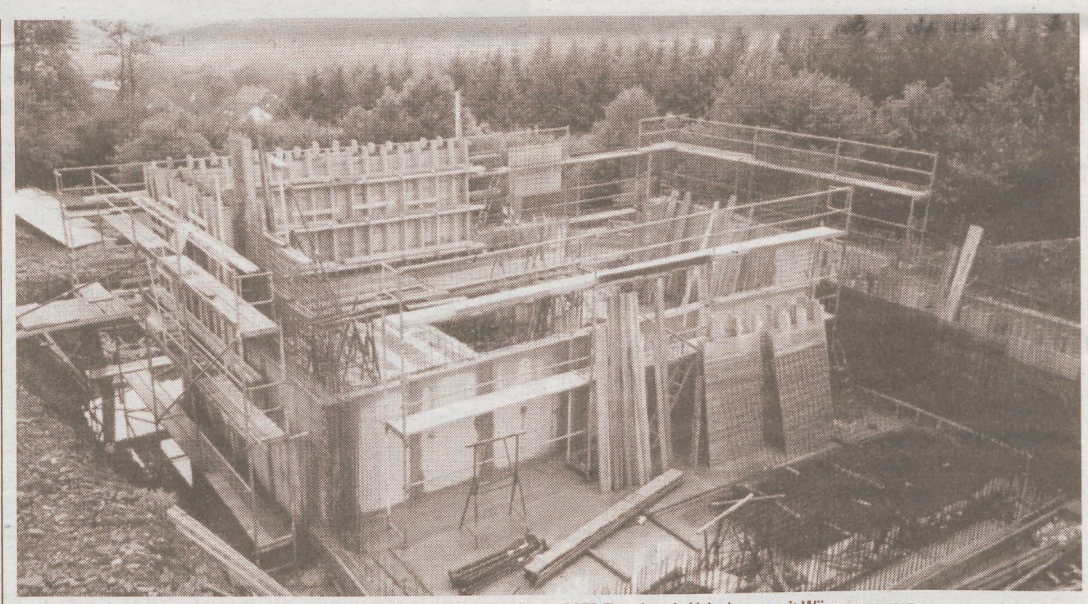
Aus einem 280 Kubikmeter fassenden Vorratssilo werden die Hackschnitzel vollautomatisch dem Holzofen (900 kW) des Heizkraftwerks zugeführt, der das Wasser für die Wärmeversorgung auf 90 Grad Celsius erhitzt. Geplant ist der Einbau eines weiteren Holzofens mit einer Leistung von 400 kW für die Versorgung in den Sommermonaten und zur Spitzenlastabdeckung im Winter. Um für Störfälle gewappnet zu sein, steht ein Ölkessel mit einer Wärmeleistung von 1.400 kW zur Verfügung.

Das Hackschnitzelkraftwerk läuft weitgehend automatisch und braucht keine ständige personelle Besetzung. Zwei dreißigminütige Kontrollgänge am Tag reichen aus. Alle zehn bis zwölf Wochen muss der Ofen geputzt werden. Diese Wartungs- und Kontrolltätigkeiten können von Genossenschaftsmitgliedern übernommen werden. »Wir wollten die Kosten und Gewinne im Dorf lassen«, sagt Bernd Rosenbauer. Auch die Gräben für die Hausanschlussleitung und Wanddurchbrüche erstellen die Mitglieder selbst. Die Tiefbaukosten können gesenkt werden, da in Lieberhausen die Trinkwasserleitungen erneuert werden müssen und das Abwassernetz verlegt wird. So kann die Energiegenossenschaft die Gräben gleichzeitig zur Verlegung ihrer Fernwärmeleitung nutzen.

Ehrenamtlicher Einsatz

7,5 Pfennige zahlen die Mitglieder für die Kilowattstunde. Dazu kommen einmalig ein Genossenschaftsgrundbetrag und Gebühren für die Hausanschlussleitung. Am Haus befindet sich neben der üblichen Hausinstallation nur noch eine Übergabestation. Technische Einrichtungen wie Kamin, Heizkessel, Heizraum, Gasanschluss oder Öltank entfallen.

Dass das Biomasseprojekt jetzt auf große Akzeptanz stößt, ist über 3.500 Stunden ehrenamtlicher Arbeit zu verdanken. Der persönliche Einsatz für die Nutzung umweltfreundlicher Energie in Lieberhausen schweißt die Beteiligten zusammen. Lärm und Dreck durch die Grabungsarbeiten werden in Kauf genommen. »Es lohnt sich, an eine Sache zu glauben und Eigenverantwortung zu übernehmen«, sagt Rosenbauer, der sich freut, wie viel aus Bürgerengagement entstehen kann. »Wo andere ihren Energieträger aus Krisenregionen herbeitransportieren, werden wir unseren heimischen Rohstoff nutzen.«●



Im Herbst dieses Jahres wird das Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk in Betrieb gehen und 350 Einwohner in Lieberhausen mit Wärme versorgen

ENERGIEGEMEINSCHAFT WINDFANG, HAMBURG

Grüner Strom von Frauen

Als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gründeten vor nunmehr acht Jahren eine handvoll Frauen die Energiegenossenschaft Windfang. Windfang ist bundesweit die einzige Genossenschaft im Bereich der regenerativen Energiegewinnung ausschließlich von und für Frauen.

Anja Schöner, Red. Genossenschaften ● Die Verbindung von Ökologie und Feminismus spielt für die Gründung der Energiegenossenschaft *Windfang* eine zentrale Bedeutung. In ihrer Selbstdarstellung präsentiert sie sich als »Möglichkeit für Frauen, den hauptsächlich von Männern besetzten energietechnischen Bereich aktiv mitzugestalten«, als »Chance für Frauen, der Atomlobby eine lebensfreundliche Alternative entgegenzusetzen« und als »Versuch von Frauen, der drohenden Klimakatastrophe entgegenzuwirken«.

Anderes Machtverhalten

Diese Ziele basieren auf der Hoffnung, »dass Frauen es anders machen können«, erzählt *Andrea Vildosola*, »jenseits von Machtstrukturen, die Frauen unterdrücken«. *Andrea Vildosola* hat sich jahrelang als aktives Mitglied bei Windfang engagiert. Die Genossenschaft sei als »Forum für Frauen, die im Bereich erneuerbarer Energien arbeiten wollen« auch für Frauen ohne Genossenschaftsanteil offen, betont Vildosola. »Aktiv Energiepolitik betreiben und nicht nur reden«, das ist für *Gisela Renner* wichtig. Renner ist eine von fünf Frauen im Aufsichtsrat der Genossenschaft, der als Kontrollorgan des Vorstands und als Mittlerorgan zwischen Vorstand und Generalversammlung fungiert.

Derzeit betreibt *Windfang* drei Windkrafträder in Norddeutschland und eine Solarstromanlage in Bonn. Diese produzieren jedes Jahr zusammen etwa drei Millionen Kilowattstunden und versorgen damit über 1.000 Vier-Personen-Haushalte mit »grünem Strom«. Neue Projekte zur umweltfreundlichen Energiegewinnung werden derzeit anvisiert. Allerdings könne momentan noch nichts Konkretes gesagt werden, bedauert *Susanne Korhammer*. Als eine von insgesamt drei Vorstandsfrauen ist sie für die technische Betreuung der Anlagen zuständig.

Aktive Mitarbeit

Mittlerweile zählt die Genossenschaft mehr als 200 Mitglieder. Genossin wird, wer mindestens für 3.000 Mark An-

Fortsetzung nächste Seite

AGRARENERGIE RODING

Energiegenossenschaften

Vom Exot zum Pionier

– umweltfreundliche Stromerzeugung in der Landwirtschaft

Die Agrarenergie Roding eG wurde 1998 als Genossenschaft gegründet. Elf Landwirte schlossen sich zusammen, um durch die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen Strom und Wärme zu gewinnen. Im Heizwerk werden Holzhackschnitzel verbrannt und die dabei entstehende Wärme zur Warmwasserbereitung genutzt. Die Leistung des Biomassekessels beträgt 850 Kilowattstunden.

Melanie Hinckel, Red. Genossenschaften ● Bereits vor rund 50 Jahren wurden die ersten Anlagen hergestellt, mit deren Hilfe aus landwirtschaftlichen Reststoffen Energie gewonnen werden konnte. Dennoch war vor 20 Jahren die Gewinnung regenerativer Energie aus Biomasse und die Realisierbarkeit von Biogasanlagen Pionierarbeit einzelner. Mittlerweile gibt es laut dem Fachverband *Biogas e.V.* in Deutschland mehr als 800, allein in Bayern circa 350 Biogasanlagen. Eine dieser Anlagen betreibt die *Agrarenergie Roding eG* im bayerischen Landkreis Cham.

Breite Unterstützung

Der Landrat des Landkreises *Theo Zellner* zeigt sich gegenüber der Energiegewinnung aus regenerativen Energien aufgeschlossen. Er fördert auch die 1998 gegründete Argrarenergiegenossenschaft mit Sitz in Roding, um so die Möglichkeit zu schaffen, das Kreiskrankenhaus über eine Nahwärmeleitung mit Bioheizwärme zu versorgen. Unterstützung gab es auch von der Stadt. Außerdem wurde die Anlage durch den Freistaat Bayern, durch EU-5b-Mittel und durch das Bayernwerk gefördert. Der Eigenkapitalanteil setzt sich zusammen aus einer Einlage der Mitglieder und einem Fremddarlehen der Deutschen Ausgleichsbank.

Die *Agrarenergie Roding eG* betreibt ein 850 KW-Biomasseheizkessel und ein Blockheizkraftwerk mit zwei Modulen mit jeweils 120 KW Leistung, um Energie in Form von Strom und Wärme zu erzeugen. Da Investitionen zur Gewinnung regenerativer Energie noch sehr kostenintensiv sind, können solche Anlagen bisher nicht mit den herkömmlichen fossilen Brennstoffen oder Atomstrom konkurrieren. *Josef Ruhland*, geschäftsführender Vorstand, ist aber optimistisch durch die Anschubförderung, die Erhöhung des Strompreises und die gestiegenen Ölpreise die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können.

Die Genossenschaft funktioniert nach dem Vieraugen-Prinzip. Der Vorstand hat alleine Verfügungsrecht nur bei Geschäften bis 1.000 DM. Alle Geldgeschäfte werden ansonsten vom zweiten Vorstand mitunterschrieben. Alle weiteren Entscheidungen müssen vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Der Vorstand besteht aus zwei Vertretern, der Aufsichtsrat aus drei Mitgliedern.

Verwertung von Reststoffen

In der Biogasanlage werden landwirtschaftliche Reststoffe, wie Gülle, Schlempe und Futtergetreidekörner (Triticale), zu Methangas vergoren und daraus Wärme und Strom gewonnen. Neben *Josef Ruhland* liefern zehn weitere landwirtschaftliche Betriebe regelmäßig Gülle ab. Im Jahr werden so 15.000 Tonnen Gülle für die Erzeugung von Energie genutzt. Im Gegenzug bekommen die Landwirte die »aufbereitete«, fermentierte Gülle zurück, die sie dann als Düngemittel verwenden. Die Aufwertung der Gülle ist nur einer der Vorteile, die diese Anlagen mit sich bringen. Die Landwirte ziehen einen mehrfachen Nutzen daraus. So wird die Geruchsbelastung durch die Gülle erheblich verringert. Zusätzlich können Erlöse aus dem Verkauf von Strom und Wärme erzielt werden.

Die Mitglieder der Genossenschaft sind auch gleichzeitig die Mitglieder der bereits 1969 gegründeten *Brennereigenossenschaft Roding eG*. Die Brennerei verarbeitet eigens angebaute Kartoffeln und Getreide zu Agraralkohol. Teile davon werden zu Trinkbranntwein verarbeitet, der Rest ist für die Essigindustrie und die Pharma- und Kosmetikindustrie. Durch das Heizwerk wird die Brennerei komplett mit regenerativer Energie in Form von Wärme und Strom versorgt und somit energieautark betrieben.

Vielfältiges Nutzerspektrum

Die von dem Blockheizkraftwerk erzeugte Energie speist die Genossenschaft zu 80 Prozent ins Netz der Ostbayrischen Energieversorgung AG ein, einer Tochtergesellschaft der Bayernwerke. Die restliche Energie wird zum Betreiben der Anlage benötigt. Mit der Wärme aus dem Blockheizkraftwerk und der Biogasanlage versorgt die Agrarenergiegenossenschaft mehrere Institutionen in Roding per Nahwärmeleitung: das Kreiskrankenhaus, zwei Altenwohnheime, ein Schwesternwohnheim, den Kreisbauhof und ein Dialysezentrum. Bisher wurden so 250.000 Kilowattstunden elektrische Energie verkauft. Ziel der Genossenschaft, sagt Ruhland, sei ein Energieertrag von einer Million Kilowattstunden im Jahr.

Der Nutzen für die Gesellschaft und vor allem für die Umwelt läge in der Einsparung treibhauswirksamen Kohlendioxids von 200 Tonnen pro Jahr, betont Ruhland. Regenerative Energien erhielten die Kulturlandschaft, da sie umweltschonender sind. Außerdem tragen die Einnahmen aus regenerativen Energien für die angeschlossenen bäuerlichen Betriebe in erheblichem Umfang zur Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen bei, erläutert der Vorstandsvorsitzende voller Überzeugung. Der Trend laufe eindeutig auf die dezentrale Energiegewinnung hinaus. Siedlungen werden sich ihr eigenes Blockheizkraftwerk aufstellen und mit Biomasse oder auch Erdgas Energie gewinnen.●

Energiegenossenschaften

– Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom? Tagung am 20./21.10.2000 in Bonn

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – mit diesen drei Schlagworten wird das erfolgreiche Wirken genossenschaftlicher Energieversorger auf dem Lande in den zwanziger Jahren kurz und prägnant beschrieben. Musste doch in vielen Regionen die Bevölkerung in der ländlichen Region auf Eigeninitiative zurückgreifen, um mit Elektrizität versorgt zu werden. Für die auf Kapitalrendite ausgerichteten Energieunternehmen war dieser Markt nicht lukrativ genug.

Bei der Versorgung mit umweltfreundlich erzeugter Energie ergeben sich heute Parallelen. Auch hier existiert nur ein begrenzter Markt, der zur Zeit noch keine großen Renditen verspricht. Stehen aber andere Ziele wie die gemeinschaftliche Selbstversorgung mit »grünen Strom« im Vordergrund, drängt sich die genossenschaftliche Organisationsform geradezu auf.

Durch die Tagung wird erstmals über die Existenz von Energiegenossenschaften, ihre Tradition und ihren Wandel sowie über die Gründung von Genossenschaften im Bereich umweltverträglicher Stromerzeugung intensiv informiert. Gleichzeitig veranschaulichen die sehr unterschiedlichen Beispiele die vielfältigen Chancen, die in dieser Organisationsform stecken.

Für die Gründung von Energieunternehmen im Zusammenhang mit dem schnellen Wandel des Energiemarktes gibt es Alternativen. Vielleicht gelingt es durch deren Veranschaulichung, das eine oder andere Stadtwerk, ökologisch konsequente Verbraucher oder eines der vielen neuen Ökostromhandelsunternehmen anzuregen, die Genossenschaft als Alternative zu realisieren?

Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom?

Freitag, den 20. Oktober 2000
Anreise bis 18.00 Uhr anschließend Abendessen in den Räumen von EUROSOLAR, Kaiser-Friedrich-Strasse 11, 53113 Bonn

Einblick:
Rahmenbedingungen für Veränderungen

18.45 Uhr **Eröffnung und Begrüßung**
Wolfram Püschel, Vorstand des Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.

19.00 Uhr **Der Grüne Strommarkt – Hilfe für die Umwelt oder Placebo für den Verbraucher?**
Prof. Dr. Ing. Klaus Traube, Vorsitzender Grüner Strom Label e.V.

20.00 Uhr **Zwischen Tradition und Innovation – von der lokalen genossenschaftlichen Energieversorgung zum regionalen Energienetzwerk TEN eG**
Helmut Eicker, Elektrizitätsgenossenschaft Hagen eG

Samstag, den 21. Oktober 2000

Überblick:
Energiegenossenschaften in Deutschland

09.00 Uhr **Geschichte und Gegenwart – bayerische Stromgenossenschaften als Kooperationsmodell**
Franz König, Elektrizitätsgenossenschaft Wolkersdorf und Umgebung eG

09.45 Uhr **Resteverwertung – ein landwirtschaftliches Pioniermodell auf genossenschaftlicher Basis zur Strom- und Wärmeerzeugung**
Josef Ruhland, Vorstand der Agrarenergie Roding eG

10.30 Uhr Kaffeepause

10.45 Uhr **Nichts wäscht grüner – Einkaufsgenossenschaft für sauberen Strom: greenpeace energy eG**
Heinz Laing, Vorstand der greenpeace energy eG

11.30 Uhr **Regenerative Energieerzeugung selbst organisieren – Erfahrungen einer genossenschaftlichen Frauen-EnergieGemeinschaft**
Frau Stefanie Usbeck, Vorstand der Windfang eG

12.45 Uhr Mittagessen

Vorausblick: Zukunft des Ökostrommarktes

14.15 Uhr **Vielfalt in der Gleichheit – Chancen genossenschaftlicher Organisationsformen im Energiesektor**
Dr. Burghard Flieger, Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.

15.00 Uhr **Mit Politik die Entwicklung des Energiemarkts für regenerative Stromerzeugung gestalten.**
Harry Lehmann, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

15.30 Uhr Kaffeepause

15.45 Uhr **Solare Weltwirtschaft – Ist eine umweltverantwortliche Energieversorgung ohne demokratische Strukturen denkbar?**
Dr. Hermann Scheer, MdB, Präsident EUROSOLAR e.V.

16.30 Uhr Abschlussdiskussion

17.30 Uhr Ende der Tagung

Tagungs- und Diskussionsleitung
Dr. Burghard Flieger, Vorstand des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und Irm Pontenagel, Geschäftsführerin EUROSOLAR e.V.

Veranstalter
Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Wernerstrasse 24, 42653 Solingen, Tel. 0212 – 383 7 555, Fax 0212 – 383 7 556, E-Mail: pro-geno@t-online.de
EUROSOLAR e.V., Kaiser-Friedrich-Strasse 11, 53113 Bonn, Tel. 0228 – 36 23 73, Fax 0228 – 36 12 79, E-Mail: inter_office@eurosolar.org, Homepage: http://www.eurosolar.org

Anmeldung zur Tagung
Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom? Am 20./21.Oktober 2000 in Bonn
EUROSOLAR e.V., Kaiser-Friedrich-Strasse 11, D-53113 Bonn, Fax 0228 – 36 12 79
Teilnahmegebühr 200 DM
Überweisung der Teilnahmegebühr: Kontonummer: 40 42 50. Bankleitzahl: 370 605 90, Sparda-Bank Köln

FORTSETZUNG VON SEITE 8

teile erwirbt. Dabei handelt es sich um Frauen aus technischen, aber auch aus anderen Berufen, Ingenieurinnen ebenso wie Lehrerinnen, Studentinnen und Sozialhilfeempfängerinnen. Durch die Rechtsform der Genossenschaft ist gewährleistet, dass jedes Mitglied die Möglichkeit zur Mitbestimmung erhält. Denn den Gründerinnen sei es wichtig gewesen, »Strukturen zu schaffen, wo alle mitreden können«, erinnert sich *Andrea Vildosola*.

Jenseits der Mitbestimmung in der jährlich stattfindenden Generalversammlung können Frauen auch in den verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv mitarbeiten, beispielsweise zur Liberalisierung des Strommarkts oder zum Thema Ökologie. Darüber hinaus findet viermal jährlich ein sogenanntes Aktivenplenum statt, in dem sich die aktiven Frauen koordinieren. Bislang haben sich zahlreiche Frauen ehrenamtlich bei *Windfang* engagiert. Allerdings sei mit der Genossenschaft auch die Idee verbunden gewesen, Arbeitsplätze zu schaffen. »Das hat nicht geklappt«, resümiert *Andrea Vildosola*. Demgegenüber äußert *Susanne Korhammer*, dass sich die Genossenschaft inzwischen durchaus in einer Größenordnung bewege, in der dies möglich sei.

Windkraftanlage Hamburg-Ochsenwerder

Unser Foto auf der Titelseite zeigt diese Anlage, die Ende 1997 errichtet wurde. Der Standort in den Vier- und Marschlanden gehört zu Hamburg-Bergedorf und liegt ca. 600 m von der Elbe entfernt hinterm Deich. Es handelt sich um einen kleinen Windpark mit 5 Anlagen, von denen eine »Windfang« gehört. In Absprache mit den anderen Betreibern des Windparks wurde eine M 1800-600kw ausgewählt, die eine gute Wirtschaftlichkeit und einen geringen Schallpegel vorweisen kann. Die Nabenhöhe beträgt 70 m und der Rotordurchmesser 48 m. Die Anlage soll ca. 1.200.000 kwh elektrische Energie in das Netz einspeisen und kann somit den Strombedarf von fast 400 Vier-Personen-Haushalten decken.

Alternative Geldanlage

Vor fünf Jahren ging die erste Windturbine ans Netz, eine *AN Bonus* in Hemme/Dithmarschen. Zwei Jahre später folgten eine *Vestas V44* in Hüven/Emsland und eine *Micon M 1800* in Hamburg-Ochsenwerder. Auf dem Dach des Bonner Frauenmuseums installierte *Windfang* 1996 eine Photovoltaikanlage. »Wir sind ganz stolz, dass wir die Solarstromanlage haben«, unterstreicht Marianne Pitzen vom Frauenmuseum.

Als Genossenschaft ist Windfang auch eine alternative Form der Geldanlage für Frauen. Die Genossenschaftsanteile werden mit ungefähr vier Prozent verzinst, einer »ethischen Rendite«, wie es in dem Infoblatt heißt. Die wirtschaftliche Situation wird regelmäßig vom *Revisionsverband der Konsumgenossenschaften* kontrolliert, als Form der Sicherheit für die Anlegerinnen. In der Präambel ist festgehalten, dass die Genossenschaft »nicht nur ein umweltpolitisches, sondern auch ein ökonomisch tragfähiges Unternehmen« sein soll, und zwar mit »Breitenwirkung und Beispielfunktion«. Nach einer Schlummerpause wird gegenwärtig wieder daran gearbeitet.●

Informationen zu Windfang können im Internet unter http://www.kaktus.de/windfang/index.html abgerufen, schriftlich unter Stefanie Usbeck, Wienstrasse 1, D-26122 Oldenburg angefragt oder per E-Mail unter Marina.Jakobi@t-online.de bestellt werden.

Windkraftanlage Hüven/Emsland

Das nebenstehende Foto zeigt diese Anlage. Die Anlage wurde nach einer Planungsphase von zwei Jahren am 17.09.97 in Betrieb genommen. Die Anlage, eine V44 der Firma Vestas hat eine Nennleistung von 600 kw. Ihre Nabenhöhe beträgt 63 m und der Rotor umfasst 44 m. Sie steht allein in einem leicht hügeligen Gebiet des Emslandes, ca. 30 km von Meppen. Laut Windgutachten rechnen wir mit einem Ertrag von 950.000 kwh, d.h. es können noch weitere 300 Vier-Personen-Haushalte mit Strom versorgt werden. Für uns ist an dieser Windkraftanlage besonders, dass sie durch ein Fernüberwachungssystem, das Ausfälle sofort an den Hersteller und Windfang-Vorstand übermittelt, überwacht wird. Routinemäßig sendet die Anlage jede Woche aktuelle Daten wie Energieproduktion, Betriebsstunden u.ä. an »Windfang«.

WINDKRAFTGENOSSENSCHAFT, LÜBECK

Energiegenossenschaften

Vom Winde erweht

und für weitere alternative Energiequellen erschlossen

»Nutze die Windkraft!« Mit diesem Grundgedanken und einer entsprechenden Anlage umweltfreundlich Strom zu erzeugen, wurde 1991 die Lübecker Windkraftgenossenschaft gegründet, kurz LüWi genannt. Heute betreibt sie ebenfalls eine Photovoltaikanlage sowie ein Blockheizkraftwerk und zählt 255 Mitglieder.

Wiebke Hellmann, Red. Genossenschaften ● In der *LüWi*, der Anfang der neunziger Jahre gegründeten Lübecker Windkraftgenossenschaft sind viele sehr unterschiedliche Menschen organisiert. Sie alle wollen mit dem Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und zur effektiven Energieerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung etwas gegen den Treibhauseffekt tun. Ziele wie ökologischer Nutzen, regenerative Energiegewinnung sowie sinnvoller und umweltfreundlicher Einsatz fossiler Energien werden konsequent verfolgt – und zwar auf ehrenamtlicher Basis.

Ökologischer Nutzen

Als Betreibergesellschaft plant, finanziert und betreibt die *LüWi* Projekte im Bereich der regenerativen und rationellen Energieerzeugung. Die Finanzierung und somit Projektrealisierung erfolgt durch Privatpersonen. Mit Unterzeichnung der Beitrittserklärung und dem Erwerb von mindestens zehn Genossenschaftsanteilen zu 100 DM, allein oder zu mehreren, bekommen die Mitglieder Besitzer- und Betreiber-Status. Auf diese Weise sind sie direkt an den Energieumwandlungsprojekten beteiligt. Dabei steht nicht der Profit, sondern der ökologische Nutzen der Anlagen und die Beteiligung möglichst vieler Interessenten im Vordergrund. Durch den Strom- und Wärmeverkauf fließen Gelder an die Genossenschaft zurück. Lohnkosten fallen durch die Ehrenamtlichkeit nicht an. Weitere Projekte werden so finanzierbar.

Die *LüWi*-Mitglieder, aus Lübeck und Umgebung bis hin nach England und Amerika, kommen meist aus dem Ingenieurbereich. Sie unterstützen mit ihren Genossenschaftsanteilen die Umsetzung ökologischer Konzepte, auch wenn die organisatorischen Angelegenheiten in der Hand von zehn bis zwölf Personen liegen – ein stabiler Kreis, der sich einmal wöchentlich trifft.

Politische Wurzeln

Hervorgegangen ist die *Lübecker Windkraft eG* aus der Antiatomkraftbewegung Ende der achtziger Jahre. Lübeck war damals Schauplatz zahlreicher Demonstrationen gegen Castor-Transporte über die Hansestadt, deren dortige Zwischenlagerung und anschließende Verschiffung. Der Ruf nach alternativen und regenerativen Energien wurde lauter. So verfolgten einige Lübecker die Idee, die Windkraft im dafür standortgünstigen Lübeck effektiv zu nutzen.

Nach Aussage von *Martin Harnisch*, *LüWi*-Vorstandsmitglied, gab es seitens der Kommune keine Probleme bei der Umsetzung dieser Projekte. Die Sozialdemokraten als stärkste Kraft im Parlament mussten sich gegenüber den Grünen behaupten. Entsprechend war die Durchsetzung von Windkraftanlagen leicht. Es entstand regelrecht ein Boom der verschiedensten Betreiber. »Heute gibt es an jeder Straßenecke eine Anlage, die von den Anwohnern eher belächelt und als spinnert abgetan werden«, so Martin Harnisch.

Vielfältige Energieerzeugung

Die *LüWi* konzentriert sich aber nicht nur auf das Windrad als alternative Energiequelle. »Energiegewinnung durch Windkraft lässt sich schwer allein durch die Genossenschaft finanzieren«, berichtet Martin Harnisch, »heutzutage ist dafür sehr viel Kapital notwendig«. Auch ergeben sich Probleme bei der Standortfrage für Windräder, die von der Landesverordnung geregelt wird. Die Flächenkapazität ist im Raum Lübeck weitgehend ausgeschöpft: Es gibt kaum noch Platz für neue Anlagen.

Derzeit betreibt die Kooperative drei Projekte der lokalen Energieerzeugung. Neben einer Windkraftanlage, die jedoch aufgrund von Stabilisierungsproblemen nur mit verminderter Kraft einsetzbar ist, unterhalten die Genossinnen und Genossen eine Photovoltaikanlage sowie ein Blockheizkraftwerk (BHKW). Während die Windkraftanlage und die Photovoltaikanlage regenerativen Strom erzeugen, zeichnet sich das Erdgas betriebene BHKW durch eine kombinierte Strom-und Wärmeproduktion als besonders effiziente Form der Energieerzeugung zur Betreibung von Heizungsanlagen aus.

Der überschüssige Strom aus der Windkraftanlage, die seit März 1994 einen Landschaftspflegeverein versorgt, wird in das Netz der Stadtwerke Lübeck eingespeist. Auch die seit Juli 1998 betriebene Photovoltaikanlage auf einem Schulgebäudedach ist an das städtische Netz gekoppelt. Im Unterschied dazu versorgt *LüWi* als Privatinvestor seit 1996 die *»Alte Feuerwache«* mit Strom und Wärme aus einem Blockheizkraftwerk. Der Gebäudekomplex wurde vom *Netzwerk Lübeck e.V.* erworben, saniert und zur Nutzung durch Sozial-, Kultur-, Wohn- und Gewerbeeinrichtungen umgebaut.

Genossenschaftliches Contracting

Die *LüWi* übernimmt hier als Anlagen-Contractor die Funktion eines Energieversorgungsunternehmens. Sie verkauft direkt die Nutzwärme und hat als Dienstleistung die Planung, Finanzierung und Realisierung der Investitionsmaßnahmen übernommen. Hinzu kommt die Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der montierten Anlagen. Kurz: Die *LüWi* investiert und betreibt den Heizkeller.

Contracting ermöglicht somit die nötigen Anfangsinvestitionen für Klimaschutzmassnahmen von einem externen Partner. Durch den Verkauf von Wärme und Strom an die Bewohner wird die Investition inklusive einer Rendite refinanziert. Das BHKW konnte 1998 rund 70 Prozent des im Haus benötigten Stroms und 60 Prozent des Wärmebedarfs decken. Die restliche Wärme erzeugten zwei ebenfalls *LüWi*-eigene gasbetriebene Brennwertkessel. Gegenüber herkömmlichen Kraftwerken arbeitet das BHKW mehr als doppelt so effektiv.

Schwierige Umweltförderung

Auf dem Energiemarkt hat es der Alternativanbieter allerdings nicht leicht. Den Ökostrom kann er nur ins große gemeinsame Netz einspeisen, außer er verbraucht ihn selber. Was beim Verbraucher ankommt, ist ein Sammelsurium aller Stromarten: »Wer vom Atomlieferanten zum angebotenen Netz-Ökostrom wechselt, erhält denselben Strom wie vorher«, erklärt *Martin Harnisch*.

Die Förderung von Ökostrom ist aber nur über Produzenten möglich, die ihren Strom selbst vertreiben. Bei den meisten Ökostrom-Anbietern handelt es sich aber um reine Händler, wenn sie nicht sogar noch gleichzeitig Atomstrom herstellen. Der Gewinn für die Umwelt durch deren Aktivitäten ist minimal. Verwirrend kommt hinzu, dass die Atomstromer ebenfalls den gesetzlich verpflichteten Anteil an regenerativ erzeugten Strom mit einem entsprechenden Ökozuschlag anbieten.

Die Zukunftspläne der *Lübecker Windkraft eG* sehen deshalb den Aufbau weiterer Windkraft- und Photovoltaikanlagen vor, ergänzt durch Blockheizkraftwerke und die Nutzung der Biogastechnologie. Auf diese Weise will sie den Erzeugern von Atomstrom verstärkt die Stirn bieten: »Auf die Zusammensetzung des Stroms in der Steckdose können wir nur dadurch Einfluss nehmen, indem wir dafür sorgen, dass tatsächlich mehr Nicht-Atomstrom produziert wird,« so die Überzeugung von Harnisch. »Wer etwas für die Ausweitung der alternativen Stromproduktion tun will, der muss sich an einer Betreibergemeinschaft beteiligen, zum Beispiel der *LüWi*, um unmittelbar den Bau und Betrieb von regenerativen und rationellen Energieanlagen voranzubringen.«●

Weitere Informationen: Lübecker Windkraft eG, Fleischhauerstrasse 32, D-23552 Lübeck, http://www.luewi.de

GENOSSENSCHAFTLICHE ILLUSIONEN

Energiemarkt am Scheideweg

oder reicht es, »sauberen« Strom einzuspeisen?

Mit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 kommt erneut Bewegung in die alternative Energieerzeugung. Erzeuger von »sauberem« Strom können nun eigene Abnehmer werben. Das erzeugt selbst auf Energiekonzerne Druck, »nachhaltiger« zu produzieren. Eine im Spektrum neuer Energiegenossenschaften verbreitete Auffassung von »Chancen und Risiken der Liberalisierung« zu sprechen, wie dies Vertreter der Ende letzten Jahres gegründeten greenpeace energy eG tun, ist jedoch Schönfärbung der Gesetzeslage.

Winfried Rust, Red. Genossenschaften ● Die Liberalisierung des Energiemarktes bedeutet zuerst einmal freie Bahn für »schmutzigen« Strom. Die Herkunft vom Strom wird noch unwichtiger als zuvor, wenn allein der Preis zählt. Denn was sind ein paar Windkraftanlagen mehr gegen Optimierung der Verwertungsbedingungen z.B. für Billigatomstrom aus der Ukraine? Da fließen die umstrittenen Kredite für Chmelnizki-2 und Rowno-4 zugunsten der Atomindustrie nochmals besser, während Kleinanbieter in Sisyphusarbeit ein paar Abnehmer für »saubere« Energie suchen. Gleichzeitig wird der Anschein korrekten Wettbewerbs gewahrt.

Konfrontation erforderlich

Letztlich kann die Umstrukturierung der Energiewirtschaft nicht in Nischen stattfinden, sondern nur in der Konfrontation mit den Energiekonzernen. Denn sie und sonst niemand sind die relevanten Erzeuger. Das stellt die Suche nach Alternativen nicht in Frage. Aber der »Markt« für Bezieher von teurerem Strom aus regenerativen Energieträgern liegt bei ein paar Prozent, weil niemand unmittelbaren Nutzen aus solchem Strom zieht. Die bereits vorhandene regenerative Energieerzeugung liegt jedoch schon über fünf Prozent, nicht zuletzt, weil selbst die *RWE* solche Anlagen betreibt.

Der Anreiz einer Energiegenossenschaft reicht nicht weit, solange er rein individuell-moralisch ist. In der Vergangenheit waren die Begriffe Energie und Genossenschaft schon radikaler und gleichzeitig attraktiver besetzt. *Robert Jungk* stellte dem »Atomstaat« nicht nur »sauberen« Strom, sondern Demokratisierung und Umstrukturierung der ungerechten Weltwirtschaft entgegen und in einer wachsenden Anti-Atom-Bewegung fand auch die Forderung der »Stilllegung der herrschenden Klasse« ihren Platz.

Markt als Wahlfreiheit??

Auch die Genossenschaftsbewegung in Deutschland konnte sich nach der Jahrhundertwende auf 1.500 Genossenschaften mit zum Teil fünfstelliger Mitgliederzahl stützen. Ein starker sozialistischer Flügel stellte ihre Gesellschaftskritik und Selbstorganisation in den Mittelpunkt. Von den Nazis zerschlagen fanden sie sich im Nachkriegsdeutschland als Treppenwitz staatssozialistischer Kommandowirtschaft oder sozialdemokratischer Hüter des sozialen Friedens wieder. Die selbst auferlegte Beschränkung der Genossenschaften als wirtschaftliche Vereinigung der eigenen Mitglieder findet in neuen Energiegenossenschaften nun eine Renaissance, wenn »sauberer« Strom im Mittelpunkt der Werbung steht. Demokratie, Gerechtigkeit oder Stillegung umweltschädlicher Produktion haben der Akzeptanz von Spielregeln Platz gemacht, die eigentlich nicht die eigenen sind: Der freie Markt begünstigt die Energieerzeuger, die am rücksichtslosesten und profitabelsten arbeiten, und konkurriert den Rest nieder.

In eine ähnliche Falle stolpert *Willibald Folz*, der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, wenn er in der aktuellen Privatisierung staatlicher Aufgabenfelder Chancen für Gemeinwirtschaft und Genossenschaften entdeckt: »Statt nach dem Staat zu rufen, nehmen die Genossenschaftler ihr Schicksal selbst in die Hand«. Die Entlastung des Staates von öffentlichen Aufgaben seien ein Weg, den auch die Genossenschaften befürworten würden. Das gelte bis hin zu Schulen, Krankenhäusern, Klär- oder Windkraftanlagen. Diese Art der Staatskritik ist neoliberaler Herkunft. Sie interpretiert die Erhöhung der (Markt-)Zwänge als Erweiterung von Wahlmöglichkeiten und macht letztlich selbst Leistungen der Grundversorgung exklusiv.

Einrichten in der Nische

Alternativen zur gängigen Stromerzeugung, die auf die eigenen Geschäfte fixiert sind, beschränken sich auf einen Farbtupfer im technokratischen Grau. Die Farbe fällt sogar blass aus, wenn die regenerative Energieerzeugung auf ihrem beschränkten Markt um Anteile konkurriert. Auch der Bezug auf das Genossenschaftsmodell macht den Tupfer nicht kräftiger. Allein als Lieferanten von »sauberem« Strom wären die Energiegenossenschaften im freien Wettbewerb der Marktkräfte bestenfalls zu einer Nischenposition verurteilt. Lediglich die offensive Auseinandersetzung mit den Stromkonzernen und die Suche nach einer sozialen Attraktivität bietet die Chance des Erfolgs. Diese zweite Möglichkeit mag illusionär erscheinen, aber der Erfolg am Markt ist es auch und lohnt den Einsatz noch weniger.

Die Alternativbewegung ging seit den 70ern recht pragmatisch mit der genossenschaftlichen Rechtsform um. Ihren Elan bezog sie aus sozialen Aktivitäten. In alternativen Projekten gab es die Frage, was man überhaupt mit Genossenschaften gemein habe. Assoziationen zu dem Begriff waren die Gummistiefel vom Raiffeisenlager, die Spareinlage bei der Genossenschaftsbank, eine Agrarpraxis im ländlichen Stillstand und der Neue-Heimat-Skandal des DGB. Dazu kam noch, dass es umständlich war, überhaupt bei einem Genossenschaftsverband aufgenommen zu werden und die Rechtsform eher schwerfällig ist, wenn es um die Beteiligung anderer Projekte geht (Identitätsprinzip). Im Mittelpunkt politischer Projekte standen eher eigene Zielvorstellungen (Basisdemokratie, Sozialverträglichkeit, gleiche Löhne,...), eine dafür genutzte Rechtsform konnte auch die GmbH und/oder ein Verein sein.

Widersprüchlichkeit der Genossenschaft

Die Eignung der »eingetragenen Genossenschaft« als Rechtsform für die weitere Verbreitung der regenerativen Energieerzeugung ist unbestritten. An dieser Stelle soll nur dem Eindruck begegnet werden, in der eG sei per se »höhere Glaubwürdigkeit« gegenüber anderen Rechtsformen zu verorten, ohne qualitative Kriterien an die erste Stelle zu setzen. Einfache Konzepte zum Reinwaschen des Stromes sind ohnehin nicht in Sicht. Die aktuellen Widersprüche werden derzeit innerhalb von Genossenschaften, teils unbewusst, genauso ausgetragen wie in der Gesellschaft.●

BIOGAS-STROM

Vom Landwirt zum Energiewirt

Bis zu dem Brand an seiner alten Biogasanlage hatte Jürgen Heitmann vier Jahre lang Strom produziert und in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die Erlöse machten bereits vor dem Brand einen erheblichen Teil seines Umsatzes aus. Die Erzeugung von Biogas-Strom wird in Zukunft zur Haupt-Einnahmequelle auf dem Heitmann'schen Hof.

Michael Fitschen, Red. Bremen-Umland ● Jetzt wurde eine völlig neue, leistungsfähigere Anlage aufgebaut. Die Konzeption seiner neuen Anlage übernahm Jürgen Heitmann selbst. »Sie entstand auf Basis der alten Anlage, aufgrund der Erfahrungswerte, die ich in den letzten vier Jahren gesammelt habe«, so der studierte Landwirt. Den Bau der Anlage übernahm eine Spezialfirma. Drei neue Behälter sind entstanden: die erste Gärstufe findet in der sogenannten Vorlage statt. Es folgen der Hauptfermenter, in dem hauptsächlich das Biogas entsteht und das Endlager, in dem das entstandene Gas aufgefangen wird. Ein alter Bahntank ist das Einzige, was von der alten Anlage übrig geblieben ist. Dieser doppelwandige Behälter wird bei Bedarf zur Hygienisierung des Gärsubstrats genutzt. Gemäß Bundes-Immissionsschutz-Gesetz müssen bestimmte Abfälle aus Fettabscheidern und andere tierische Abfallprodukte aus der Lebensmittelindustrie vor einer Weiterverwertung über 70 Grad erhitzt werden. Mögliche Keime werden auf diese Weise abgetötet.

Das Blockheizkraftwerk, in dem der Strom produziert wird, besteht aus vier fabrikneuen Deutz-V8-Motoren. Sie sind auf 250 Kilowatt (kW) elektrische Leistung und maximal 600 kW thermische Leistung (Wärme) ausgelegt. Der Wirkungsgrad bei der Stromproduktion liegt bei 38 bis 40 Prozent. »Da wird wohl eine siebenstellige Summe zusammen kommen«, lautet Jürgen Heitmanns Auskunft zum Investitionsvolumen. Genaue Zahlen möchte er nicht nennen. Doch trotz der erheblichen Kosten soll sich die Anlage nach spätestens zehn Jahren amortisiert haben. Ein Vorteil für alle Biogas-Stromproduzenten: Seitdem im März das neue Stromeinspeisegesetz verabschiedet wurde, werden pro Kilowattstunde Strom statt 14,69 Pfennig nun 20 Pfennig gezahlt. Auch die Kreditinstitute haben gut reagiert: »Die Banken haben schnell mitgemacht, als ich denen die Daten der alten Anlage präsentiert habe. In 20 Jahren werden alle Kredite abgezahlt sein.«

Vom Nutzen seiner Biogasanlage überzeugt: Allein 20.000 Mark an Kosten für Strom und Heizöl spart Jürgen Heitmann aus Vorwerk jährlich ein. Der runde Fermenter im Hintergrund ist noch funktionstüchtig, alle anderen Teile, die Motoren, der Tank für das Biogas und die Steuerungstechnik müssen nach dem Brand neu aufgebaut werden.

Foto: Michael Fitschen

Förderung

Um eine maximale Förderung zu erhalten, muss eine Biogasanlage auf mindestens 250 kW ausgelegt sein. Pro nachgewiesener Großvieheinheit (GV, entspricht einem Rind) und pro Hektar angebauter nachwachsender Rohstoffe (NaWaRos) wird eine bestimmte Menge Strom zugrunde gelegt. So hat Jürgen Heitmann Lieferverträge mit neun Landwirten aus der Umgebung abgeschlossen. Täglich wird er zusammen mit einem Mitarbeiter zwei Tanklastwagen voll Gülle abholen. Das vergorene Substrat geht anschließend an die Landwirte zurück. Geld fließt bei diesem Geschäft nicht, doch beide Seiten profitieren: Die Landwirte erhalten einen hochwertigen Dünger. Und Jürgen Heitmann erhält kostenlos das Ausgangsmaterial für seine Stromproduktion. Neben der Gülle wird Mais von 46 Hektar Stilllegungsfläche zugesetzt. Bei der Nutzung als »NaWaRos« eine legale Praxis. Ein drittes Standbein bilden sogenannte Co-Fermentate, Abfallprodukte aus der Lebensmittelindustrie. Sie sollen unter anderem eine regelmäßige Beschickung der Anlage gewährleisten.

Umstrukturierung des Hofes

Mit dem Bau der neuen Anlage war auch eine Neustrukturierung des Hofes verbunden. Kurzfristig verkaufte Jürgen Heitmann seine Milchquote und wird in Zukunft nur noch Rinder im Kuhstall stehen haben. Ohne eine weitere Arbeitskraft wäre der Milchviehbetrieb nicht mehr zu schaffen gewesen. Allzu viele Tränen weint er seinen Kühen nicht nach. Sein Kommentar: »Man kann nicht auf allen Hochzeiten tanzen.« Der Betrieb ist jetzt voll auf die Erzeugung von Biogas-Strom umgestellt. Die Schweine und Rinder, die jetzt noch in den Ställen stehen, liefern dazu einen Teil des Ausgangsmaterials.

Nähere Informationen zur Konzeption und zu Fördermöglichkeiten beim Bau von Biogasanlagen gibt der Fachverband Biogas: Am Feuersee 8, D-74592 Kirchberg/Jagst-Weckelweiler, Tel. 07954-1270, Fax -1263, e-mail: biogas@t-online.de, internet: www.biogas.de●

Ende Oktober 2000: EUREGIA

Kommunikationsforum für die Regionalentwicklung in Europa

Mit der EUREGIA bietet die Leipziger Messe im Jahr 2000 eine wichtige Kommunikationsplattform für die Regionalentwicklung in Europa. Die Fachausstellung und der Kongress finden vom 25. bis 28. Oktober auf dem neuen Messegelände statt. Ihr Thema in diesem Jahr: Für ein Europa der Regionen – Gestaltung eines Leitbildes für das nächste Jahrhundert. Parallel zur EUREGIA wird die Europäische Messe für Denkmalpflege und Stadterneuerung »denkmal 2000« veranstaltet.

Redaktion Heidelberg ● Die EUREGIA, die 1996 mit einer Sonderschau innerhalb der Denkmalmesse ihre Premiere hatte, war 1998 als erstmals eigenständige Fachveranstaltung ein voller Erfolg. 102 Planungsbüros, Regionalentwicklungsvereine, Ministerien, Verbände, Netzwerke, Projektträger, Institute und regionale Projekte aus fünf Ländern stellten Ergebnisse ihrer Arbeit einem diskussionsfreudigen Publikum vor. Über 2.000 Besucher aus 15 Nationen kamen dafür nach Leipzig. Sehr gut besucht war das viertägige Kongressprogramm mit Referenten aus sieben Ländern und von der EU.

»Die Zukunft Europas hängt wesentlich davon ab, wie gesund sich Dörfer, Städte und Regionen entwickeln. Mit der EUREGIA wollen wir helfen, für ein Europa der Regionen vorhandene Potentiale und Vernetzungen zu fördern, Ressourcen zu schonen und das Selbstbewusstsein der Bürger, Behörden und Organisationen, die diese Prozesse vor Ort gestalten, zu stärken«, erläutert Messe-Bereichsleiter *Michael Kynast*.

Die Ausstellung in der Glashalle, Herzstück des neuen Leipziger Messegeländes, bietet Interessenten aus ganz Europa die einzigartige Chance, ihre Projekte, Dienstleistungen und Produkte einem internationalen Publikum zu präsentieren, Kontakte mit privaten und öffentlichen Auftraggebern zu knüpfen und mit Gleichgesinnten Arbeitserfahrungen auszutauschen. Die Fachausstellung umfasst u.a. die Bereiche Dorf- und Stadtentwicklung, Regionalplanung, Stadt- und Regionalmarketing, landwirtschaftliche Regionalvermarktung, Transnationale Projektevaluierung, Energie-, Verkehrs- und Tourismuskonzepte, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Gemeinwesenarbeit sowie die Präsentation von Fachorganisationen und Europäischen Netzwerken. Wie schon 1998 werden wieder beispielhafte Projekte und Ergebnisse der Regionalentwicklung in Europa gezeigt.

Die Messe rechnet wieder mit über 100 Ausstellern und einer größeren Internationalität als 1998. Den Ausstellern bietet die Leipziger Messe eingerichtete Stände in der Größe von 6 bis 30 Quadratmetern mit einem Full-Service-Paket zu einem günstigen Komplettpreis an. Für Kleinstbetriebe und Existenzgründer hält der Veranstalter ein besonderes Angebot bereit.

Ein internationales Fachprogramm gibt vielfältige Möglichkeiten der Information und Diskussion sowie für den europaweiten Austausch von Erfahrungen. Im Mittelpunkt steht der zweitägige Europäische Kongress »Für ein Europa der Regionen – Gestaltung eines Leitbildes für das nächste Jahrhundert«. Weitere Themen befassen sich u.a. mit neuen Strukturen der Stadt-Land-Beziehungen und den Chancen für ländliche Räume; mit der Baltic 21 für den baltischen Raum; mit regionalen Beschäftigungsbündnissen und dem Regionalmanagement als einem neuen Berufs- und Arbeitsfeld sowie mit Naturparks. Das Bundeskanzleramt der Republik Österreich und das deutsche Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sind Veranstalter des Kongresses »Regionale Kooperationsprojekte zur Raum- und Regionalentwicklung zwischen den EUMitgliedsstaaten und den Beitrittsländern«.

Veranstalter der EUREGIA ist die *Leipziger Messegesellschaft* in enger Partnerschaft mit der Werkstatt für Sozialplanung, Tourismus- und Regionalentwicklung *neuland* in Aulendorf (Baden-Württemberg). Fachlich wird die Messe von einem Beirat begleitet, dem Vertreter von Landesregierungen, europäischen Netzwerken, privaten Unternehmen und Regionalentwicklungsvereinen angehören. Neu in dem Fachgremium sind das Bundeskanzleramt der Republik Österreich, die Umweltstiftung WWF und der Deutsche Verband der Naturparks.

Die EUREGIA, vom 25. bis 28. Oktober 2000 von 9 bis 18 Uhr geöffnet, wendet sich mit ihren Angeboten vor allem an Führungskräfte aus Ministerien, aus Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, an zuständige Verbände und LEADER-Aktionsgruppen sowie europaweit an alle, die sich für ein Europa der Regionen engagieren und interessieren.●

AUSSCHREIBUNG

Die Stiftung Fraueninitiative vergibt im Jahr 2001 zwei Jahresstipendien

Sie will damit in- oder ausländische Frauen fördern, deren Denken, Wollen und Handeln sich an emanzipatorischen Fraueninteressen orientiert. Das Stipendienjahr soll zu Forschungen über den Zusammenhang von solidarischem Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben genutzt werden.

Als Antwort auf das weitgehend zerstörerisch wirkende neoliberale Wirtschaften (wachsende Armut, insbesondere von Frauen, Ausgrenzungen, prekäre Erwerbsarbeitsverhältnisse, nicht mehr rückgängig zu machende Umweltbeschädigungen, Kriege zur Ressourcensicherung etc.) haben sich in Deutschland und in anderen industrialisierten Ländern in den letzten Jahrzehnten Gruppen gebildet, die ein bedürfnisorientiertes Wirtschaften und Arbeiten praktizieren. Sie wollen sich herauslösen aus den Strukturen und der Dynamik des Weltmarktes z.B. durch regional vernetzte Selbstversorgung. Gleichzeitig bleiben sie vorerst angewiesen auf Einkünfte aus der jetzigen Ökonomie. Ihre Praxisformen sind unterschiedlich, ihre Ziele aber gleichermaßen an den Bedürfnissen und der von der Gruppe angestrebten Lebensqualität ausgerichtet.

Die Stiftung will die Reflexion und die theoretische Fundierung von praktiziertem bedürfnisorientiertem Wirtschaften, Arbeiten und Lernen in Verbindung mit der angestrebten Lebensqualität ermöglichen. Gefragt sind Vorschläge für eine einjährige empirische oder theoretische Forschung, die einer Verallgemeinerung von Erfahrungen und einer theoretischen Verortung dient. Forschungsfragen können entwickelt werden z.B. aus Überlegungen zu:

- geeigneten Institutionen und sozialen Regeln für ein solidarisches Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben (z.B. bezüglich Eigentum, Wohlfahrt, Ethik, Gesetzen, staatlichen Leistungen);
- einer in diesem Kontext sinnvollen Technikentwicklung und -nutzung;
- einer Gestaltung bezahlter und unbezahlter Arbeit, unter Berücksichtigung der gleichgewichtigen Verteilung auf Männer und Frauen;
- den hierfür notwendigen Qualifikationen, dem Wissen, Können und Verhalten;
- Problemen, die aus der Gleichzeitigkeit von Mainstream-Ökonomie und bedürfnisorientiertem Wirtschaften entstehen.

Die Stiftung Fraueninitiative fördert eine solche Arbeit ein Jahr lang, je nach Lebenssituation mit monatlich 1.400,– DM bis maximal 1.800,– DM. Das Arbeitsergebnis soll in deutscher Sprache verfasst sein. Die Stiftung erhält die Veröffentlichungsrechte an den Arbeitsergebnissen (tangiert nicht evtl. examensrelevante Veröffentlichungspflichten).

Bewerbungen: Vorstellung des gewünschten Themas, der Fragestellung, der Zielvorstellung und der Vorgehensweise (ca. 5 Seiten); · tabellarischer Lebens- und Berufsverlauf, · Skizzierung bisheriger feministisch-politischer Aktivitäten und der derzeitigen Arbeitssituation, möglicher Stipendienbeginn in 2001. **Bewerbungsschluss ist der 10. November 2000.**

Stiftung Fraueninitiative, Postfach 190308 in D-50500-Köln; Fax: (02 21) 510 11 56

Vorstandsvorsitz: Dr.Carola Möller, Köln, den 31.7.2000

VIDEOFENSTER

No deportation

Seit Anfang 1988 existiert das Berliner Umbruch-Bildarchiv. Mittlerweile hat es sich zu einer Multimediawerkstatt entwickelt, eine praktische Möglichkeit, Flugblättern, Broschüren, Plakaten und anderen Publikationen eine interessantes Gesicht zu geben. Auf ihrer Internet-Seite kann das komplette Angebot eingesehen werden und seit Ende Juli gibt es ein Videofenster zum Thema »No deportation«.

Redaktion Heidelberg ● Zum Thema sollen in unregelmäßigen Abständen Kurzvideos veröffentlicht werden. Beiträge zu Kampagnen, aktuellen Ereignissen und zu persönlichen Geschichten von Flüchtlingen, die von Abschiebung bedroht sind.

Der erste neunminütige Beitrag handelt von Tidiane Sow aus Guinea Bissau. Tidiane ist während der Rebellion gegen die Regierung Guinea Bissaus im Juni 1998 geflohen. Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international berichten von willkürlich aufgegriffenen Zivilisten in seinem Land. Sie sind schweren Misshandlungen, Folterungen oder Haft ausgesetzt.

Damals war Tidiane 16 Jahre alt. Seine einzig verbleibenden Familienangehörigen, sein Onkel und Bruder,

Tdiane Sow aus Guinea Bissau

sind seit dieser Zeit verschollen - wahrscheinlich wurden sie erschossen. Sein Bruder war aktives Mitglied der gestürzten Regierungspartei und sein Onkel Erziehungsminister. Tidiane muss als Familienmitglied der ehemaligen Regierung mit Todesgefahr rechnen. Anfang Juli kam er in Berlin in eine Polizeikontrolle und wurde in Abschiebehaft nach Berlin-Grünau gebracht. Tidiane hatte Glück, kam wieder frei. Wie es ihm erging, berichtet er in diesem ersten Beitrag im Videofenster.●

Der Beitrag steht unter:
www.umbruch-bildarchiv.de/video/videofenster.html

EXPOnierte Projekte Mensch? Natur? Technik?

TransFair: Frontal angegriffen

Die ZDF-Sendung »Frontal« vom 16.5. hat die Fair-Handels-Szene in helle Aufregung versetzt. Am Beispiel der Kakao-Genossenschaft »Kuapa Kokoo« in Ghana wird die Geschäftspolitik der Siegelorganisation »TransFair« und – mittelbar – auch der Importorganisation »gepa« massiv angegriffen.

Thomas Fritz ● Laut »Frontal« zahle die »gepa« zwar das Doppelte des Weltmarktpreises an *Kuapa Kokoo*, bei den BäuerInnen käme davon aber nichts an. Frontal behauptete fälschlich, TransFair würde pro Sack Kakao 100 DM an »Lizenzgebühren« verdienen, wovon jedoch nur 10 Pfennig an die Produzenten gingen. Die Kontrolle der Einhaltung der TransFair-Richtlinien bei der Genossenschaft *Kuapa Kokoo* sei überdies völlig unzureichend.

Die Reaktionen der Fair-Handels-Bewegten auf die Sendung folgten prompt: Sowohl *TransFair, gepa* als auch der *Weltladendachverband* haben Stellungnahmen veröffentlicht, in denen auf eklatante Fehler des Frontal-Beitrags und die damit einhergehende Schädigung der gesamten Fair-Trade-Szene hingewiesen wird. Wie *Markus Frieauff* vom *Weltladendachverband* mitteilt, habe es »zahlreiche kritische Nachfragen von Weltläden und deren Kunden auf den Beitrag gegeben.« Zugleich kritisiert er aber auch die Informationspolitik von *TransFair*. Obwohl die bevorstehende Ausstrahlung des Beitrags bekannt war, habe *TransFair* weder ausreichende Hintergrundinformationen über *Kuapa Kokoo* beschafft, noch die Weltläden rechtzeitig informiert.

Der Zweck der Siegelorganisation *TransFair* ist nicht gleichzusetzen mit dem des fairen bzw. früher »alternativ« genannten Handels. Anders als die alternativen Importorganisationen *El Puente, Dritte Welt Partner Ravensburg* oder die *gepa* betreibt *TransFair* selbst keinen Handel, sondern vergibt gegen die Zahlung von Lizenzgebühren ein Siegel an Importeure, Verarbeiter oder Einzelhandelsunternehmen in Deutschland, wenn diese bestimmte Kriterien erfüllen. Auch rein kommerzielle Unternehmen, wie die Hamburger *Union Rösterei*, die den »Pedro«-Kaffee in die Supermärkte bringt, können somit für ihre Fair-Handels-Sparte das *TransFair*-Siegel erhalten. Die strengeren Kriterien alternativer Importorganisationen bleiben dabei unberücksichtigt. Die TransFair-Kriterien für die Siegelvergabe variieren von Produkt zu Produkt. Sie beinhalten im Wesentlichen den Einkauf möglichst ohne Zwischenhandel, die Zahlung eines Mindestpreises (gegebenenfalls noch eines Aufschlags bei höheren Börsennotierungen), langfristige Lieferbeziehungen und eventuell die Gewährung einer Vorfinanzierung.

Die Lizenzgebühren sind die wichtigste Einnahmequelle von *TransFair*. Dafür obliegt *TransFair* die Kontrolle des Handels und zum Teil Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Anders als von *Frontal* behauptet, sind die Lizenzeinnahmen von vornherein nicht für die Projektpartner im Süden vorgesehen. Diese profitieren vielmehr von dem über dem Weltmarktpreis liegenden Mehrpreis (die Fair Trade Prämie), welcher von den Importorganisationen gezahlt wird. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Genossenschaften nur einen Teil ihrer Produktion über den fairen Handel absetzen können, im Fall *Kuapa Kokoo* z.B. nur 2%. Bezogen auf die Gesamtproduktion fallen die Mehreinnahmen aus dem Fairen Handel entsprechend gering aus. Mit der Kontrolle der Handelspartner beauftragt *TransFair* den internationalen Zusammenschluss von Siegelinitiativen *Fair Trade Labelling Organisations International* (FLO).

Am Beispiel der ghanaischen Kakaogenossenschaft *Kuapa Kokoo* wird deutlich, wie schwer es sicherzustellen ist, dass es tatsächlich die Bauern sind, die in den Genuss der Fair Trade-Vergünstigungen kommen. Denn die Mehreinnahmen – *TransFair* beziffert sie im Fall von *Kuapa Kokoo* auf ca. 700.000 Dollar im Zeitraum von 6 Jahren – verbleiben bei der Genossenschaft und gehen nicht – wie von TransFair behauptet – direkt an die Kleinbauern. Eine »unzutreffende Gleichsetzung von Kleinbauern und Produzentenvereinigungen in der Öffentlichkeitsarbeit von Transfair« wird daher auch von *Lutz Heyden*, Weltladen-Gruppenberater in Berlin, konstatiert. Da es immer wieder Fälle undemokratischer und intransparenter Vermarktungsorganisationen gebe, sei stets danach zu fragen, inwiefern die Bauern über die Verwendung dieser Mittel mitentscheiden können. Bei *Kuapa Kokoo* hat man sich aber in demokratischer Abstimmung darauf geeinigt, die Mehrerlöse für den Aufbau eines Kleinkreditfonds zu verwenden.

Entstehungshintergrund für *TransFair* ist das in den 90er Jahren forcierte Konzept der Handelsausweitung: Durch das Beschreiten neuer Absatzwege, wie z.B. den Versandhandel oder Supermärkte, sollten die Umsätze gesteigert werden. Denn bis Ende der 80er Jahre wurde der faire Handel fast ausschließlich über Weltläden und tausende Aktionsgruppen betrieben. Um nun die fair gehandelte Ware im Supermarkt überhaupt von konventioneller Ware unterscheiden zu können, wurde die Einführung eines Siegels als notwendig angesehen. Das Konzept der Handelsausweitung blieb aber bis heute umstritten. So wird von KritikerInnen moniert, dass es nicht Ziel sein könne, Konzernen, die für ungerechte Welthandelsstrukturen mitverantwortlich seien, über die Gewährung eines solchen Siegels zu einem sozialen Feigenblatt zu verhelfen.

Inwieweit die Frontal-Sendung die schon erledigt geglaubte Diskussion über die Vor- und Nachteile von Handelsausweitung und Gütesiegeln erneut entfacht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Während Heyden eine solche Debatte für möglich hält, glaubt Frieauff, dass der TransFair-Ansatz bei der Mehrheit der Weltläden auf Zustimmung stößt und insofern kein Anlass für eine grundsätzlichere Auseinandersetzung besteht.●

Aus: Berliner Briefe, Nr. 29, Juli 2000, Online-Ausgabe

Anzeige

Die neue AKP ist da.

Schwerpunktthema:

Nutzung von Informationstechnologien

Eine Homepage hat fast jede Stadt, aber die immensen Möglichkeiten von online-Kommunikation werden nicht annähernd ausgeschöpft. Dies - und wie es besser geht - zeigt die aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift Alternative Kommunalpolitik (Heft 4/2000).

Aus dem Inhalt:

Nutzung neuer Medien - mehr Service für die BürgerInnen?

Das münsteraner Bürgernetz "Publikom"

Computergestützte Parlamentsarbeit

Videoüberwachung in Städten

Einzelheft: 12,50 DM (plus Versand)

Jahresabo (6 Hefte): 75 DM

Alternative Kommunal Politik

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
AKP-Redaktion@t-online.de
www.gruene.de/akp-redaktion

23. BUKO IN BERLIN

WTO und soziale Bewegung im globalen Kapitalismus

Vom 6. bis 8. Oktober findet an der Berliner Humboldt-Universität der 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen statt.

Redaktion Heidelberg ● Seit den Ereignissen von Seattle im November 1999 haben die Debatten über die Widersprüche neoliberaler Globalisierung und über die Internationalisierung sozialer Bewegungen eine neue Dynamik gewonnen: Die Proteste gegen die geplante »Millennium-Runde« der Welthandelsorganisation (WTO) stärkten jene Positionen, die gegenüber den Reformbemühungen vieler Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) die Notwendigkeit grundsätzlicher Kritik betonen. Das Scheitern der Konferenz machte zugleich die starken Interessengegensätze zwischen den europäischen und den US-amerikanischen Protagonisten des weltweiten Neoliberalismus sowie zwischen diesen einerseits und Akteuren des Südens andererseits deutlich.

Gleichwohl können weder die Proteste von unten noch die Widersprüche innerhalb der WTO darüber hinweg täuschen, dass die Dynamik neoliberaler Globalisierung ungebrochen ist. Die herrschenden Diskurse sind nach wie vor vom Glauben an die allein selig machenden Kräfte des Marktes geprägt. Und viele ihrer KritikerInnen beschränken sich darauf, demgegenüber ein Mehr an Staat zu fordern. Deutlich wurde dies erst jüngst in der Gründung eines bundesdeutschen Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte oder auch in der von Pierre Bourdieu initiierten Charta 2000. So beachtenswert die Initiativen auch sind, so sehr bedürfen sie u.a. wegen ihres Staatsbegriffes und ihrer Staatszentriertheit einer Kritik aus einer linken und radikaldemokratischen Perspektive.

Der BUKO hat in den vergangenen Jahren mit einer solchen Kritik in einschlägige Debatten interveniert. So hat er die Kölner Gipfel von EU und G7 zum Anlass genommen, sich grundsätzlich mit den Diskursen und Institutionen neoliberaler Globalisierung auseinander zu setzen (s. Broschüre »kölngehen«). Er hat sich kritisch mit der NGOisierung sozialer Bewegungen befasst und Großereignisse wie das WTO-Treffen in Seattle oder die EXPO zum Anlass genommen, auf globale Herrschaftsverhältnisse zu verweisen.

Neben der Einmischung in aktuelle Debatten hat er sich gleichzeitig als ein Forum verstanden, auf dem Gruppen aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen über aktuelle Entwicklungen diskutieren und über herrschaftskritische Alternativen nachdenken können. Im vergangenen Jahr (BUKO 22) stand dabei mit der Weltausstellung EXPO 2000 eine Großveranstaltung im Mittelpunkt, die die Botschaft einer widerspruchsfreien, Gesellschaft und Natur miteinander versöhnenden kapitalistischen Zukunft transportieren soll. Beim BUKO 23 in Berlin wird die WTO in mehreren AGs eine wichtige Rolle spielen, sowohl was die Analyse und Kritik herrschender Diskurse und Institutionen als auch was die Perspektiven emanzipatorischer Politik betrifft. Dabei wird es weniger darum gehen, die Teilbereiche des Welthandelsregimes im Detail zu analysieren. Vielmehr soll die WTO als Aufhänger betrachtet werden, von dem ausgehend unterschiedliche Formen und Dimensionen von Herrschaft und Widerstand diskutiert werden können.●

dp

Informationen und Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
Tel. (0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
Email: bukohh@t-online.de
www.epo.de/buko/index.htm
www.von-unten.org

GLOBALISIERUNG

Im Würgegriff der »Global Players« ?

Während Politik und Medien die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft als unabwendbar und unbedingt erforderlich »verkaufen«, wird gleichzeitig verschwiegen, dass Berufsgruppen oder Volkswirtschaften, die sich dieser Entwicklung verweigern, gnadenlos ihrer Existenz beraubt werden.

Der malaysische Premierminister *Mahatir Mohamad*, der sein Land während der Wirtschaftskrise der »Tiger-Staaten« nur deshalb vor dem totalen Zusammenbruch retten konnte, weil er sich den »Global Players« der internationalen Hochfinanz mit strikten Verboten entgegenstellte, sagte kürzlich (mit den ihm eigenen Worten) zu diesem Problem:

»Nach dem Ende der bipolaren Welt ist der westliche Kapitalismus die alleinige Macht, und alle Staaten der Welt sollen das akzeptieren – ob sie wollen oder nicht. Sowohl die Welthandelsorganisation WTO, die GATT Verhandlungsrunden als auch die Wirtschaftssanktionen werden benutzt, um den Drang der selbstgerechten, großen Mächte, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, durchzusetzen. ...«

»Nach dem Ende der bipolaren Welt ist der westliche Kapitalismus die alleinige Macht, und alle Staaten der Welt sollen das akzeptieren – ob sie wollen oder nicht. Sowohl die Welthandelsorganisation WTO, die GATT Verhandlungsrunden als auch die Wirtschaftssanktionen werden benutzt, um den Drang der selbstgerechten, großen Mächte, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, durchzusetzen. Wer sich dem widersetzte, erlebt jetzt die geballte Gegenmacht der Wirtschaft. Mit einem Schlag machten internationale Spekulanten und Finanziers aus den aufsässigen Tiger-Staaten notleidende, um Hilfe bettelnde Nationen. Ihnen wurde zu verstehen gegeben, dass ihr Wohlstand weiter abnehmen werde, falls sie die Globalisierung nicht akzeptieren und die uneingeschränkte Ausbeutung durch die Reichen und Mächtigen zuließen.«

Inzwischen dominieren die internationalen Konzerne die Volkswirtschaften der Tiger-Staaten. Das kürzliche Ringen der großen Automobilbauer um die Überreste des Daewoo-Konzerns ist nur ein Beispiel von vielen. Vor einigen Jahren traf es die Tiger-Staaten. Wer kommt als nächstes an die Reihe?

Trans-Atlantik-Achse mit wachsender Bedeutung

Nach einer Studie der amerikanischen Harvard-Universität werden im 21. Jahrhundert Nordamerika und Westeuropa immer weiter zusammenwachsen. Das gemeinsame Potential der beiden Teil-Kontinente wird erheblich sein. Motor dieser Entwicklung ist nach Einschätzung der Wissenschaftler das enorme geistige Potential, das in Europa und den USA anzutreffen ist. Ein Großteil des im beginnenden Informationszeitalter wichtigen Wissens sei nach wie vor nicht im asiatischen Raum, sondern dies- und jenseits des Atlantik konzentriert. Hinzu komme, daß mit der hier schon heute weltweit größten »Internet-Dichte« eine hervorragende Ausgangsposition für die weitere Entwicklung geschaffen sei.

Der asiatische Wirtschaftsraum wird laut der Studie langfristig nicht mit der Entwicklung in Europa und Nordamerika Schritt halten können. Zum einen, weil man sich dort lange der fortschreitenden Globalisierung verweigerte, und zum anderen, weil – nach Ansicht der amerikanischen Forscher – in Asien nur wenige Menschen die Weltsprache Englisch sicher beherrschen.

Die großen Unternehmenszusammenschlüsse zeigen, daß die Wirtschaft sich schon auf die neue »Weltachse« einstellt. Daimler-Benz und Chrysler, Deutsche Bank und Banker's Trust sowie Volvo, Jaguar und Ford sind nur einige Beispiele. Die USA und die Europäische Union verfügen über die mit Abstand größten Binnenmärkte der Welt und bestreiten zusammen über ein Drittel des Welthandelsvolumens. Wer sich über den Atlantik wagt, hat demnach beste Aussichten, als »Global Player« die Welt zu beherrschen. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung.●

aus: VERTRAULICHE MITTEILUNGEN Nr. 3362, 11.7.2000

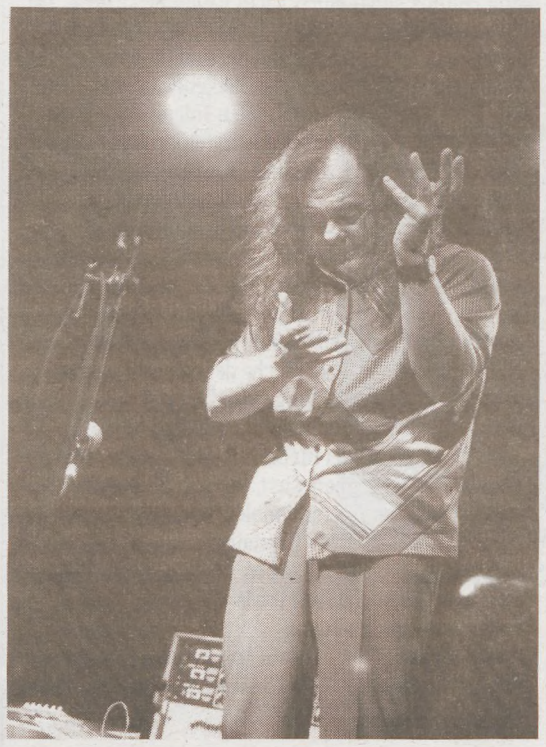
Anzeige

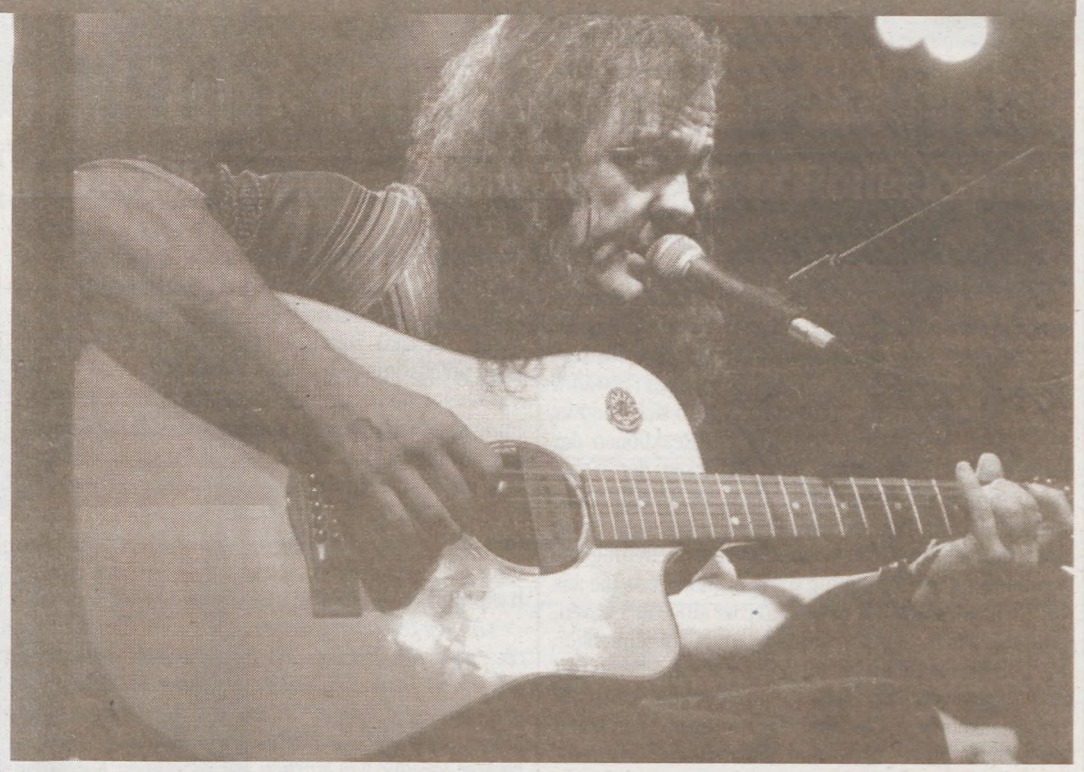
How can a poor man face such times and live?

»... auf allem, was Saiten hat.«

Photos und Notizen zu dem US-Musiker David Lindley

Die Photos auf dieser Seite zeigen den US-amerikanischen Saitenspieler David Lindley, aufgenommen beim Kölner Konzert (4.6.00) seiner diesjährigen Tour, die er gemeinsam mit seinem kongenialen Partner Wally Ingram, sozusagen eine lebendige Rhythmusmaschine, durchführte.





Roland Röder, Redaktion Saarland ● Lindley spielt eigentlich auf allem, was Seiten hat: Gitarren aller Art incl. Hawaiguitarre, Mandoline, Banjo, Saz (arabische Langhalslaute), Bariton, Harfe, Violine. Der Tourname »Polyester für the masses« ist dabei ein Stück weit auch Programm für Lindley und seinen schräg anmutenden, von Hawaihemden geprägten Modegeschmack.Farbgebung und Schnitt verweisen auf die siebziger Jahre, was für ihn schon top modern ist, mitunter auch zurück bis in die fünfziger. Der Plastikanteil seiner Hemden und das Farbmuster seiner Hosen sind schon ein Highlight bevor er dem Saiteninstrument auf seinen Knien erste Töne entlockt und mit seinem gequetschten Englisch das Publikum begrüßt. In Köln philosophierte er mehrere Minuten über seine pretty blue shoes, häßliche grellblaue Lackschuhe.

Kaleidoscope, Jachson Browne, El Rayo-Ex

Seine Karriere begann in den sechziger Jahren mit der legendären Band KADLEIDOSCOPE, mit der er mehrere Platten einspielte; eine Art Weltmusik, allerdings 25 Jahre bevor dieses Etikett die Runde machte. Die siebziger waren bestimmt von seiner Zusammenarbeit mit JACKSON BROWNE, dessen Bandleader er war. Viele dürften Lindley gehört haben, ohne zu wissen, dass er es ist: Die hohe Falsettstimme bei dem Klassiker 'Stay' (u.a. auch von der Bitburger Werbung verulkt: People stay, just a little 'Bit' a longer...) in der Version von J. Browne stammt von Lindley. In den Achtzigern entstanden dann 5 LP's mit seiner Rockkapelle EL-RAYO-X; darunter auch ein glückseeligmachender Auftritt im Loreley-Rockpalast im August 1982. Lange ist's her. Dass in dem gleichen Rockpalast auch BAP auftrat, ist sicherlich nicht Lindley anzulasten. Schade, dass exakt dieser Teil des damaligen Loreley-Konzertes vom WDR bis heute nicht wiederholt wird.

Großen Plattenfirmen den Korb gegeben: Pay Bo Diddley

Der Streit mit seiner Plattenfirma – Knebelverträge, keine Erlaubnis mit Sessionmusikern seiner Wahl aufzutreten – erneuerte nur die Erfahrungen aus Kaleidoscope-Zeiten. Von dem Geld dieser Platten sah er nichts mehr. Er verlegte fortan seine Platten und CD's selbst und gab den Großen der Branche den Korb. Die zu einem wunderschönen Song gewordene Aufforderung 'Pay Bo Diddley' knüpft an diese Erfahrungen an, die er mit anderen teilt: Die regelmäßige Missachtung von Copyrightrechten im Musikgeschäft. In den neunziger Jahren spielten er und HENRY KAISER auf Madagaskar mit mehreren Bands von dieser Insel drei CDs ein. Der Titel der Alben 'A world out of time,Vol. 1,2,3' ist nicht zufällig gewählt. Aus der Musikehe mit dem jordanischen Percussionisten HANI NASER entstanden zwei als 'Official bottleg Nr. 1 and 2' veröffentlichte Akkustik-CD's. Der Unterschied zu normalen Bootlegs – illegale Konzertmitschnitte, die gegen Cash verkauft werden – ist, so Lindley, dass hierbei die Interpreten ihr Geld erhalten. Seit ca. zwei Jahren wandelt er mit dem Schlagwerker WALLY INGRAM durch die Konzertsäle. Nicht zu vergessen seine 200 und mehr Einspielungen und Kooperationen als Begleitmusiker. Um nur einige zu nennen: Linda Ronstadt, Iggy Popp, Bob Dylan, Ry Cooder, Dolly Parton. Von diesen Kooperationen besonders hervorzuheben sind die Aufnahmen mit dem japanischen Shakuhachi-Spieler (japanische Flöte) Kazu Matsui und Doug Legacy mit The zydeco party band. Zydeco ist eine stark vom Akkordeon geprägter Musikstil aus dem Mississippi-Delta.

Das Foto unten rechts zeigt Schlagwerker Wally Ingram, alle anderen David Lindley.

Fotos:
Bildarchiv-AKTION 3.WELT Saar

Von der musikalischen Leichtigkeit des Seins

Der Musikstil von David Lindley: stark reggaelastig, immer mal wieder eine ordentliche Prise Blues sowie in keinster Weise abgeneigt gegenüber musikalischen Spielereien und Experimenten. Dabei durchzieht seine Musik durchgehend etwas Leichtes, gekoppelt mit einer schalkhaft, libertären Attitude und der Bereitschaft, alte Strukturen quer zu bürsten, ohne alles über Bord zu werfen. Er liebt offensichtlich Schlager bzw. Evergreens, die von ihm neu interpretiert werden, ohne dabei jemals auf die Ebene des musikalischen Schüttelreims zurückzufallen. Irgendwie erinnert er mich an Rio Reiser. Aus simpelsten Melodie- und Textpartituren macht er großartige Klanggebilde und Töne wie von einem anderen Stern. Mein Wunsch: David Lindley meets Ben Harper.

In der BRD und dem deutschsprachigen Raum werden seine Werke zur Zeit von dem Label ulfTone Music verlegt. Weitere Informationen im Internet unter: ulftone.de. Als kleines Büchlein ist in der Star Cluster Musik Enzyklopädie 1994 der Band 41 zu David Lindley erschienen (kostet ca. 13 DM). 'How can a poor man face such times and live?' Die Antwort überlässt Lindley dem Publikum.●

Der Autor ist zugegebenermaßen hin und weg von dieser Musik und läßt in seinem Artikel jede akademisch, wissenschaftliche Distanz vermissen.

Gerechtigkeit für Deutschland

Saul K. Padover (1905-1981) nahm als Nachrichtenoffizier für psychologische Kriegsführung auf Seiten der amerikanischen Armee am Zweiten Weltkrieg teil. 1920 war Padover aus Österreich in die USA ausgewandert und hatte in Yale und Chigaco studiert.

In dem Buch »Lügendetektor«, 1946 erstmals in den USA erschienen und erst jetzt ins Deutsche übersetzt, beschreibt er die Erfahrungen über die deutsche Mentalität der NS-Zeit, die er aus zahlreichen Interviews mit Deutschen gewann. Der Bericht setzt in der Normandie ein, wo sich Padover und seinen Mitarbeitern zunächst die Reaktionen der französischen Bevölkerung nach Abrücken der Wehrmacht zeigen. Nach der Befragung eines deutschen Katholiken kommt ihm die Idee, Deutsche systematisch zu interviewen. Seine Arbeit beginnt nach der Befreiung Luxemburgs mit der Befragung von Luxemburgern, die aus Deutschland, wo sie als Zwangsarbeiter eingesetzt waren, geflohen waren. Der erste Deutsche, mit dem schließlich ein längeres Interview geführt wird, ist ein ehemaliger Dorfbürgermeister, der sich 1933 aus der Politik zurückzog und sich dem Geschäftsleben widmete. Der Mann gibt sich als Hitler-Gegner und Monarchist zu erkennen. Er weiß von den Verbrechen des NS-Regimes, urteilt aber nicht in moralischen, sondern in juristischen Kategorien. Bestraft werden sollten die obersten Verantwortlichen in der Befehlshierarchie, alle anderen hätten nur Befehle ausgeführt: Der Deutsche sei kein Revolutionär. *»Durch das Gespräch mit Herrn Wagemann wurde mir zum ersten Mal der Zusammenhang zwischen 'guten' Deutschen und Gaskammern klar... Ich dachte mir, dass die Todesfabriken nicht deswegen möglich waren, wie Hitler ihre Errichtung befohlen, sondern weil die Wangemanns den Befehl nicht in Frage gestellt hatten.«*

Padover verhört im folgenden Deutsche aus allen Teilen der Bevölkerung und aus allen politischen Gruppierungen. Es finden sich Gespräche mit Wehrmachtssoldaten, SS-Angehörigen, Sozialisten, Kommunisten, Katholiken, Protestanten, Adligen, Bergarbeitern, Industriellen:

»Für mich war jeder Deutsche ein Mikrokosmos, den es zu studieren galt, ein Bruchstück des Feindes, den man verstehen musste, wenn man ihn besiegen wollte.« (S. 107)

Ein erster allgemeiner Eindruck von seinen Probanden ist ihre fanatische Anhänglichkeit an Dokumente und Papiere aller Art, die offenbar überall in Deutschland zu beobachten war: Es muss alles seine Ordnung haben. Der fanatische Ordnungssinn verfolgt Padover bis in die Konzentrationslager. In Buchenwald studiert er die Karteikarten, auf den säuberlich Bilanz über die Ermordeten geführt wurde.

Darüber hinaus gleichen sich die Gespräche: Da Padover als Vertreter der USA mit Autorität ausgestattet ist, buhlt man um sein Verständnis. Allenthalben wird der Empörung über das NS-Regime Ausdruck verliehen und die eigene Ohnmacht und Opferrolle angesichts des Terrors betont, nur in wenigen Fällen trifft Padover auf bekennende Nazis. Immer wieder konfrontiert er das Propaganda-Bild von der »Herrenrasse« mit der Realität, auf die er trifft: Beschönigung, Verleugnung, Verharmlosung, Opportunismus den neuen Machthabern gegenüber. Detailliert beschrieben wird der Aufbau der Militärverwaltung für Aachen, die Auseinandersetzung zwischen den US-Militärs und die von Padover kritisierte Kooperation mit den Angehörigen der alten Eliten.

Padovers Bericht zeichnet präzise die Selbstwahrnehmung und -inszenierung der jeweiligen Gesprächspartner nach. Dabei hält er sich mit Wertungen naturgemäß nicht zurück, es sind ihm Untertanengeist, Selbstmitleid bei gleichzeitiger Gefühlskälte gegen die Opfer, Ordnungsfanatismus und das Fehlen eines moralischen Begriffs des Politischen bis in die Gruppen der Opposition hinein letztlich entscheidende Faktoren, die die Massenloyalität in Deutschland zum NS-System bedingten. Da es ihm nicht um ein geschlossenes theoretisches Modell geht, sondern um eine zunächst an militärischen Erfordernisse ausgerichtete Mentalitätskunde, mögen seine einzelnen Kommentare zu Gesprächen und Beobachtungen bisweilen widersprüchlich (etwa was das beobachtete Fehlen von Patriotismus oder aber umgekehrt den Nationalismus noch bis weit in die sozialistische Opposition hinein betrifft), manchmal auch irritierend ausfallen (etwa was die diagnostizierte sexuelle Enthemmung der Deutschen oder die Bereitwilligkeit der deutschen Frauen betrifft, sich auf Beziehungen mit amerikanischen Soldaten einzulassen), zumal sie häufig an bestimmte konkrete Gesprächssituationen gebunden sind.

Geprägt sind Padovers Überlegungen von der Spannung zwischen Hoffnung auf eine Zivilisierung der Deutschen und der Angst davor, dass sie es schließlich noch mal mit dem Kampf um die Weltherrschaft versuchen könnten. Wenige Personen fallen durch klare Positionen und durch Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auf. Unter diesen findet sich Willi Elfes, bis 1933 Polizeipräsident von Krefeld und oppositioneller Katholik.

»Einige Zeit darauf erlebte er in einer Krefelder Kirche, dass der Bischof den Allmächtigen anflehte, er möge den Deutschen einen gerechten Frieden schenken. Elfes sprang empört auf, schüttelte seine weiße Mähne und rief vor der ganzen Gemeinde: 'Ein gerechter Friede? Wie können wir deutschen Katholiken um einen gerechten Frieden bitten? Wenn es einen gerechten Frieden gäbe, müssten wir alle erhängt werden – das wäre gerecht. Wir sollten vielmehr um einen ungerechten Frieden bitten, um einen Frieden, den wir wahrhaft verdient haben.«●

Peter Walter (Redaktion Saarland)
Foto: AKTION 3.WELT Saar

Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork. Frankfurt am Main (Eichborn) 1999

Der postmoderne wilde Westen

Mike Davis gilt mit Recht als einer der besten kritischen Stadtsoziologen – zumindest der nördlichen Hemisphäre. Sein 1994 auf deutsch erschienenes Buch City of Quarz über Los Angeles ist einer der Klassiker der einschlägigen, vom akademischen bis ins (post-)autonome Milieu reichenden Debatte. 1999 erschienen nun zwei neue Bücher von ihm. In Casino Zombies untersucht Davis nicht Los Angeles oder die Entwicklung vorrangig urbaner Gebiete, sondern wendet sich den (ehemals) ländlichen Räumen von Kalifornien zu. Hauptthema der insgesamt 14 Beiträge ist die Situation in den ländlichen Gebieten des amerikanischen Südwestens: Weite Wüstenlandschaften wechseln sich hier mit neu errichteten Gefängnissen, Rüstungsfabriken, verlassenen Testgeländen für atomare und chemische Waffen und einigen geschützten, neu errichteten privaten Wohnanlagen ab. Welche ökologischen und sozialen Folgen gibt es? Wie ist die Situation der indianischen UreinwohnerInnen, denen das nun ruinierte Land einmal gehörte?

Davis berichtet weiter aus der Welt der unsichtbaren Arbeit in Las Vegas, der mitten im Clark County gelegenenen Unterhaltungsfabrik, deren Bevölkerung seit Jahren permanent wächst. Dies rührt zum einen von eher wohlhabenden Menschen her, die den Großstädten, vor allem dem 400 Kilometer entfernten Los Angeles entfliehen wollen, zum anderen von ArbeiterInnen, die sich unter prekären Bedingungen im rassistisch strukturierten Arbeitsmarkt der Freizeitökonomie verdingen. In Las Vegas finden auch Arbeitskämpfe statt: Davis berichtet über die Kämpfe von Hotelangestellten und anderen, in den unteren Rängen des Dienstleistungssektors arbeitenden Menschen gegen Ausbeutung und für erste gewerkschaftliche Standards.

Apropos Gewerkschaften: In einigen Gegenden sind die neu erbauten oder vergrößerten Gefängnisse die ersten Betriebe, in denen es überhaupt starke Gewerkschaften gibt. So treten die SicherheitsbeamtInnen – nicht uneigennützig – für die weitere Verschärfung der Gesetze ein. Weitere Beiträge untersuchen – wie schon in City of Quarz – das Wachstum der Gefängnisindustrie und die Verschärfung der Repression gegen ethnische Minderheiten und Jugendliche. Mittlerweile sind die hispanischen Jugendlichen noch vor den Schwarzen die Hauptbetroffenen.

Nahezu parallel zu Casino Zombies erschien ein weiteres Buch von Davis, das sich vor allem mit der »Natur« in Los Angeles und der kulturellen Verarbeitung der Krise von L.A. in Filmen und in der Literatur befasst. Davis erzählt von der dutzendfachen fiktionalen Zukunft (meist: Zerstörung) von L.A. in Filmen und die Schilderung der sozial-ökologischen Krise in Science-Fiction Romanen. In den umfangreichen Teilen zur »Natur« untersucht er die durch menschliche Handlungen verursachten Veränderungen der pflanzlichen und tierischen Population und wie diese z.B. mit dem vermehrten Auftreten von Stürmen, Waldbränden und anderen auch durch menschliches Handeln verursachten »Naturkatastrophen« zusammenhängen. Das Novum ist die Herausbildung einer Stadtnatur, was z.B. bedeutet, dass Pumas aus den Bergen schon mal den Hund des Luxusvillenbesitzers töten, um danach seelenruhig aus dem Swimmingpool zu trinken.

Davis weiß in seinem ihm eigenen Erzählstil die Komplexität sozialökologischer Prozesse anschaulich und doch materialistisch zu schildern. Mit den beiden Büchern gibt es nun die Möglichkeit, die »ökologische« Seite von Mike Davis kennen zu lernen, die bislang in der »urban« geprägten deutschsprachigen Rezeption nicht zu Tage trat. Während die deutsche Stadtsoziologie meist im bemüht-gestelzten Jargon der Regulationstheorie daherkommt – von der nachhaltigen Schnarch-Sprache der ÖkologInnen gar nicht zu reden –, schreibt Davis luftig und essayistisch – ohne an Schärfe zu verlieren. Im Gegenteil, es ist eine Wonne, Davis zu lesen. Zwar haben seine Beiträge auch einen leicht exotischen Touch, den mensch als aufgeschlossener Linker gerne goutiert, aber er überwiegt nicht. Die beiden Titel sind für an politischer Ökologie, an Massenkultur, an Stadtentwicklung, Rassismus, gewerkschaftlichen Kämpfen interessierte LeserInnen – und erst recht für alle die für einen Crossover zwischen den dazu tätigen sozialen Bewegungen sind – uneingeschränkt zu empfehlen. In ihnen denkt Davis etliche dieser aufgezählten Bereiche – für ein deutsches Publikum sehr ungewohnt – zusammen. Dass sie zusammengedacht werden müssen, um ein besseres Bild von der heutigen Welt zu erhalten, steht außer Frage. Die von Davis geschilderten Tatbestände sind zwar im übertragenen Sinne weit weg, aber etliche der von ihm untersuchten Strukturen, Entwicklungen und Kämpfe gibt es auch hier, wenn auch vielleicht nicht in diesem Ausmaß.

Wer sich noch weiter für die mit Ökologie der Angst angestoßene Debatte interessiert, sei auf die Ausgabe September 1999 der internationalen ökologisch-sozialistischen Theoriezeitschrift Capitalism, Nature, Socialism hingewiesen. Sie enthält sieben Beiträge zur Kritik und Diskussion des Buches von Davis
(Verlag: www.guilford.com;
Redaktion: www.cruzio.com/~cns; Rezension in der Ausgabe Januar 1998 von CONTRASTE).●

Bernd Hüttner

Mike Davis: Casino Zombies und andere Fabeln aus dem Neon-Westen der USA. Verlag Schwarze Risse, Rote Strasse und Libertäre Assoziation Berlin/Hamburg 1999, 270 S., 32 DM
Mike Davis: Ökologie der Angst. Los Angeles und das Leben mit der Katastrophe. Kunstmann Verlag, München 1999, 542 S., 78 DM

Gegenbilder zur Expo 2000

Jahrelang schien der Kapitalismus unangefochten als allein denkbare Gesellschaftsform dazustehen. Doch die Werbeschau »Expo 2000« hat jetzt ein Projekt provoziert, in dem Visionen einer Gesellschaft jenseits von Herrschaft und Verwertungslogik entwickelt worden und werden. Vor wenigen Tagen erschien das erste Buch der »Gruppe Gegenbilder«, wie sich die Projektgruppe nennt. Titel »Freie Menschen in freien Vereinbarungen – Gegenbilder zur Expo 2000«.

In verschiedenen Kapiteln werden Begriffe und Formen von Herrschaft analysiert sowie Strategien für eine Selbstentfaltung der Menschen entwickelt. Für die drei gesellschaftlichen Hauptfelder »Technik und Ökonomie«, Gleichberechtigung und das Mensch-Natur-Verhältnis werden sodann Visionen und Konzepte vorgestellt. Ausgangspunkt ist jeweils eine Kritik aktueller kapitalistischer Zukunftsvisionen, Endpunkte bilden bestehende Projekte, die bereits heute Experimentierfelder sind.

Zum Abschluss des Buches findet sich ein Kapitel zu emanzipatorischer Bewegung und ein umfangreiches Glossar, in dem viele Begriffe zu Gesellschaft und Politik definiert werden.

Insgesamt stellen die AutorInnen den Menschen und die Entfaltung seiner Möglichkeiten in den Mittelpunkt. Institutionen und Regeln sollen ganz abgeschafft werden. Auf dem Rückentext heißt es: »Wir leben in einer visionslosen Zeit. Neue Ideen für die Zukunft sind kaum noch gefragt. Viele Menschen haben sich in die Privatheit zurückgezogen. Individualität ist nur noch das, was es im »Supermarkt der Lebensstile« zu kaufen gibt – nur eine lebenswerte Utopie für alle scheint gerade nicht im Angebot zu sein. Wirklich Neues bewusst zu schaffen, scheint keinen Reiz mehr auszuüben. Die Dinge entwickeln sich wie von selbst. Zumindest scheint es so oder wird von denen so verkauft, die tatsächlich die gesellschaftlichen Entwicklungen steuern.

So zum Beispiel auf der Expo 2000. Sie ist nicht die Quelle von Herrschaft und Profitorientierung, aber die dreisteste Werbeschau für ein Zukunftsmodell, in dem all das noch gesteigert wird. Es wird Zeit für eine neue Diskussion um Visionen. Sie sind keine Rezepte, sondern sie sollen zeigen: Es gibt ein Leben jenseits des Kapitalismus und all der anderen Herrschaftsstrukturen, die Gesellschaft und Alltag durchziehen. Visionen haben nicht nur Selbstwert, sondern bieten den Rahmen, in dem reale Veränderungen ablaufen können. In diesem Sinne ist das Buch nur ein Auftakt. Was daraus entsteht, ist offen. Dieses Buch und die AutorInnen stellen sich der Diskussion. Die Texte des Buches sind frei zur weiteren Verwendung – als Zeichen, dass eine freie Gesellschaft an jedem Punkt beginnen kann, eben auch bei diesem Buch. Weg mit allen Machtmitteln einschließlich des Eigentums an Boden, Wissen, Patenten, Texten!

Die drei AutorInnen, die das Buch im Kern geschrieben haben, können aus sehr unterschiedlichen Debatten und Zusammenhängen – von freier Softwareentwicklung (bekannt durch LinuX), marxistischen Diskussion bis zu anarchistischen und radikal-ökologischen Aktionen.

Das Buch kann auch im Internet eingesehen werden. Download als PDF unter
www.projektwerkstatt.de/download. Die einzelnen Texte werden zudem in Kürze unter www.opentheory.org/proj/gegenbilder zu finden sein, wo dann auch Diskussionsbeiträge und Ergänzungen zu allen Absätzen möglich sind. Die AutorInnen hoffen auf eine intensive Debatte und die Weiterentwicklung der Idee des Buches.●

Jörn Hartje, Red. Umweltschutz von unten

Die historische Frucht

Das 22. Heft der Broschürenreihe BUKO Agrar Dossier widmet sich der krummen Frucht der Einheit. Nach Kakao, Soja und Fast Food ist nun die Reihe an den Bananen. Seit 1990 veröffentlicht die BUKO Agrar Koordination Themenhefte, die vertiefende Hintergrundinformationen liefern sollen. Bei der Bananen-Broschüre darf dieser Versuch wieder einmal als gelungen bezeichnet werden.

Sie ist nicht nur des Deutschen liebste Frucht, sondern darüber hinaus überaus vielfältig verwendbar. Als Nahrungspflanze bekannt, lässt sich die Banane vielfältig einsetzen. Zum Beispiel zum Bierbrauen wie in Zentral- und Ostafrika. Aber auch zur Kleiderherstellung wie in den Philippinen usw. In Deutschland spielte die Banane sogar eine polithistorische Rolle. Konrad Adenauer sicherte der Bundesrepublik einst mit dem sogenannten Bananen-Protokoll bevorzugte Importbedingungen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und legte damit den Grundstein für den heutigen hohen Pro-Kopf Verbrauch von zehn bis 15 Kilogramm pro Jahr im letzten Jahrzehnt.

Für Adenauer waren die Früchte eine Art Symbol für den wirtschaftlichen Aufschwung im Nachkriegsdeutschland, und vier Jahrzehnte später ging die Banane als »Vereinigungsfrucht« in die Geschichte ein. Während so für die einen die Paradiesfrucht das verkörperte Wohlstandsversprechen ist, gilt sie der Solidaritätsbewegung als klassische Kolonialware. Denn wie kaum ein anderes Exportgut repräsentiert sie die ungerechten Strukturen des Welthandels. Die sozialen und ökologischen Kosten werden in den Verbraucherländern selten thematisiert, obwohl man schon seit 100 Jahren in Europa und in den USA Bananen verspeist. Der Alltag auf den Plantagen ist seit jeher von Arbeitskämpfen und erbitterten Auseinandersetzungen um menschenwürdige Arbeitsbedingungen geprägt.

Bei ihrem Kampf brauchen die Gewerkschaften die solidarischen Hände der Verbraucher in der so genannten ersten Welt. Denn die Macht der Konsumentinnen ist nicht zu unterschätzen. Ein größerer Druck zu Gunsten besserer sozialer und ökologischer Bedingungen in der Bananenproduktion könnte viele Dinge verändern und zeigen, dass die Konzerne nicht allmächtig sind.●

Martin Ling

Aus ND vom 29.6.2000

BUKO Agrar Dossier, Heft 22, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 2000, 106 S., 14,80DM, ISBN3-9805354-6-0

Taschenbuch Wirtschaftspresse

Wer Adressen von WirtschaftsjournalistInnen sucht, wer die Wirtschaftsredaktionen von Tagespresse oder Funk und Fernsehen benötigt, oder Pressestellen von Industrie und Verbänden, für den ist das »Taschenbuch Wirtschaftspresse« seit 39 Jahren ein unentbehrlicher Helfer.

Dieses vom LifeSciences-Unternehmen herausgegebene Taschenbuch vermittelt rd. 16.300 Personenkontakte. Hier findet man alles das, was man tagtäglich immer wieder an Namen, Adressen und Verbindungen benötigt: auf einen Blick über 2.000 deutsche WirtschaftsjournalistInnen (mit Spezialgebieten, Privat- und Dienstanschriften), deutsche WirtschaftskorrespondentInnen im Ausland, 1.500 Fachzeitschriften (mit Verlagen und RedakteurInnen), Wirtschafts- und Finanzmagazine, die Tages-, Wochen- und Publikumspresse mit den Service- und WirtschaftsredakteurInnen, sowie die für Verbraucherthemen zuständigen AnsprechpartnerInnen bei Funk und Fernsehen.

Außerdem auf einen Griff: rund 1.500 Pressestellen von Industrie, Handel und Finanzwesen, die IHK's, Pressestellen von Universitäten, Hochschulen und Behörden, sowie über 1.400 Verbände und Spitzengremien der Wirtschaft mit den Vorsitzenden, GeschäftsführerInnen und PressereferentInnen.

In dieser Auflage außerdem viele Internet-Homepages und E-Mailadressen der Redaktionen und Pressestellen, sowie 2.000 Ausland-Kontakte zu 65 Ländern weltweit: die wichtigsten Wirtschaftspublikationen, Tagespresse-Redaktionen, Funk und TV-Staionen, deutsch-ausländische IHK's und Wirtschaftsministerien.

Dieses Taschenbuch ist ein wirklich zuverlässiger Helfer für den täglichen Gebrauch mit den bürgerlichen Medien und Institutionen: Im handlichen Jackentaschen-Format, gedruckt auf Dünndruckpapier. Eine Datenbank zum »Immer-dabei-haben«!●

dp

Aventis, F-67917 Strasbourg (Hg.): erschienen und bearbeitet im KROLL-Verlag, D-82224 Seefeld, 800 Seiten, Dünndruckpapier, DIN A6-Taschenbuchformat, flexibler Einband, 48,– DM

Anzeige

Anares Nord
Uns gibt's auch elektronisch!
Bücher
mit linken Inhalten
im Internet
Reinschauen lohnt sich:
www.anares.org/nord/
anares-nord@gmx.de

JOBS

Solaranlagen- und Heizungsbaufirma (1-Mann-Betrieb) in Stuttgart sucht ab sofort flexiblen Fachmann/-frau mit Berufserfahrung und Führerschein für ca. 30 Std./Woche.
Bitte melden bei:
Frieder Epple, Fremdstr. 4,
D-70563 Stuttgart-Vaihingen
☎/Fax (07 11) 73 12 49

Wir suchen für unsere Speedmaster 102 ZP eine/n junge/n und doch erfahrene/n **DruckerIn** in Teilzeit ca. 24 Std/Woche ab März 2001.
Hein & Co, Lerchenstr. 87, D-22767 Hamburg
☎(0 40) 43 20 04 00, Fax 43 20 04 22

PROJEKTE

Stadt+Land+Fluß e.V.
MitstreiterInnen gesucht !!!!!!
Wir sind eine Gruppe von sechs Menschen, die von einem Haus träumen, dass im Herzen von Berlin liegt und Platz für 60-80 Menschen bietet. Hier wollen wir versuchen, dem gesellschaftlichen Trend der Isolation und Brutalisierung, unsere Ahnung von einer menschlicheren Form zu leben, lieben und arbeiten, entgegenzusetzen. Einzige Voraussetzungen zum mitmachen sind:
1. Elan
2. Linksgestrickt

Alles nähere erfahrt ihr aus unserer Broschüre, die ihr unter (0 30) 614 73 32 (Angelika), 456 68 82 (Lucky), 624 81 25 (Tanja) bestellen könnt und/oder ihr kommt zum nächsten Treffen am So, 24.9.00, 11 Uhr im Kotti e.V., Nachbarschaftsladen, Adalbertstr. 95a (Kreuzberg) Hof ganz hinten.
Wichtig: Bestellung der Broschüre ist nur noch bis zum Winter 2000 möglich. Sollten wir bis dahin nicht 20 Leute sein, werden wir die Broschüren nur noch als Heizmaterial verwenden ... und diesen Traum einem gemütlichen Kaminfeuer übergeben.

Im Rahmen des Anders-Leben-Netzwerks Soest (Westfalen) soll ein stadtnaher Hof gekauft werden. Es werden noch Menschen gesucht, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen. Bisherige Ideen: Wohnen, Schreinerei, Gartenbau, Tagungshaus... Termine für Kennenlerntage bei:
Oliver Marxen, Pollhofstr. 5,
D-59494 Soest
☎(0 29 1) 34 10 01

Stadtkommune in Bremen (i.G.) sucht Erfahrungsaustausch mit Stadtkommunen in HH, die auch aus ca. 15-25 Personen bestehen, gemeinsame Ökonomie betreiben und Erwerbsmöglichkeiten im Projekt integriert haben. Wäre toll, wenn ihr euch meldet!
Kontakt: Peer Sevke, Gneisenaustr. 2a, D-28201 Bremen.

Bauwagen Holz, gut isoliert, 7,20m lang, mit Ofen, Isofenster.
Preis 8.000 DM.
Muhle, Hauptstr. 61
D-09603 Großschirma

Die Zeit ist reif! Wir suchen Frauen, die mit uns eine spirituelle Frauen- und Arbeitsgemeinschaft (Südfrankreich) in die Welt setzen und wie Göttin in Frankreich leben wollen: Heilerisch / Öko-Urlaub / Meditation / Alterssitz / Biogarten / Tierhaltung...
»Aphrodites Schwestern« beantworten Zuschriften: Sita Czech, Angelstr. 7,
D-33607 Bielefeld

Im Wendland (LK Lüchow-Dannenberg) ist auf einer Hofstelle mit vielen Nebengebäuden Garten u. 1ha Acker Platz frei für unternehmenslustige Menschen. Wohn- oder Hausgemeinschaft.
☎(0 58 64) 80 22

TATORT KIOSK

FAST ALLE TÄTER KEHREN ZUM ORT DES VERBRECHENS ZURÜCK

MANCHE SOGAR TÄGLICH

www.jungewelt.de
Die Tageszeitung junge Welt

PROJEKTE...

Träumst du nicht auch schon lange von jenem wunderschönen Ort, an dem sich leben und wohnen, Feiern und Arbeiten gemeinsam verwirklichen lassen? Wir wollen diesen Traum Wirklichkeit werden lassen, in der Nähe von Bremen und suchen noch Menschen mit Engagement und Humor. Tätigkeiten gerne in den Bereichen Vermarktung, Fleischverarbeitung, Milchwirtschaft, Backen, Handwerk & Lust auf Landleben auf einem großen alten Hof mit Acker, Wiesen, Wald.

Bei konkretem Interesse:
☎(0 42 35) 82 53, 18-19 Uhr (Hannes)
Fax: 943 00 05 (Hannes)

Geschrumpfte Landkommune will wieder größer werden. Finkenburg sucht ab sofort neue MitbewohnerInnen die mit uns (3W, 3M, 2w) auf unserem wunderschönen Niedersachsenhof bei Bremen leben wollen. Wir haben eine Mosterei, Töpferei, Büro des Kulturmagazin Überblick und sind Schauspieler, Malerin und Schriftstellerin.
Infos:
www.contraste.org/kommunen oder
☎(0 42 04) 14 97

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

PROJEKTE...

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

VERKÄUFE

Grundstück (1.900 qm) mit sanierungsbedürftiger Haushälfte in ehem. Pferdestall (Grundfläche 200 qm mit ausbaufähigem Dachgeschoss) zu verkaufen, gelegen in Mecklenburger Dorf mit 7 Einwohnern. Die andere Hälfte wird als Ferienwohnung eines selbstverwalteten Projekts genutzt.
☎(03 99 59) 2 03 29

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und akualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort in unserem Archiv zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

IM POSTFACH

Betr. CONTRASTE Nr. 189 über Kommunen von Gisela Notz

Du liebe Zeit, ist das ein Artikel! Ich habe meinen Augen nicht getraut und an meiner Wahrnehmung gezweifelt. Aber es stimmt, da hat eine Schreiberin sich über Kommunen ausgelassen, vor allem über die Vorzeige-Kommune Niederkaufungen. Das ist doch wohl unglaublich, potz Blitz und Donner, verdammt noch mal, sacramento, Saatkartoffel, durchgeknallt und saublöd, hingehauen und rausgequetscht. Dieser Artikel hat es tatsächlich geschafft, mich Alten aus meiner gelassenen Reserve zu locken.

Es ist nichts ausgelassen: Plattetüden, Allgemeinplätze, Versatzstücke, Falschheiten, Oberflächlichkeiten, Verballhornungen, Phrasen, Unvollkommenheiten in einer Aneinanderreihung, wie ich sie selten in einem Pamphlet angetroffen habe. Für mich bestätigt sich wieder einmal: Die Journalisten und Journalistinnen, die sich anschicken, über Kommune zu schreiben, schreiben überwiegend Mist. Das ist um so peinlicher, je mehr sie es eigentlich gut meinen mit uns Kommunardinnen. Der Grund ist der, dass sie selbst nicht in der Kommune leben, und so von ihrem bürgerlichliberalen Blickpunkt aus den Sinn und die Eigenheiten des Kommunelebens gar nicht erfassen können. Hätte sie, die Frau Notz, aber doch wenigstens das Kommunebuch gelesen, an dem so viele Genossinnen lange Jahre gearbeitet haben. Dann wüsste sie jedenfalls, worüber sie sich auslässt.

Bereits der Vorspann fängt mit dem Apfel und Obst Gemenge "Wirtschaften und Leben" an. Dieses Paar ist in der Originalfassung als "Arbeit und Leben" zwar allenthalben zu finden, freilich immer wieder als Zeugnis eines unkritischen, nachplappernden Verstandes. Für die, die es immer noch nicht wissen: Arbeit ist auch Leben. Und da es bei uns um Ganzheitlichkeit geht, gehören Arbeit, Wohnen, Lieben und Aufsklogehen dazu! Die Arbeit und Leben Formel assoziiert nämlich, dass die Arbeit gar nicht zum Leben gehört, und dieses erst nach Feierabend anfängt.

Was, so frage ich, sind denn demokratische Arbeitsstrukturen? Eine Arbeitsstruktur, was es auch immer sein mag, wird von den Einzelnen individuell oder von den KollektivistInnen im Konsens festgelegt. Demokratisch abgestimmt jedenfalls wird in keiner Kommune. Mit dem gleichen Unverständnis frage ich mich, was denn ebenbürtige Geschlechterverhältnisse seien und was eine freie Ordnung? Und wenn schon die Sklaven und die Herren ins Spiel gebracht werden, so frage ich mich: Sind nicht die meisten Kommunen abhängig von den Banken und ist die Verschuldung auch gerade unserer Musterkommune nicht ein Gegenbeispiel von Freiheit? Und was ist mit den Hierarchien, die sich über die Vereins- oder Genossenschaftsstrukturen in viele Kommunen hereingeschlichen haben?

»Sensationelle Meldungen in den Medien haben dafür gesorgt, dass die Kommune zum Bürgerschreck wurde«. Ich nehme an, dass damit die K l und die K 2 gemeint sein sollen. Aber gerade diese ersten Kommunen haben mit den Landkommunen der heutigen Zeit fast gar nichts zu tun. Ich habe versucht, das in meinem Aufsatz im erwähnten Kommunebuch darzustellen. Gerade das, was zum wesentlichen Inhalt der Kl und 2 zählte, die Auflösung der Kleinfamilie und die freie Sexualität, hat mit uns nur bedingt zu tun. Zusammen produziert oder sonst wie gewirtschaftet haben sie auch nicht. Die freie Sexualität ist einen ganz anderen Weg gegangen: nämlich nach Wien, zum Friedrichshof, und nach Belzig zum Zegg. Und von beiden distanziert sich die Bewegung der politischen Kommunen per beschlossener Erklärung ganz entschieden. Wo also ist die Verbindung zu den ersten Kommunen?

Und das Vorbild? »Rund 20 Kommunen leben nach ähnlichen Prinzipien«. Das stimmt; im Zusammenhang mit unserer »Vorzeige-Kommune« erweckt es allerdings den Eindruck, sie alle hätten sich die Modelle von Kaufungen abgesehen. Mir persönlich ist keine bekannt. Das Wesen der Kommunen liegt darin, dass die Genossinnen sich möglicherweise erkundigen, aber dann doch sehr selbstbewusst und in langen Gesprächsrunden die für sie passende Form herausfinden und sich ihre Strukturen, wenn sie denn welche haben, ihren eigenen Bedingungen gemäß schaffen. Das Recht auf die eigenen Fehler ist ein grundlegender Anspruch dieser Bewegung.

Auf der Kommuneinfotour, die in diesem Jahr im November wieder gestartet wird, stellen sich die Kommunen hintereinander vor. Selten ist die Gelegenheit so günstig, die Verschiedenartigkeit der Gemeinschaften zu erfahren. Nicht eine gleicht der anderen. Als wir das Kommunebuch geschrieben haben, waren wir außerstande, eine Handvoll gemeinsamer Grundlagen aufzustellen. Die Verschiedenheit ist das einzig Gemeinsame.

Naja, zu den anderen Artikeln sollen, wenn sie denn wollen und nicht lieber schweigen, die GenossInnen von den anderen Kommunen etwas sagen.

Alles ließe sich ja noch als schlecht recherchiertes Manuskript abtun, wenn es nicht noch eine andere Seite gäbe: Und das ist die der ZeitungsmacherInnen. Sie wissen nämlich, was Kommunen sind, und sie wissen auch von der Empfindlichkeit der KommunardInnen, wenn es um Beschreibungen ihrer Lebenszusammenhänge geht, denn es hat schon einige Darstellungen gegeben und die Herausgeberinnen haben, so meine ich, doch schon einige Berührungen mit der Szene gehabt. Was haben sie sich bei der Veröffentlichung gedacht? Haben sie überhaupt? Haben sie das überhaupt gelesen? Oder waren sie froh, dass auf diese Weise eine Sommerloch-Ausgabe voll wurde?

Ich appelliere an die RedakteurInnen, wenn sie schon über Szenen etwas veröffentlichen wollen, lieber die Texte zu nehmen, die die Szene selbst produziert. Es lohnt sich, auch wenn sie öfter nicht so galant sind, aber sie treffen besser und sie sind authentischer!●

In diesem Sinne, holt ji fuchti Uwe K. (Gemeinschaft Olgashof)

Lieber **Uwe Kurzbein** von der Gemeinschaft Olgashof, die CONTRASTE-Redaktion Genossenschaft findet es gut, dass einige Arbeitsoziologen und Soziologinnen nicht ausschließlich über die Arbeit in der Industrie und in den Verwaltungen forschen und schreiben, sondern sich auch Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben, der alternativen Ökonomie und den kommunitären Lebensformen zugewandt haben. Gisela Notz ist eine von ihnen. Sie arbeitet seit vielen Jahren auf diesem Gebiet und hat in verschiedenen Zeitschriften und Büchern dazu veröffentlicht. Diese Arbeit machte es erforderlich, außer dem Kommune-Buch zu dem sie ein Gutachten geschrieben hat, bevor es veröffentlicht wurde, noch einige andere Bücher zum Thema zu lesen. Zahlreiche KommunardInnen und nicht nur solche aus der »Musterkommune« haben gerne mit ihr intensive Gespräche geführt, die ebenfalls in ihre Arbeit eingegangen sind. Entsprechend werden von ihr auch drei sehr unterschiedliche Beispiele dargestellt. Ihr Anliegen ist es, den Kommunegedanken durch ihre Arbeit in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und aufzuzeigen, daß es Alternativen zur bestehenden Lebens-Arbeit gibt. Selbstverständlich sind wir immer froh, wenn auch aus den Kommunen direkt Arfikel geschrieben und zur Verfügung gestellt werden. Ich würde mich freuen, wenn Du Deine Unzufriedenheit zum Anlaß nimmst, dies zu tun.

Burghard Flieger

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60316 **Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24,** ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0,40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10829 Berlin,** Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: DetlefBansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19,
69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 27.-29.10.2000

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie
- Entscheidungsfindung im Konsens
- gemeinsame Verantwortung füreinander
- nachhaltige Wirtschaftsweise

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Bildungsurlaub
Termin: 16.-20.10.2000

Mit neuen Arbeitszeitmodellen auf dem Weg zur Zukunft der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern
Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis verliert an Bedeutung. Patchworkbiographien werden Normalität. Dies beinhaltet Risiken, aber auch Chancen. Auf der einen Seite drohen ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften, auf der anderen Seite werden mehr Zeitsouveränität und neue Modelle der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern möglich.
Sowohl aktuelle politische Debatten, als auch praktische Beispiele, wie die Kommune und ihre Arbeitsbereiche mit innovativen Arbeitszeitmodellen finden im Seminar Berücksichtigung. Außerdem soll der alte Arbeitsbegriff unter die Lupe genommen werden und über eigene Erfahrungen und Perspektiven im Spannungsfeld Leben und Arbeiten nachgedacht werden.
Unter Einbeziehung der Methode Zukunftswerkstatt soll ein anderer Blick auf die Gestaltung von Arbeiten und Leben in der Zukunft und die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern möglich werden.
Bildungsurlaub in Kooperation mit »Arbeit und Leben Hessen«
Termin: 18.-22.9.2000

Wieviel Arbeit braucht der Mensch?
Wie muss sich unsere Gesellschaft entwikkeln, damit für alle genügend Arbeit vorhanden ist und verantwortungsvoll mit unserer Lebensgrundlage umgegangen wird? Wir wollen uns mit vorhandenen Forderungen und Konzepten auseinandersetzen und die Rolle der Gewerkschaften zur ökologischen Wende diskutieren. Anhand der Kommune Niederkaufungen können wir ein praktizierendes Beispiel des »Anders leben, anders arbeiten« nachvollziehen.
Bildungsurlaub in Kooperation mit dem DGB-Jugendbildungsreferat Kassel
Termin: 5.-10.11.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://www.contraste.org/kommunen

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringe
Die Tauschsysteme Karlsruhe, Wettersbach, Baden-Baden und Heidelberg planen das diesjährige Bundestreffen, das vom 29.9. bis 1.10.2000 in Karlsruhe stattfinden soll.
Geplant sind bisher folgende Schwerpunktthemen:

- **»Lokale Ökonomie im vereinten Europa«**

Welche Möglichkeiten erwachsen aus den lokalen Nebenwährungen der Tauschsysteme im vereinten Euro-Europa? Welche Rolle haben Tauschringe im Prozess der Agenda 21?

- **»Bewertung der Arbeit im sozialen Miteinander«**

Die klassische Lohn-Arbeitsgesellschaft mit »Vollbeschäftigung" ist nicht mehr erreichbar. Gleichzeitig nimmt die täglich zu verrichtende Arbeit weiter zu. Unbezahlte Arbeit ist nach wie vor schlechter angesehen. Welchen sozialpolitischen Entwicklungen wird durch die Tauschsysteme Vorschub geleistet? Welche anderen Wertesysteme können in Tauschringen erfahren und ausprobiert werden?

- **»Konsens und Dissens in der Tauschringbewegung«**

Das Selbstverständnis der Tauschringe: Wir möchten Positionen der Tauschsysteme bestimmen, die uns in der politisch / gesellschaftlichen Auseinandersetzung mehr Kraft geben. Was ist Konsens in der Tauschringbewegung?
Natürlich soll es auch wieder Arbeitsgruppen zu den »Dauerthemen« der Tauschring-Szene geben (Vernetzung, Gründung, rechtliche Situation usw.).
Informationen: Tauschring.Karlsruhe, Hardtstr. 37a, D-76185 Karlsruhe
Fax: (07 21) 955 35 41
eMail: tauschring.ka@t-online.de

NEUE ARBEIT

Neue Ideen zur Erwerbsarbeit
Im Rahmen einer Projektwerkstatt, welche die Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit dem »Haus der Möglichkeiten Lauchhammer« und der »workstation Berlin« durchführt, werden Alternativmodelle zur hergebrachten Erwerbsarbeit vorgestellt und ihre Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert. Wo liegen die Chancen selbstorganisierter Arbeit? Wie können sich Betroffene bei der Schaffung von Beschäftigung einbringen? Zudem sollen Fragen zu neuen Beschäftigungsansätzen im Land Brandenburg thematisiert werden.
Termin: 28.-30.9.2000 in Lauchhammer
Information & Anmeldung:
Kontakt und Beratungsstelle für die neuen Bundesländer und Berlin der Stiftung MITARBEIT, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 204 10 79, Fax 42 80 10 61

SOZIALPOLITIK

Existenzgeld für alle – eine sozialpolitische Alternative?
Die erwerbsabhängige soziale Sicherung gerät in Deuschland – und anderswo – aus den Fugen. In den herrschenden Kreisen ist dies auch erkannt und viele Interessengruppen basteln an Lösungen, die allerdings eines gemeinsam haben: Die Individualisierung der Kosten und die Senkung der Leistungen. Initiativen von Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten haben allerdings ein anderes Modell: jeder Bürger und jede Bürgerin der BRD erhält ein Existenzgeld ohne Bedingungen in ausreichender Höhe (derzeit 1.500 DM plus Warmmiete). Eine Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen hat hierzu ein konkretes Modell erarbeitet und im Jahr 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt.
Die konkreten Vorschläge zur Finanzierung lassen die Utopie real werden: das Prinzip »Take Half«. Alle Einkommen werden mit 50% besteuert. Dafür erhält jedeR 1.500 DM. Das bisherige Sozialsystem wird damit radikal verändert.
An diesem Wochenende wollen wir dieses Modell mit Menschen aus den verschiedensten Bereichen und den Gewerkschaften diskutieren.
Termin: 6.-8.10.2000, Oberursel
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de

SPAK-Kontakt
Das Entscheidungskollektiv der AG SPAK hat im Januar 2000 beschlossen, jährlich eine eintägige Konferenz mit möglichst allen Kontaktpersonen stattfinden zu lassen. Auf dem SPAK-Kontakt werden die Schwerpunkte der Arbeit erarbeitet bzw. beschlossen und deren Umsetzung erarbeitet. Die Kontaktpersonen bilden die Grundlage der AG SPAK und bieten auch den Drehpunkt, um die einzelnen Arbeitsbereiche in den Genuss der Vorteile der AG SPAK (Verteiler, Büro, Zeitschrift und Verlag) kommen zu lassen.
Ein Schwerpunkt des »SPAK-Kontakt 2000« wird die Vorbereitung des Sozialpolitischen Forum 2001 sein.
Der »SPAK-Kontakt 2000« wird am **11.11.2000 in Kassel** im »Offenen Wohnzimmer« stattfinden. Am Abend dieser Tagung begehen wir ein Jubiläum zum 30jährigen Bestehen der AG SPAK.
Kontakt: s.o.

FOOD COOP

Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen
Neben dem Austausch von Erfahrungen der TeilnehmerInnen untereinander wird es um die Weiterentwicklung der BAG der Lebensmittelkooperativen wie auch der einzelnen Food-Coops gehen, z.B. zu Service-Coops. Bernd Hüttner aus Bremen wird am Samstag seine Kritik am Nachhaltigkeitsverständnis unseres Food-Coop Handbuchs erläutern und Alternativen (soweit vorhanden) dazu vorstellen.
Termin: 6. bis 8.10.2000, Düsseldorf
Anmeldung & Information:
BAG der Lebensmittelkooperativen e.V., Im Mailand 131, D-44797 Bochum
☎/Fax (02 34) 79 78 31

ÖKODORF-INSTITUT

20.-22.10.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der ökol.-spirituellen Siedlung Lebensgarten bei Hannover.
17.-19.11.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

FREIWILLIGENAGENTUREN

Freiwilligenagenturen und ihre Zielgruppen
Freiwilligenagenturen entwickeln sich zu professionell arbeitenden Dienstleistungszentren mit hohem kreativen Potential. Ihr Selbstverständnis erfordert eine spezifische Zielgruppenarbeit. Denn grundsätzlich spricht eine Freiwilligenagentur sowohl Junge wie Alte, Männer wie Frauen, Alleinlebende wie Familien an. Aber nicht alle lassen sich auf die gleiche Art motivieren.
Bei dieser Fachtagung sollen grundsätzliche Fragen der Zielgruppenarbeit und des Marketings diskutiert werden. Darüber hinaus soll in Workshops die Arbeit mit spezifischen Zielgruppen erörtert werden.
Termin: 5.-7.10.2000
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

BUKO

Weltläden – ein Stück Welt von gestern?
Ein Seminar für Leute von heute und morgen, die die Welt ein Stück verändern wollen.
In diesem Seminar wollen wir uns mit der Entwicklung der Weltläden beschäftigen, ihren hoffnungsvollen Anfängen und den Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben haben. Vor allem aber geht es um ihre Zukunft, und darum, wie trotz zunehmender (und begrüßenswerter) Professionalisierungstendenzen in den Weltläden der politische Charakter des alternativen Handels nicht in Vergessenheit gerät.
Dazu sollen ausgehend von der Situation der einzelnen Läden, Ansätze erarbeitet werden, die zeigen, dass es positive Beispiele gegen die Entpolitisierung gibt. Und dass Weltläden mit ihren Produkten und Inhalten keineswegs aus der Mode gekommen sind.
Termin: 13.-15.10.2000, Bielefeld
Information & Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 390 75 20
E-Mail: bukohh@t-online.de

RADIKAL REISEN

Südafrika
Radikaldemokratie in Südafrika am Beispiel von Community Radios
Die Reise wird nach Durban gehen und es gibt ein ausgewogenes Programm, welches wir zusammen mit unserer Partnerorganisation SASCO bestreiten werden. U.a. werden wir verschiedene Radioprojekte, sowie die Frauengewerkschaft SEWU und auch ein Anti-Gewaltprojekt besuchen.
Termin: 2.-16.10.2000

Frankreich – Paris
»Vives ... les réformes radicales?
Die französische Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten ist im Vergleich zu derjenigen in England und der BRD die erfolgreichste. Sie gilt als sozialste. Gleichwohl sind ihre Beiträge zu Privatisierung von Unternehmen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse erheblich. Und die finstere Linie gegen Einwanderer und Flüchtlinge (Sans-papiers) wird von einigen Schönheitskorrekturen abgesehen, ebenfalls fortgesetzt. Doch bleibt – anders als in der BRD – in beiden Bereichen sozialer Protest keine Fehlanzeige. Hier wollen wir uns umtun, nicht zuletzt in Paris.
Termin: 27.10.-5.11.2000

Chile – Santiago de Chile und südliches Chile
Zusammen mit linken studentischen Kollektiven verschiedener Universitäten in Santiago de Chile werden wir uns mit den Bedingungen linker Theorie und Praxis im heutigen Chile auseinandersetzen. Geprägt ist die chilenische Gesellschaft derzeit sowohl von politischem Desinteresse als auch von einer Aufbruchstimmung unter linksradikalen Jugendlichen in den Städten wie von indigenen Bewegungen besonders im Süden Chiles. Neben dem Aufenthalt in der Metropole Santiago de Chile werden wir uns mit eben diesen indigenen Bewegungen an einigen exemplarischen Konfliktorten treffen. Politisch und kulturell ein völlig anderer Einblick wird – ebenfalls im Süden – die Beschäftigung mit der deutschen Einwanderung in Chile sein, die bis heute durch ihre reaktionär-konservative Ausrichtung und ihr Leben wie im letzten Jahrhundert ins Auge fällt.
Termin: 25.12.2000 bis 12.1.2001
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Medien-Macht-Politik
Die Funktionsweise der Massenmedien
Ohne Fernsehen, Radio und Zeitung geht heute gar nichts mehr. Wer etwas zu sagen hat und öffentlich wahrgenommen werden will, muss sich einen Platz in den Massenmedien erkämpfen. Doch wie funktionieren die Medien eigentlich? Wie kann »Medienwirksamkeit« hergestellt werden? Welche Nachricht wird veröffentlicht, welche landet im Papierkorb? Können die Medien überhaupt ein getreues Spiegelbild der Realität zeichnen? Und schließlich: Gibt es nicht auch andere Mittel, um sinnvoll Inhalte zu vermitteln? Das Seminar soll uns die Beantwortung dieser Frage näher bringen. Wir werden uns dabei zunächst mit den wichtigsten Medientheorien auseinandersetzen und anschließend diskutieren, wie sich diese Erkenntnisse für die praktische Politik vor Ort nutzen lassen.
Termin: 27.-29. Oktober 2000

Rhetorik I
Ohne Rede- und Argumentationstechniken ist es kaum möglich, vor vielen Menschen zu reden oder seine politische Meinung zu vertreten. Schon um die Tricks anderer zu durchschauen, werden hier die grundlegenden Techniken vermittelt, Redeangst reduziert sowie das Handwerk für Diskussionsleitung und Vorträge erläutert. Die praktischen Übungen werden durch die Video-Aufzeichnungen unterstützt. Dadurch erhalten alle die Möglichkeit, das theoretisch Erlernte sofort einzuüben und sich selbst dabei zu beobachten.
Termin: 3.-5. November 2000
Info: jungdemokratInnen-junge linke sachsen-anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, D-39108 Magdeburg
E-Mail: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

SCHWULE

Zwischen allen Stühlen?
Schwul in der gewaltfreien Bewegung, gewaltfrei in der Schwulenbewegung
Schwul und gewaltfrei – manchmal könnte es scheinen, als wenn diese beiden Bestandteile unserer Identität sich nur schwer verbinden lassen. Gerade in unserer politischen Aktivität lässt sich kaum eine Brücke schlagen zwischen der gewaltfreien und der Schwulenbewegung – die scheinbar kaum weiter voneinander entfernt sein könnten. Sitzen wir also zwischen allen Stühlen und müssen uns von Fall zu Fall für einen dieser Stühle entscheiden?
Schwul in der gewaltfreien Bewegung
Die gewaltfreie Bewegung hat sich in der Theorie die Bekämpfung direkter und struktureller Gewalt – und damit auch von Heterosexismus und antischwuler Gewalt – auf die Fahnen geschrieben. In der Praxis dominieren allerdings friedenspolitische und ökologische Themen: Castor-Widerstand, Gentechnik, Bundeswehr und NATO, vielleicht noch rassistische Gewalt. Schwule Themen fehlen nicht nur in der Politik, auch im Bewegungsalltag sind wir häufig mit Heteronormatismus konfrontiert, der schwule Lebensweisen ignoriert. Bestenfalls tauchen Schwule in der üblichen Aufzählung unterdrückter Gruppen in Artikeln und Flugblättern auf – als Aktive in der Bewegung werden wir kaum zur Kenntnis genommen.
Termin: 20.-22. Oktober 2000
Information & Anmeldung:
KURVE Wustrow, Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V., Kirchstrasse 14, D-29462 Wustrow
☎(0 58 43) 9871-0, Fax: -11
E-mail: kurve-wustrow@oln.comlink.apc.org
www.kurvewustrow.org/

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit – Nord-Süd-Dialoge zur Zukünftigen Entwicklung
Diese Veranstaltung geht von einer vergleichenden Bestandsaufnahme der in Nord und Süd erarbeiteten Konzeptionen aus, erörtert dann Akteure und Allianzen für Nachhaltige Entwicklung (Gewerkschaften, Umweltverbände, Bauernorganisationen, Pionierunternehmen) und diskutiert Kursbestimmungen für Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Nord-Süd-beziehungen und Außenhandel.
Termin: 23.-25.10.2000, Berlin
Programm: Fax (0 30) 28 53 41 08
E-Mail; juenemann@boell.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg